Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 28. August 2023

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Sie, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat, vom Gemeinderat, die anwesenden Personen aus der Verwaltung, die Vertreter der Medien sowie allfällige Gäste zu unserer fünften Sitzung im 2023. Ich hoffe, dass Sie alle schöne Ferien hatten, dass Sie den heissen Sommer und nun auch die Abkühlung etwas geniessen konnten und nun wieder voller Tatendrang hier bei uns an der Sitzung dabei sind. Es ist ja auch schön, wenn es anlässlich einer Budget-Sitzung auch einmal etwas kühler ist, wird es hier im Saal ja vielleicht doch noch heiss genug.

Ganz herzlich begrüssen möchte ich Andreas Meier als neues Stadtratsmitglied, herzlich willkommen. Wir wünschen Dir viel Freude und hoffentlich auch etwas Spass am Debattieren. Du wirst heute Abend wohl in dieser Runde von Null auf Tausend einsteigen. Daneben möchte ich noch darauf hinweisen, dass es noch vorrätige Exemplare zum Bericht des Beurteilungsgremiums zum «Studienauftrag Schulzentrum Kreuzfeld, Erneuerung Musikschule und Bibliotheksgebäude» aufliegen hat. Falls zu wenige vorliegen und noch jemand Interesse bekundet, so kann man die Unterlagen bei Gabriela Krummen im Stadtbauamt direkt anfordern.

Jetzt bitte ich Simone Burkhard Schneider um den Appell:

- *39* Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend[1].
- *7* Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank, so kommen wir zu Traktandum Nr. 1.

[1] Ein Stadtratsmitglied erscheint um 19:13 Uhr. Somit sind 40 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 28. August 2023

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 26. Juni 2023: Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um das Protokoll der letzten Stadtratssitzung vom 26. Juni 2023. Dies ist wie gewohnt auf der Webseite einsehbar, Besten Dank Thomas Thurnherr für das Verfassen. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass wir gleich fortfahren.

2. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl für die per 30. Juni 2023 zurückgetretene Ticli-Frezza Emanuela [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 2 mit der Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission als Ersatz für die zurückgetretene Emanuela Ticli-Frezza von der SP. Ich nehme an, dass das Eintreten nicht bestritten wird und wir direkt zur Beratung übergehen können. Dem ist so.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, wird Bruno Grossniklaus von der SP vorgeschlagen. Wünscht jemand seitens der SP das Wort?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Ich möchte nicht allzu lange werden, werden wir doch noch genug debattieren am heutigen Abend. Wir schlagen für die Ersatzwahl Bruno Grossniklaus mit Jahrgang 1988 vor. Er zog von Ostermundigen zu uns nach Langenthal. Er machte schon ganz viele Dinge, absolvierte das Masterstudium in Volkswirtschaft, Public Management und Politik und ist jetzt auch noch gerade an einem CAS für juristische Belange für Nichtjuristen. Er bringt viel Erfahrung mit, war er auch schon bereits Gemeindeschreiber von Kriechwil und seit 2021 ist er bei der Verwaltung des Kantons Baselland als Ökonom angestellt. Ich bin sicher, dass er die Finanzkommission mit seinem Wissen tatkräftig unterstützen kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Wahlvorschlags. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wird der vorliegende Wahlvorschlag ergänzt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es sonst noch Beratungsbedarf? Nein. So kommen wir direkt zur Wahl. Wer Bruno Grossniklaus von der SP bis zum Ende der Legislatur in die Finanzkommission wählen möchte, zeigt dies nun mit der roten Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

Herzlichen willkommen im Amt und auch ihm wünsche ich viel Spass.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):** Herr Bruno Grossniklaus (SP) ist in die Finanzkommission gewählt, mit Wirkung ab dem 12. September 2023 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024).

3. Finanzplan 2024 – 2028: Kenntnisnahme

I Eintreten:

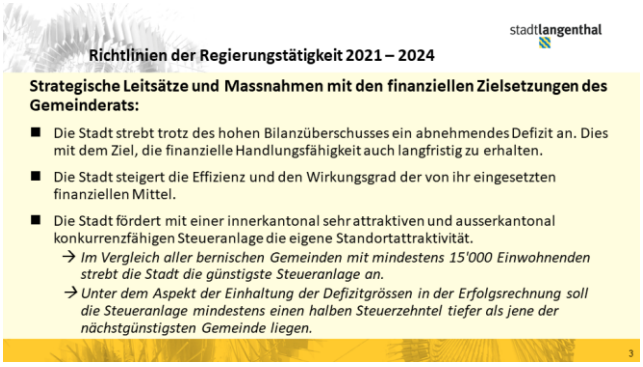
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3 mit der Kenntnisnahme des Finanzplans 2024 - 2028. Das Eintreten ist zwingend und wir beginnen mit der Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wie üblich wird Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, die Berichterstattung übernehmen und dabei auch gleichzeitig das Budget 2024 vorstellen. Somit hat seine Präsentation auch sogleich für das darauffolgende Traktandum Nr. 4 Gültigkeit, was entsprechend im Protokoll so festgehalten wird.

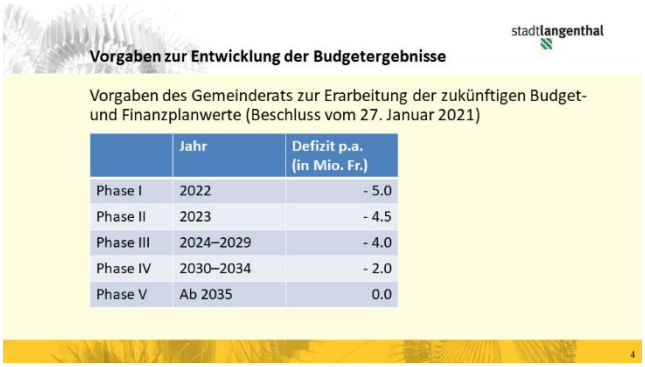
Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Wie soeben der Stadtratspräsident mitteilte, werde ich meine Ausführungen zum Finanzplan 2024 - 2028 unter Traktandum Nr. 3 wie auch zum Budget 2024 unter Traktandum Nr. 4 in einem Votum zusammenfassen.

Dabei möchte ich mich zuerst mit ein paar Gedanken zu unseren finanziellen Zielsetzungen äussern. Anschliessend würde ich mit der Vorstellung des Budget 2024 direkt zu Traktandum Nr. 4 überleiten, so wie es aus Sicht des Gemeinderates dem Stimmbürger unterbreitet werden sollte. Wie Sie den Akten entnehmen konnten, stellt der Gemeinderat dabei den Antrag auf eine angepasste Steueranlage. Danach kehren wir mit dem Finanz- und Investitionsplan 2024 bis 2028 zu Traktandum Nr. 3 zurück und zuletzt folgen noch ein paar Schlussbemerkungen zu beiden Themen.



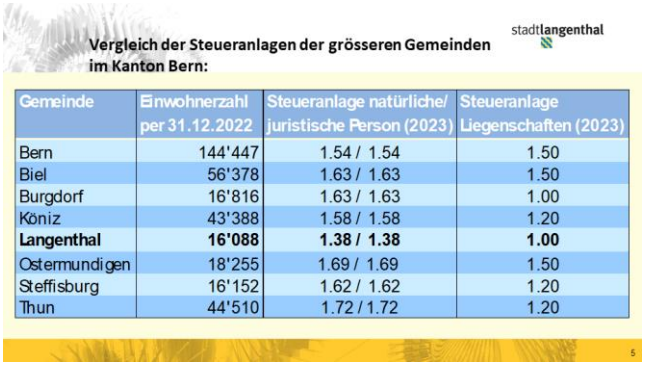
Hier sehen Sie in einer kurzen Darstellung unsere Richtlinien der Regierungstätigkeit als Zusammenfassung, was wir unter dem Titel der finanziellen Zielsetzungen verstehen. Dabei geht es letztlich um drei Punkte: Der erste Punkt betrifft die klare Zielsetzung, dass die Stadt trotz dem hohen Bilanzüberschuss ein abnehmendes Defizit budgetiert will, um unsere Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten zu können. Zweitens geht es um die Zielsetzung in Bezug auf Effizienz und Wirkungsgrad der eingesetzten finanziellen Mittel. Dies ist eher eine operative Angelegenheit und ist hier im Sinne der Vollständigkeit aufgeführt. Das Wichtigste ist unter dem dritten Punkt erwähnt, ich zitiere: «Die Stadt fördert mit einer innerkantonal sehr attraktiven und ausserkantonal konkurrenzfähigen Steueranlage die eigene Standortattraktivität.» Wir werden heute Abend zu diesem Punkt sicherlich noch einiges hören, weshalb ich hier auch sogleich die entsprechenden, dazugehörenden Massnahmen anfügte, um dies auch ein bisschen zu konkretisieren, was wir darunter verstehen. Wir wollen dabei im Vergleich mit allen bernischen Gemeinden, das heisst den grösseren Gemeinden mit mehr als 15'000 Einwohnern, die günstigste Gemeinde sein und die günstigste Steueranlage vorweisen. Und wir wollen damit auch einen Abstand von mindestens einem halben Steuerzehntel zur zweitgünstigsten Gemeinde aufrechterhalten, was unsere Zielsetzung entspricht, die wir diesbezüglich verfolgen. Wir werden später darauf zurückkommen.

Auf dieser Übersicht wird der bereits erwähnte strategische Leitsatz dargestellt, dass wir eben trotz dem hohen Bilanzüberschuss mit abnehmenden Defiziten rechnen wollen. Was dies konkret heisst, sehen Sie hier. Wir definierten am 27. Januar 2021 zu Beginn dieser Legislatur diese Zielsetzung. Wir sahen dabei in einer ersten Phase ein Defizit von 5 Mio. Franken als akzeptabel an. In einer zweiten Phase ab 2023 lag das Ziel bei 4,5 Mio. Franken und nun befinden wir uns eigentlich bereits in der dritten Phase, wonach wir ab 2024 das Defizit bei rund 4 Mio. Franken begrenzen wollen. Das ist eigentlich die Grösse, die wir als verantwortbar ansehen, damit wir handlungsfähig bleiben. Somit befinden wir uns aktuell auf dem Weg, diese Defizite von 5 auf 4 Mio. Franken zu reduzieren.



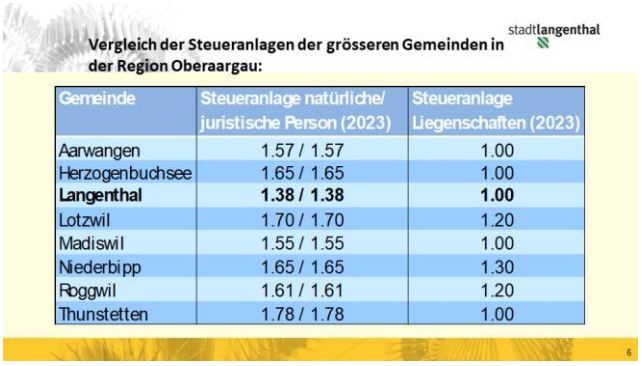
	Jahr	Defizit p.a. (in Mio. Fr.)
Phase I	2022	- 5.0
Phase II	2023	- 4.5
Phase III	2024–2029	- 4.0
Phase IV	2030–2034	- 2.0
Phase V	Ab 2035	0.0

Wie ich es bereits zuvor antönte, formulierten wir unsere Zielsetzung so, dass wir die steuergünstigste Gemeinde der grösseren Städte im Kanton Bern sein wollen. Hier sehen Sie die Situation, wie sie sich heute darstellt. Mit dem aktuellen Wert von 1.38 sind wir natürlich sehr konkurrenzlos am tiefsten, was wir dann aber auch mit den beantragten 1.44 bleiben. Auch mit 1.44 werden wir in dieser Kategorie immer noch um ein Steuerzehntel günstiger sein als die nächstfolgende Gemeinde – der Stadt Bern mit 1.54. Sicherlich lohnenswert ist auch ein Blick auf die hinterste Spalte. Dabei geht es um die Liegenschaftssteuer. Auch hier ist Langenthal mit einem Satz von 1 ‰ zusammen mit Burgdorf die günstigste Gemeinde. Alle anderen Städte sind teurer.



Gemeinde	Einwohnerzahl per 31.12.2022	Steueranlage natürliche/ juristische Person (2023)	Steueranlage Liegenschaften (2023)
Bern	144'447	1.54 / 1.54	1.50
Biel	56'378	1.63 / 1.63	1.50
Burgdorf	16'816	1.63 / 1.63	1.00
Köniz	43'388	1.58 / 1.58	1.20
Langenthal	**16'088**	**1.38 / 1.38**	**1.00**
Ostermundigen	18'255	1.69 / 1.69	1.50
Steffisburg	16'152	1.62 / 1.62	1.20
Thun	44'510	1.72 / 1.72	1.20

Wir müssen nicht unbedingt so weit schauen, können wir doch auch bei einem Vergleich mit den grösseren Gemeinden im Oberaargau erkennen, dass wir bei einer Bandbreite von 1.55 bis 1.78 mit einer moderaten Anpassung auf 1.44 immer noch sehr attraktiv bleiben. Ich glaube ohne Übertreibung sagen zu können, dass wir gemessen am Angebot der Stadt Langenthal unbestreitbar günstig sind.



Gemeinde	Steueranlage natürliche/ juristische Person (2023)	Steueranlage Liegenschaften (2023)
Aarwangen	1.57 / 1.57	1.00
Herzogenbuchsee	1.65 / 1.65	1.00
Langenthal	**1.38 / 1.38**	**1.00**
Lotzwil	1.70 / 1.70	1.20
Madiswil	1.55 / 1.55	1.00
Niederbipp	1.65 / 1.65	1.30
Roggwil	1.61 / 1.61	1.20
Thunstetten	1.78 / 1.78	1.00

Wie erwähnt beschloss der Gemeinderat für das Jahr 2024 eine maximale Defizitobergrenze von 4 Mio. Franken. Das führt dann allerdings auch zu entsprechenden Konsequenzen. Als wir das Rohbudget von den Ämtern zurückerhielten und es erstmals im Rahmen des sogenannten «Budgetnachmittags» der Finanzkommission politisch beurteilt wurde, ergab sich zu diesem Zeitpunkt gemäss der zweiten Zeile eine Ausgangslage mit einem Verlust von rund 6,8 Mio. Franken. Alle Ämter und Amtsvorsteher und natürlich auch die Gemeinderäte wussten um die Vorgabe, die damit um rund 2,8 Mio. Franken nicht eingehalten, respektive verfehlt wurde.

Defizit der Erfolgsrechnung 2024 (Allgemeinder Haushalt)	in Mio. Fr.
Zielvorgabe des Gemeinderats	- 4.000
Bedarfsbudget der Ämter **vor** der Behandlung durch die Finanzkommission am 27. April 2023	- 6.818
Budget **nach** der Behandlung durch die Finanzkommission am 27. April 2023 (Factsheets/Massnahmenblätter/Anträge)	- 4.167
Ergebnis nach 1. Lesung im GR (10. Mai 2023)	- 5.277
Ergebnis nach 1. Lesung im GR und Vollzug Prüfaufträge (23. Mai 2023)	- 5.249
Ergebnis nach 2. Lesung im GR (5. Juli 2023) (insbes. Nachtrag kantonale Lastenausgleiche / Aktualisierung Steuerertragserwartung)	- 3.637

Dies führte dann in der Folge zu einem entsprechenden Prozess. Anlässlich der ersten Beratung durch die Finanzkommission am besagten Budgetnachmittag brachten die Ämter bereits selber proaktiv Sparvorschläge ein, die dann von der Finanzkommission auch noch punktuell ergänzt wurden. Nach diesem Nachmittag lag das neue Defizit bei rund 4,17 Mio. Franken. An dieser Stelle möchte ich der Arbeit der Finanzkommission ein grosses Kompliment aussprechen, da sie auch über die Parteigrenzen hinweg pragmatisch und sachlich arbeitet und alle dasselbe übergeordnete Ziel verfolgen, nämlich den Finanzhaushalt zu stabilisieren. Darauf beriet der Gemeinderat das Budget in vorliegender Form, insbesondere die dazu gestellten Anträge. Diese wurden zum Teil bestätigt, zum Teil aus politischen Gründen aber auch verworfen. Parallel dazu erhielten wir vom Kanton bezüglich des Lastenausgleichs neue Erkenntnisse, was wir dann auch aktualisierten. Auch bei der Steuerertragsprognose tat sich einiges, was wir dann ebenso auf den neusten Stand brachten. Sie sehen dabei, was sich demzufolge daraus ergab, sodass wir Ihnen heute ein Budgetdefizit von 3,64 Mio. Franken zur Beschlussfassung vorlegen.

Nun komme ich zu den Details der wichtigsten Entwicklungen, die im Budget 2024 enthalten und hier stichwortmässig zusammengefasst sind. Aufgrund der heute vorliegenden Sachlage wird es eine Erhöhung des Personal- und des Betriebsaufwands geben. Wir werden auf der anderen Seite von einer verbesserten Situation im Lastenausgleich profitieren können, was hier unter den etwas technisch beschriebenen Positionen «Transferaufwand» und «Transferertrag» aufgelistet ist. Auch bei den Steuereinnahmen erwarten wir eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Budget 2023. Klar ist, dass dafür die Anpassung der Steueranlage hauptverantwortlich ist. Dann ergibt sich auch eine Verbesserung beim Finanzertrag. Der Hauptgrund dieser Steigerung liegt in der erhöhten Dividenden-Erwartung bei unserer Tochtergesellschaft IBL[1]. Dabei sehen wir eine Anpassung von 1,5 Mio. Franken auf 2 Mio. Franken vor. Das sind in etwa die wichtigsten Punkte, sodass sie hier bereits einmal angesprochen sind.

[1] IBL = IB Langenthal AG.

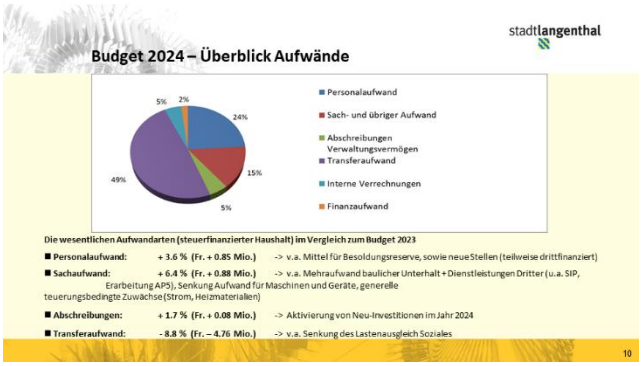
Im Gesamthaushalt weisen wir gemäss der zweituntersten, in grau dargestellten Zeile ein Defizit von 3,845 Mio. aus, was deutlich besser ist als im Vorjahr, betrug das Minus dannzumal doch 6,076 Mio. Franken. Der Gesamthaushalt setzt sich ja bekanntlich aus zwei Teilen zusammen; einerseits aus dem gebührenfinanzierten Teil und andererseits aus dem steuerfinanzierten Bereich. Politisch relevant ist sicherlich der steuerfinanzierte Haushalt, was sich gerade auch in der untersten Zeile manifestiert, in der wir, wie gesagt, ein Defizit von rund 3,637 Mio. Franken ausweisen. Der Differenzbetrag über rund Fr. 200'000.00 stammt in dem Sinn aus dem gebührenfinanzierten Teil. Konkret geht es dabei um die Gebühren für Abwasser, Kehricht und Feuerwehr. Im steuerfinanzierten Haushalt gehen wir deshalb gegenüber dem letzten Jahr von einem rund 1,7 Mio. Franken besseren Resultat aus. Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, wollen wir das Defizit sukzessive begrenzen, was somit aber genau unserem Ziel entspricht. Sicherlich muss bei diesem Vergleich darauf hingewiesen werden, dass wir im Jahr 2023 mit einer anderen Steueranlage, das heisst mit einer Einheit von 1.38, und im Jahr 2024 mit einer Einheit von 1.44 arbeiten.

Ergebnis Erfolgsrechnung Gesamthaushalt (in TFr.)

In TFr.	Rechnung 2022	Budget 2023	Budget 2024
Betrieblicher Aufwand	-96'557	-108'300	-105'058
Betrieblicher Ertrag	91'791	98'639	97'949
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-4'766**	**-9'661**	**-7'109**
Ergebnis aus Finanzierung	-1'426	2'851	2'530
Operatives Ergebnis	**-6'192**	**-6'810**	**-4'579**
Ausserordentliches Ergebnis	734	734	734
Erfolgsrechnung Gesamthaushalt	**-5'458**	**-6'076**	**-3'845**
Erfolgsrechnung steuerfinanzierter Haushalt	**-5'159**	**-5'324**	**-3'637**

Der Aufwand im steuerfinanzierten Haushalt nimmt um total 3,3 Mio. Franken ab. Im Jahr 2023 lagen wir bei rund 101,4 Mio. Franken und im 2024 bei 98,1 Mio. Franken.

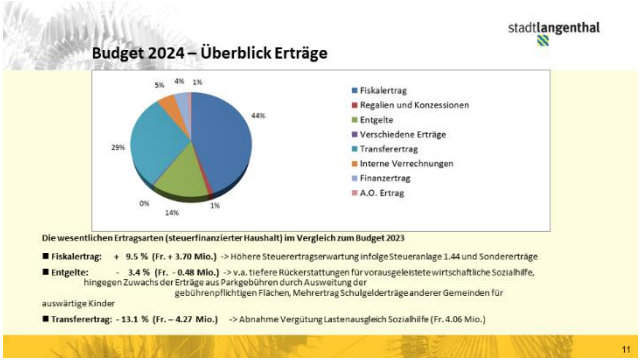
Grundsätzlich ist dies natürlich positiv, schauen aber dennoch kurz auf die wichtigsten Positionen. Sie sehen, dass wir im Bereich Personal ein Plus von rund 3,6%, beziehungsweise von Fr. 850'000.00 zu verzeichnen haben. Wie Sie aus den Akten entnehmen konnten, sind in verschiedenen Ämtern neue Stellen geplant, die so im Budget bereits abgebildet sind. Ohne diese Stellen und ohne diese Besoldungsreserve würde das Budget 2024 gegenüber 2023 lediglich um Fr. 300'000 höher liegen. Das ist recht wenig, wenn man berücksichtigt, was für eine Situation am Arbeitsmarkt herrscht. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass man eigentlich positive Synergien in der Anpassung der Stellenbesetzungen nutzen konnte. Was die neu geplanten Stellen betrifft, so möchte ich dazu auf die Grundlagenakten verweisen. Dabei möchte ich einfach betonen – was so auch in der Botschaft steht, dass sich diese Personalaufwendungen innerhalb des vom Stadtrat genehmigten, operativen Stellenplans bewegen.



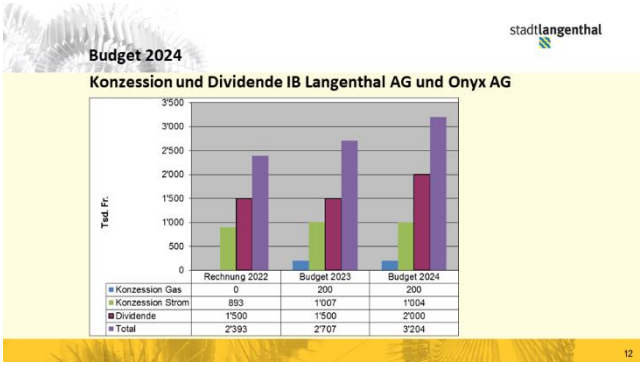
Der Sachaufwand weist einen Zuwachs von 6,4 Prozent, beziehungsweise von Fr. 880'000.00 aus. Das hat verschiedene Ursachen. So ist einerseits eine Steigerung im Verwaltungsbetrieb zu verzeichnen. Beispielsweise stehen im nächsten Jahr die kommunalen Wahlen an, die einen Mehraufwand generieren. Aber man sieht auch Mehraufwendungen im Bereich IT und Drittleistungen vor. Dabei spielt doch auch eine andere Position mit rein, die sicherlich Gegenstand der Beschlussfassung im Stadtrat sein wird, geht es dabei doch um SIP[1]. Es kam in diesem Bereich im Vorfeld wirklich auch zu verschiedenen gezielten Verzichten, sodass man wirklich versuchte diesen Zuwachs, der nicht ganz zu vermeiden ist, in diesem Rahmen zu begrenzen, wie es möglich erschien. Daneben geht es im Weiteren um die Position der Abschreibungen, die als Finanzfolgekosten hier eigentlich relativ moderat ausfallen, was wir nicht weiter kommentieren müssen. Die

[1] SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.

grösste Position betrifft den Transferaufwand mit rund 49,5 Mio. Franken, was somit rund die Hälfte unseres Budgets ausmacht. Beim Transferaufwand geht es um Zahlungen, die wir an Dritte wie Bund, Kanton, andere Gemeinwesen, Unternehmen, Vereine, Private etc. leisten und all die Dinge zusammenfasst, bei der wir keine direkte Gegenleistung erhalten. Hier ergibt sich eine starke Reduktion gegenüber dem Vorjahr, was auf einen erfreulichen Grund zurückgeht. Dabei liegt der Grund in der Entwicklung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Wir stützen uns ja bei der Budgetierung immer auf die Prognosen, die uns vom Kanton kommuniziert werden. Dabei konnten die Prognosen deutlich reduziert werden, was klar eine positive Botschaft ist, die sich dahinter versteckt.

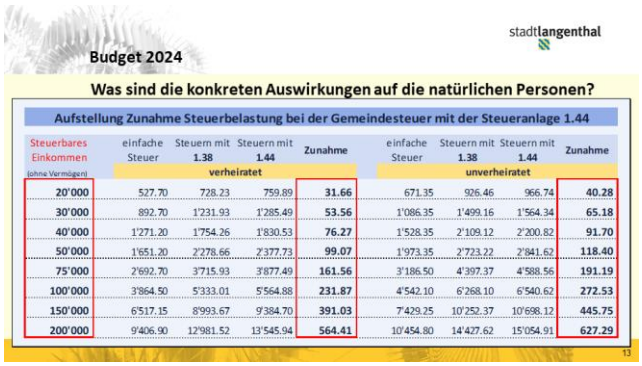


So leite ich nun zu den Erträgen über. Hier möchte ich nur kurz die beiden grössten Posten kommentieren. Wenig überraschend machen natürlich die Steuereinnahmen den grössten Posten aus, die rund 44 Prozent der gesamten Einnahmen ausmachen. Dort rechnen wir mit einem Plus von 9,5 Prozent, beziehungsweise 3,7 Mio. Franken. Natürlich ganz zentral ist dabei die Anpassung der Steueranlage. Diese ist bei diesem Plus mit etwa 1,5 Mio. Franken enthalten. Ein solides Wirtschaftswachstum, insbesondere im Bereich der Gewinnsteuern bei den juristischen Personen, ist aber ebenso mitverantwortlich, dass wir hier diesen Schub verzeichnen. Also können wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere Langenthaler Wirtschaft offensichtlich gut aufgestellt ist. Dann macht der Transferertrag 29 Prozent aus. Dabei ist ein Minus von rund 13 Prozent zu verzeichnen. Das hat verschiedene Ursachen, wobei die Hauptursache bei der Reduktion des Lastenausgleichs für die Sozialhilfe zu finden ist. Ich erwähnte es bereits beim Aufwand, dass man die kantonalen Prognosen reduzierte und insofern werden natürlich auch die Rückvergütungen an die Stadt Langenthal sinken. Aber in diesem speziellen Fall muss man wirklich sagen, dass tiefere Einnahmen eine gute Nachricht darstellen, zeigen sie nämlich, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe für das Jahr 2024 gemäss den aktuellen Prognosen nicht zunehmen wird.



Nun noch ein Wort zu den Konzessionen und den Dividenden. Bei den Konzessionen handelt es sich dabei ja um die Stromkonzession, das heisst um die Konzession der Netznutzung, die von der IB Langenthal für die Stadt fakturiert wird. Der Gemeinderat stellte im Jahr 2022 bereits schon einmal eine Anpassung der Tarife in Aussicht. Aufgrund verschiedener Umstände wurde dies aber bis heute noch nicht umgesetzt. Nach wie vor ist es aber in Planung, was auch der Grund ist, dass wir hier dasselbe Niveau veranschlagen wie im Vorjahr. Daneben steht aber nach wie vor die Einführung einer Konzessionsabgabe auf Gas auf der politischen Agenda. Hier bestand die ursprüngliche Absicht, diese Einführung vorzunehmen, doch hier liegt eine Verzögerung im Projekt vor. Die dabei budgetierten Fr. 200'000.00 gehen in dem Sinn von einer Einführung im Verlaufe des nächsten Jahres aus. Beides führt dann eben mehr oder weniger zu einer identischen Erwartungshaltung wie 2023. Dann geht es eben auch noch um die Dividenden. Wir erwarten von der IB Langenthal eine Dividende von 2 Mio. Franken. Diese Summe liegt Fr. 500'000.00 höher als bisher. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die IB Langenthal vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen steht. Trotzdem erachten wir eine Dividende von 2 Mio. Franken als wirtschaftlich vertretbar, ohne dass die IBL in ihrer Entwicklung gebremst wird.

Transparenz ist dem Gemeinderat wichtig. Wir wollen dem Stadtrat und dem Stimmbürger reinen Wein einschenken und wir wollen dabei auch aufzeigen, was die beabsichtige Steueranpassung in jedem Einzelfall bedeutet. Sie sehen hier in dieser Tabelle, welcher Einfluss auf die Einkommenssteuer zu erwarten ist, wenn man diese Steueranlage moderat auf 1.44 erhöht. Es ist ja auch vorgesehen, was Sie bereits zur Kenntnis nehmen konnten, dass diese Tabelle Bestandteil der Abstimmungsbotschaft sein soll.

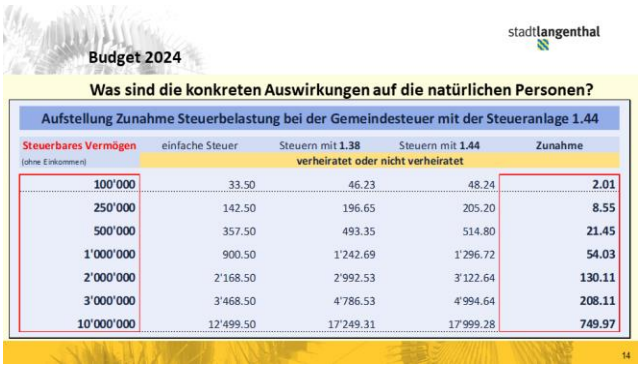


Aufstellung Zunahme Steuerbelastung bei der Gemeindesteuer mit der Steueranlage 1.44

Steuerbares Einkommen (ohne Vermögen)	einfache Steuer	Steuern mit 1.38	Steuern mit 1.44	Zunahme	einfache Steuer	Steuern mit 1.38	Steuern mit 1.44	Zunahme
	verheiratet				unverheiratet			
20'000	527.70	728.23	759.89	31.66	671.35	926.46	966.74	40.28
30'000	892.70	1'231.93	1'285.49	53.56	1'086.35	1'499.16	1'564.34	65.18
40'000	1'271.20	1'754.26	1'830.53	76.27	1'528.35	2'109.12	2'200.82	91.70
50'000	1'651.20	2'278.66	2'377.73	99.07	1'973.35	2'723.22	2'841.62	118.40
75'000	2'692.70	3'715.93	3'877.49	161.56	3'186.50	4'397.37	4'588.56	191.19
100'000	3'864.50	5'333.01	5'564.88	231.87	4'542.10	6'268.10	6'540.62	272.53
150'000	6'517.15	8'993.67	9'384.70	391.03	7'429.25	10'252.37	10'698.12	445.75
200'000	9'406.90	12'981.52	13'545.94	564.41	10'454.80	14'427.62	15'054.91	627.29

So kann jeder Bürger auslesen, was die Anpassung der Steueranlage für ihn bedeutet. Dabei macht die Zusatzbelastung bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 50'000.00 in etwa Fr. 100.00 aus. Bei einem Einkommen von Fr. 100'000.00 sind es beispielsweise Fr. 231.00. Jetzt muss man sich einfach bewusst sein, dass für Fr. 100'000.00 steuerbares Einkommen jemand ein monatliches Bruttoeinkommen von Fr. 10'000.00 oder mehr ausweisen muss, sodass im Vergleich zu anderen Herausforderungen, mit denen ein solcher privater Haushalt konfrontiert ist, ersichtlich wird, dass dies wirklich eher eine marginale Erhöhung mit sich bringt.

In der Botschaft möchten wir auch die Auswirkungen in Bezug auf das Vermögen darstellen. Dabei zeigt sich, dass es bei beispielsweise Fr. 100'000.00 Fr. 2.00 mehr kostet und bei rund 3 Mio. Franken führt es zu einer Erhöhung von Fr. 200.00. Alle weiteren Zahlen finden sich in dieser Übersicht. Die Idee dabei ist, dass man dies in der Botschaft zuhanden des Stimmbürgers als Entscheidungsbasis mitliefern kann.



Aufstellung Zunahme Steuerbelastung bei der Gemeindesteuer mit der Steueranlage 1.44

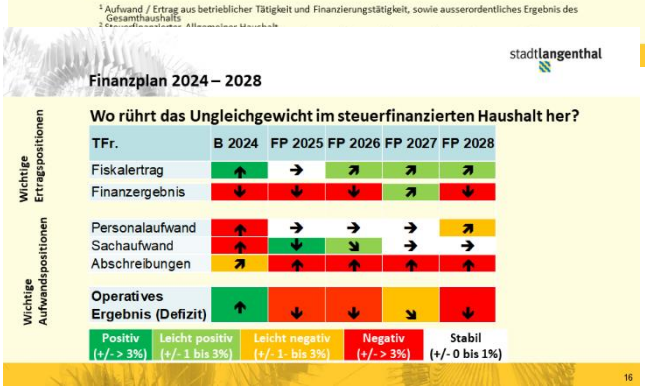
Steuerbares Vermögen (ohne Einkommen)	einfache Steuer	Steuern mit 1.38	Steuern mit 1.44	Zunahme
	verheiratet oder nicht verheiratet			
100'000	33.50	46.23	48.24	2.01
250'000	142.50	196.65	205.20	8.55
500'000	357.50	493.35	514.80	21.45
1'000'000	900.50	1'242.69	1'296.72	54.03
2'000'000	2'168.50	2'992.53	3'122.64	130.11
3'000'000	3'468.50	4'786.53	4'994.64	208.11
10'000'000	12'499.50	17'249.31	17'999.28	749.97

Nun müssen wir gedanklich das Traktandum wechseln; was ich hier ausführe, bezieht sich nun auf Traktandum Nr. 3, dem Finanz- und Investitionsplan 2024. Sie sehen hierzu die Übersicht zur Finanzplanung 2024 bis 2028. Die wichtigsten Informationen befinden sich in den beiden grauen Zeilen in der Mitte. Es zeigt die erwarteten Defizite in den nächsten fünf Jahren und damit natürlich auch, wie sich dies auf unser Eigenkapital auswirkt. Nach dem aktuellen Kenntnisstand können wir unsere finanzpolitische Zielsetzung für das Jahr 2024 einhalten, indem wird das Defizit unter 4 Mio. Franken bringen konnten. Es heisst aber auch, was diese Zahlen ebenso klar belegen, dass es auch in den nächsten Jahren im Budgetprozess entsprechende Optimierungen braucht und gezielte Verzichte nötig bleiben, damit wir unsere Defizitgrenze einhalten können. Ich kann es

Ergebnisse – Übersicht (Gesamthaushalt und Steuerhaushalt)

Beträge in TFr.	2022 Rechnung	2023 Budget	2024 Budget	2025 Plan	2026 Plan	2027 Plan	2028 Plan
Steueranlage	1.38	1.38	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44
Aufwand[1]	98'038	109'144	107'012	108'225	109'936	111'306	112'383
Ertrag[1]	92'580	103'067	103'167	102'076	102'167	103'439	103'537
Defizit der Erfolgsrechnung[2]	**-5'159**	**-5'324**	**-3'637**	**-5'944**	**-7'509**	**-7'598**	**-8'570**
Bilanzüberschuss	**71'215**	**65'891**	**62'254**	**56'310**	**48'801**	**41'202**	**32'632**
Neubewertungs-/ Schwankungsres.	7'460	6'726	5'992	5'257	5'257	5'257	5'257
Reserven Spezialfinanzierungen[3]	15'504	14'752	14'545	14'340	14'080	13'811	13'535

[1] Aufwand / Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit und Finanzierungstätigkeit, sowie ausserordentliches Ergebnis des Gesamthaushalts



aber auch ganz einfach formulieren: Der politische Druck auf das Sparen wird auch bei einer angepassten Steueranlage nicht abnehmen.

Auf dieser Folie sehen Sie, dass das Defizit in der Zeitperiode von 2024 bis 2028 stetig ansteigt und die Grafik zeigt auch ein bisschen, woher das finanzielle Ungleichgewicht herrührt. Die farblichen Unterschiede zeigen eigentlich die Auswirkungen auf das Budgetdefizit; also grün ist positiv, rot ist negativ. Leider sehen Sie hier auch, dass es viel weniger grüne als rote Kästchen gibt. Dies ist eigentlich auch der Grund, weshalb die strukturelle Lücke ansteigt. Gleichzeitig sieht man auch deutlich, dass der Defizitanstieg durch die Investitionsfolgekosten verursacht wird. Dies lässt sich an den Positionen «Abschreibungen» und «Zinsen» erkennen. Sie sehen, dass bei denjenigen Positionen, die wir selber beeinflussen können – ich spreche dabei den Personalaufwand und den Sachaufwand an, die Aufwendungen stabil bleiben. Das zeigt doch letztlich, dass wir gesamthaft gesehen auf der Ausgabenseite über einen limitierten Spielraum verfügen. Nichtsdestotrotz heisst das natürlich auch, dass wir in Zukunft diesen Spielraum auch effektiv nutzen müssen.

Ich komme zu den Steuern. Das Detail unseres Steuerertrags für die nächsten Jahre ist hier in dieser Übersicht dargestellt und dabei ist die Aufstellung in die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen, in die Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen sowie in die weiteren und übrigen Steuern unterteilt. Es zeigt sich dabei, dass wir uns auf einem recht stabilen Wachstumspfad befinden. Dabei rechnet der Finanzplan für die gesamte Periode bis 2028 mit einer unveränderten Steueranlage von 1.44. Ich verweise dabei einfach auf die unterste Spalte dieser Tabelle. Es ist noch interessant, dass wir gemäss dem Finanzplan 2020 bis 2024, was ja der Planung vor der Pandemie entsprach, für das Jahr 2024 Steuereinnahmen von 41,5 Mio. Franken budgetierten. In der aktuellen Planung liegen wir nun aber über diesem Wert und rechnen mit 42,7 Mio. Franken. Dabei muss man sich natürlich bewusst sein, dass wir zum Zeitpunkt, als wir diese 41,5 Mio. Franken budgetierten, noch von einer Steueranlage von 1.38 ausgingen. Aber positiv ist, dass diese Delle bei den Einnahmen, die wir aufgrund der Pandemie erlitten, nach heutigem Kenntnisstand überwunden sein dürfte. Das ist sicherlich erfreulich, aber es heisst eben auch, dass die jetzige Anpassung der Steueranlage in der langfristigen Perspektive eben nötig ist, um unseren Finanzhaushalt stabil halten zu können. Anders ausgedrückt: Ohne diese zusätzlichen Steuereinnahmen durch die Anpassung der Steueranlage sind unsere Einnahmen insgesamt zu schwach, um die Aufwandseite im Griff behalten zu können.

stadtlangenthal

Finanzplan 2024 – 2028

Fiskalertrag

Beträge in TFr.*	Rg 2022	Budget 2023	Budget 2024	Fipla 2025	Fipla 2026	Fipla 2027	Fipla 2028
Direkte Steuern natürliche Personen	28'037	27'926	30'476	30'956	31'546	32'156	32'777
Direkte Steuern juristische Personen	8'188	5'340	6'620	5'850	5'960	6'070	6'190
übrige Steuern**	5'895	5'491	5'661	5'591	5'591	5'591	5'593
Total Fiskalertrag (Steuern)	42'120	38'757	42'757	42'397	43'097	43'817	44'560
		↓	↑	→	↗	↗	↗
Steueranlage	1.38	1.38	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44

*Beträge aus der Artengliederung entnommen
**enthält Hundetaxen, jedoch ohne Abschreibungen auf Steuerforderungen und ohne Verzugs-/Vergütungszinsen auf Steuern

17

Mit der nächsten Folie komme ich nun zum Finanz- und Lastenausgleich. Im Moment befinden wir uns in einer recht stabilen Phase, indem es zwischen 2023 und 2024 kaum merkbare Unterschiede gibt. Gemäss den Prognosen steigen sie erst 2025 wieder um rund Fr. 600'000.00 an. Dafür hauptverantwortlich ist der Lastenausgleich «Sozialhilfe». Man kann dabei jetzt optimistisch sein und hoffen, dass sich der Kanton dabei ebenso verschätzt, wie er es bereits für das Jahr 2024 tat, sodass diese Ausgaben nämlich nicht ansteigen werden. Aber wir können diese Angaben einfach nur zur Kenntnis nehmen, handelt es sich doch um einen Kostenblock, der eigentlich

stadtlangenthal

Finanzplan 2024 – 2028

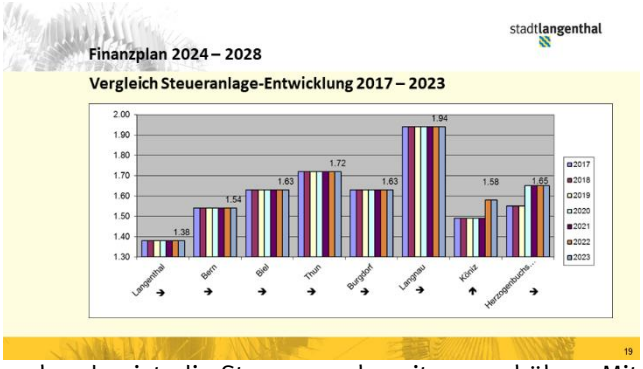
Finanz- und Lastenausgleich – jährliche Belastungen

Beträge in TFr.	Rg. 2022	Budget 2023	Budget 2024	Fipla 2025	Fipla 2026	Fipla 2027	Fipla 2028
Öffentlicher Verkehr	2'071	2'219	2'412	2'485	2'519	2'514	2'517
Aufgabenteilung Gde/Kt.	2'887	2'880	2'864	2'857	2'874	2'860	2'853
Finanzausgleich (Disparitätenabbau)	-2'874	-3'120	-3'171	-3'087	-3'360	-3'281	-3'298
Familienzulage	75	78	78	79	79	79	79
EL (AHV / IV)	3'618	3'772	3'521	3'548	3'591	3'634	3'661
Interventionskosten	78	79	79	80	80	80	80
Lastenausgleich Soz.Hilfe	8'437	8'764	8'842	9'342	9'529	9'654	9'684
Soz.demograf. Zuschuss	-365	-360	-360	-360	-360	-360	-360
Lehrerbesoldungen	5'784	6'020	6'012	6'027	6'027	6'027	6'027
Total	**19'711**	**20'332**	**20'277**	**20'971**	**20'979**	**21'207**	**21'243**
			→	↑	→	↗	→

18

dem Handlungsspielraum von uns als Stadt entzogen ist. Da sind wir eigentlich machtlos und müssen diejenigen Zahlen und Mittel so einsetzen, wie sie eben von der übergeordneten Gesetzgebung vorgegeben sind.

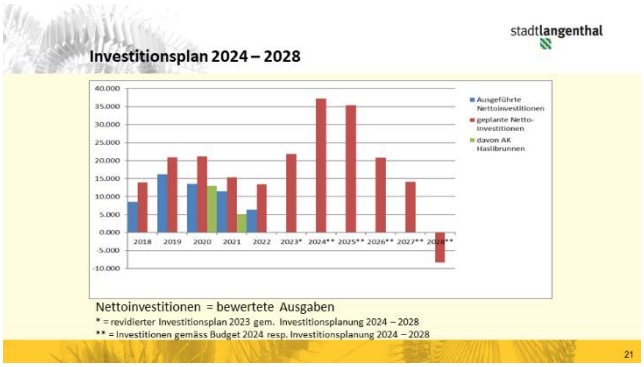
Hier möchte ich einfach noch einmal die Entwicklung der Steueranlage aufzeigen. Es ist Beleg dafür, dass wir gut aufgestellt sind. Wir weisen die tiefsten Steuern im Vergleich mit anderen Städten aus. Wenn Sie dabei auch die Entwicklung in den Jahren 2017 bis 2023 beachten, so sehen, dass die Werte im besten Fall gleichblieben. Es gibt aber punktuell Gemeinden, die die Steuern nach oben anpassen mussten, ich denke da insbesondere an Köniz und Herzogenbuchsee. Wir wissen natürlich auch, dass an verschiedenen Orten auch sonst ein gewisser Druck vorhanden ist, die Steuern noch weiter zu erhöhen. Mit der Betrachtung dieser Grafik möchte ich einfach aufzeigen und verdeutlichen, dass dies, was wir hier beabsichtigen, einer moderaten Anpassung entspricht. Wir setzen dabei auf Kontinuität und wir setzen darauf, dass wir weiterhin von einem verhältnismässig tiefen Steuerniveau profitieren können. Und das soll auch so bleiben, sodass dies auch ein bisschen mein kleiner Appell an Sie ist, dass Sie dies der Stimmbevölkerung auch so weitervermitteln. Ich kann sagen, dass ich sehr viele Gespräche im Zusammenhang mit der letzten Abstimmung führte, wobei ich feststellen musste, dass es den Langenthalern gar nicht bewusst ist, in welchem steuerlichen Umfeld sie sich befinden. Vielleicht haben wir hier alle eine gewisse Aufklärungsarbeit zu leisten. Und dies ist auch wichtig, weil wir ja auch attraktiv bleiben müssen. Dabei muss man wissen, dass gemäss dieser Folie unsere Konkurrenten weder Langnau oder Biel, noch Thun sind, sondern wir müssen schauen, dass wir den Anschluss an Städten wie Zofingen oder Sursee nicht ganz verpassen. Dort sind unsere Konkurrenten zuhause.



Weiter folgt noch ein Wort zu den Investitionen. Der Gemeinderat setzt bei den Investitionen in erster Priorität auf den Werterhalt. Sekundär geht es um die Förderung von Investitionen mit Zukunftspotential. Im Investitionsplan von 2024 sind 37 Mio. Franken an Investitionen eingestellt; der grösste Teil davon mit rund 30 Mio. Franken betrifft den Steuerhaushalt.

Investitionsplanwerte		2024		2023 akt. (aktualisiert)		2023 (FiPla 2023-2027)	
Investitionsrechnung		in TFr.	%	in TFr.	%	in TFr.	%
Ausgaben	Bruttoinvestitionen	37'931	100.0%	22'125	100.0%	29'287	100.0%
Einnahmen	Subventionen, Beiträge	661	1.7%	300	1.4%	1'210	4.1%
Nettoinvestitionen		**37'270**	**98.3%**	**21'825**	**98.6%**	**28'077**	**95.9%**
Davon steuerfinanzierte Nettoinvestitionen		**30'860**	**81.4%**	**19'765**	**89.3%**	**24'967**	**85.2%**

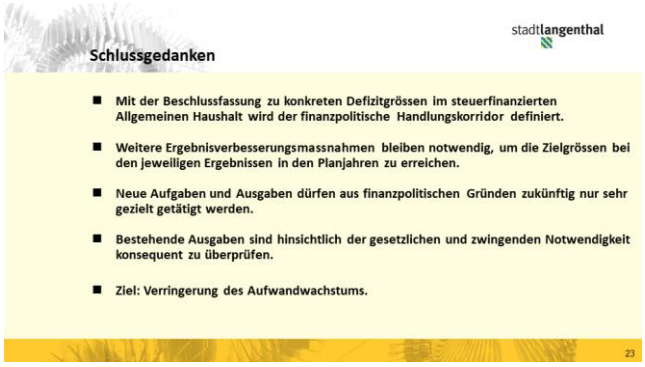
Wenn wir dabei einen Blick auf die Entwicklung werfen, machen wir dies am besten anhand einer Grafik. Dabei sehen wir, dass wir uns aktuell in einer Phase mit sehr hohen Investitionen befinden. Dies betrifft nicht nur das Jahr 2024, sondern ebenso auch das nächste Jahr. Die Hauptursache liegt wenig überraschend natürlich in der Realisierungsphase am Bahnhof. Im Jahr 2028 erwarten wir dann den Zahlungseingang aus der Finanzierungsvereinbarung mit Bund und Kanton, was die negative Ausrichtung des



entsprechenden Werts erklärt. Dann sollte mehr Geld zurückfliessen als man dannzumal an Mittel investierte. Diese Balken betreffen natürlich nicht nur die Investitionen in den Bahnhof, sondern umfassen auch andere Investitionen. Sie werden heute Abend ja noch Gelegenheit bekommen über eines der Projekte zu befinden.

Ich komme somit zur Zusammenfassung. Wir präsentieren Ihnen hier ein Budget mit einem Defizit von 3,64 Mio. Franken im steuerfinanzierten Haushalt, beziehungsweise 3,84 Mio. Franken im Gesamthaushalt. Die Zielsetzung des Gemeinderates, was die Defizitobergrenze anbelangt, ist hiermit eingehalten. Weiter sehen Sie, dass wir Investitionen von 37,9 Mio. Franken brutto, beziehungsweise 37,3 Franken netto vorsehen. Diese Sachlage bedingt eben eine bereits erwähnte Anpassung bei der Steueranlage von 1.38 Einheiten auf 1.44. Die Liegenschaftssteuer bleibt dabei mit einem Satz von 1 ‰ des amtlichen Werts unverändert.

Hinsichtlich des Finanz- und Investitionsplans sehen wir für die kommenden fünf Jahre ein kumuliertes Defizit von rund 33,2 Mio. Franken vor. Bei dieser Sachlage bleibt uns ein Bilanzüberschuss per Ende 2028 von prognostizierten 32,6 Mio. Franken. Bei diesem Wert – und das sind wir uns bewusst, werden, Stand heute, die Vorgaben des Gemeinderates nicht erreicht. Das heisst, dass deshalb der Handlungsdruck – und somit davon abgeleitet auch der politische Sparwillen, hoch bleiben wird und auch hoch bleiben muss. Was wir mit Sicherheit erwarten können, ist eine enorm starke Investitionsphase. Wie gezeigt rechnen wir für die Jahre 2024 bis 2028 mit Investitionen von rund 99 Mio. Franken. Vielleicht noch ein Wort zum letzten Punkt auf dieser Folie: Was klar ist, dass die Selbstfinanzierung tief ist und auch tief bleiben wird. Das wird dazu führen, dass wir unsere Investitionen grösstenteils fremdfinanzieren müssen. Das heisst, dass wir den grössten Teil dieser Investitionen mit Darlehen finanzieren werden. Dabei rechnen wir eigentlich immer noch mit guten und attraktiven Zinsen. Als Puffer verfügen wir aber immer noch über ein Wertschriften-Portfolio in der Höhe von rund 30 Mio. Franken, das man gezielt verflüssigen könnte, falls die Bedingungen am Kapitalmarkt keine guten Zinskonditionen ermöglichen, so wie wir es erwarten.



Unsere konkrete Defizitobergrenze von 4 Mio. Franken wirkt ja eigentlich schon ein bisschen wie eine Ausgaben- und Schuldenbremse und zeigt uns auch ein bisschen unseren finanzpolitischen Handlungskorridor auf. Das ist gut so und damit konnten wir auch im Jahr 2024 unser Ziel erreichen. Wie ich es antönte, wird es auch in Zukunft anspruchsvoll bleiben. Wir werden deshalb gezielt und vielleicht noch etwas gezielter unsere Ausgaben- und Aufgabenpolitik betrachten müssen. Es ist ganz klar, dass wir aus finanzpolitischer Sicht die Zielsetzung verfolgen, indem wir das Aufwandswachstum verringern müssen.

Ich komme somit noch zu den offiziellen Anträgen. Dies betrifft nun wieder Traktandum Nr. 4 mit dem Budget 2024. Die wichtigsten Punkte der Beschlussfassung sind noch einmal zusammengefasst. Bei Gesamtaufwendungen von rund 107 Mio. Franken und Gesamterträgen von rund 103 Mio. Franken weisen wir im Gesamthaushalt ein Defizit von 3,845 Mio. Franken und im steuerfinanzierten Haushalt ein Defizit von 3,637 Mio. Franken aus. Um dies zu erreichen ist eine Anpassung der Steueranlage auf 1.44 Einheiten notwendig. Bei der Liegenschaftssteuer ist keine Änderung geplant, sodass der Wert bei 1 ‰ des amtlichen Werts verbleibt und Teil unseres Antrags ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci vielmals. Nun folgt die Berichterstattung der GPK. Diese erfolgt durch Martin Lerch.

GPK-Sprecher Martin Lerch (SVP): Die GPK tagte am 14. August 2023 wie üblich 14 Tage vor der Stadtratssitzung. Da der Präsident ferienabwesend war, liess er sich dabei durch den Vizepräsidenten vertreten. Wir liessen uns, ähnlich wie heute Abend, durch den Gemeinderat Roberto Di Nino über beide Traktanden, das heisst über den Finanzplan und über das Budget, informieren. Gleichzeitig war mit Daniel Steiner auch der Sekretär des Gemeinderates anwesend. Wenn Sie erlauben, würde ich aus ablaufökonomischen Gründen den Finanzplan und das Budget ebenso gemeinsam behandeln.

Ein bisschen weniger ausführlich als soeben, aber dennoch recht detailliert informierte uns Roberto Di Nino über den Budgetprozess, die Ämterkonsultationen, die Defizitobergrenze, die Anträge der Finanzkommission und die entsprechende Behandlung dieser Anträge im Gemeinderat, das Budgetdefizit etc. sowie über die vorgeschlagene Steueranlage. Es entwickelte sich daraufhin in regem Austausch eine lebhafte Diskussion. Dabei tauchten natürlich auch Fragen auf. Ohne abschliessend zu sein, ging es dabei beispielsweise um die Erhöhung des Personalaufwands von Fr. 670'000.00 und dessen Zusammensetzung. Gleichzeitig stellte man auch die Frage, ob die Erhöhung der Dividenden der IBL nötig ist, etc. Es wurde auch die Befürchtung geäussert, dass das Budget abgelehnt werden könnte. Dazu wurde betont, dass es sich dabei eigentlich um den Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat handelt. Der Stadtrat ist dann allerdings frei in seinem Entscheid. Die Fragen und Antworten gingen weiter und es wurde insbesondere auch seitens des Finanzvorstehers darauf hingewiesen, dass eine Kürzung des Leistungsangebots weder vorgesehen, noch im Interesse der Stadt liegt und deshalb auch nicht der Haltung des Gemeinderates entspricht. Dann wurde auch das Projekt SIP kurz angesprochen, wozu erwähnt wurde, dass es neu in den Investitionsplan aufgenommen werden soll. Auch die Zuschauerzahlen beim Stadttheater waren ein Thema. Dazu liessen wir uns versichern, dass wir weitere Unterlagen bekommen. Es wurde sodann auch davor gewarnt, dass, falls die Aufwandpositionen nicht zurückgefahren werden, ein Absturz drohen könnte und man sich fragt, ob diese Gefahr nicht auch erkannt wurde. Diesbezüglich verwies der Finanzvorsteher auf vielfältige Gründe, was so zur Kenntnis genommen wurde.

Schlussendlich war man sich einig, dass der GPK noch ergänzende Unterlagen zugestellt werden sollten. Dabei ging es einerseits um die Berechnung zur Erhöhung der Personalbesoldung und andererseits um die Eignerstrategie der IBL sowie die Auswertung der Stadttheater-Saison. Diese Unterlagen trafen dann auch alle ein. Ich kommentiere dies hier an dieser Stelle nicht weiter, da die GPK anschliessend nicht mehr tagte und es auch nicht an der GPK ist, eine Wertung vorzunehmen, nahm sie diese ja lediglich zur Kenntnis. Ein weiterer Punkt betraf dann noch die Frage, wieviel aufgrund der dargestellten Verzichtsmassnahmen eingespart werden kann. Diese Zahl wurde mit Fr. 500'000.00 bis 1 Mio. Franken umschrieben.

Beim Finanzplan ergab sich anschliessend keine weitere, interne Diskussion. Die Kommission stellte dann

einstimmig mit 6:0 Stimmen die formelle Richtigkeit fest. Die Sekretärin wies dann bezüglich des Finanzplans noch darauf hin, dass Jahresbericht und Finanzplan bislang nicht anhand desselben Vorgehens genehmigt werden, sodass auch die Antragsstellung des Gemeinderates nicht identisch ausfällt. Im Juni 2023 nahmen wir Kenntnis vom Jahresbericht, was auch so beantragt und vom Stadtrat so beschlossen wurde. Heute ist bezüglich des Finanzplans eigentlich kein Beschluss vorgesehen. Diesbezüglich waren wir uns einig, dass man dies angleichen sollte. Die beiden Sekretariate werden sich dies anschauen und dann anschliessend wieder an die GPK zurückspielen.

Somit komme ich zum Budget. Die interne Diskussion fand auch dazu und auch recht intensiv statt. Wir kamen darauf, dass wir nicht nur die formelle Richtigkeit zu prüfen haben, sondern dass wir – falls gewollt, durchaus auch materielle Anträge zuhanden des Stadtrats stellen könnten, was in Art. 21 Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates auch ausdrücklich vorgesehen ist. Dazu wurden verschiedene Ideen genannt, wozu ich aber nicht auf die Details eingehe. Es wurde aber ebenso betont, dass angesichts des anstehenden Investitionsvolumens, insbesondere denjenigen von heute bezüglich der Kindergärten, aber auch bezüglich Agglo 3 und dem Bahnhof, eine Steuererhöhung unumgänglich ist. Als Fazit verzichtete die GPK dann allerdings auf das Einbringen von materiellen Anträgen, weil es dazu auch keinen Konsens gab. Die Sekretärin der GPK wies darauf hin, dass die Abstimmungsbotschaft noch gewisse orthografische Mängel aufweist, was wir zur Kenntnis nahmen. Sie sicherte uns aber auch zu, dass dies im Rahmen der Schlussredaktion noch entsprechend bereinigt wird. Schlussendlich stellte die GPK auch in Sachen Budget die formelle Richtigkeit fest. Somit bin ich am Schluss meiner Ausführungen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Wir kommen nun zur allgemeinen Beratung des Finanzplans. Dabei verweise ich darauf, dass hier nun allein zum Finanzplan Stellung genommen werden soll, auch wenn die Vorredner bereits zu Traktandum Nr. 3 und Traktandum Nr. 4 redeten. Somit geht es jetzt unter Traktandum Nr. 3 nur um den Finanzplan und Voten zum Budget sind dann unter Traktandum Nr. 4 zu halten. Abschliessend wird ja der Finanzplan einfach zur Kenntnis genommen und es kommt zu keiner Abstimmung. Somit möchte ich nun den Fraktionssprechern das Wort übergeben. Wer meldet sich dafür zu Wort?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Unsere Fraktion behandelte die beiden Traktanden miteinander. Zum Finanzplan haben wir Ihnen zuerst einmal eine tröstliche Botschaft zu machen. Die altgedienten, erfahrenen Mitglieder unserer Fraktion, wozu ich mich nicht zähle, sagen nämlich, dass es üblich ist, dass die Realität besser ausfällt als der Plan. Das ist gut so und gibt uns auch eine gewisse Hoffnung. Wenn man den Plan analysiert, wie er jetzt vorliegt und präsentiert wurde, so betrachten wir einerseits die Zunahme des Fremdkapitals mit grosser Sorge, steigen dabei doch die Schulden der Stadt Langenthal gegenüber Dritten bis ins Jahr 2028 auf 166 Mio. Franken an. Wir wiesen in früheren Budgetdebatten auf diesen Punkt hin und wir sehen in diesem Budget die Konsequenzen, indem dass die Zinsbelastung jetzt schon, und natürlich mit dieser Erhöhung der Schulden, massiv ansteigen wird. Das sollte uns, vor allem mit Blick auf die künftigen Generationen, eigentlich Sorgen bereiten. Dies ist dann für uns auch ein Argument, mehrheitlich der geplanten Steueranlagenerhöhung zuzustimmen.

Sodann sprach Roberto Di Nino zuvor die strukturelle Lücke an, die in unserem Finanzplan weiterhin besteht. Er zeigte auf, dass die Beeinflussungsfaktoren der Politik, namentlich im Bereich des Personal- und Sachaufwands liegen, worauf wir dann in der Budgetdebatte auch unser Gewicht legen werden. Dabei kam er auch auf den Selbstfinanzierungsgrad zu sprechen, dass dieser Grad an Selbstfinanzierung unserer Stadt ausserordentlich tief ausfällt, was mitunter die dramatischste Botschaft enthält. Das sollte uns dazu ermahnen, nicht unnötige Sprünge zu machen. Insofern kommen wir auch diesbezüglich zu denselben Schlussfolgerungen wie Roberto Di Nino.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprecher?

SP/GL-Fraktion, Agnes Imhof (GL): Auch wir schauten uns in der Fraktion den Finanzplan 2024 - 2028 an

und für uns ist ganz klar, dass, wenn das Defizit in dieser Form ansteigt, wie es in diesem Finanzplan aufgezeigt wird, muss unbedingt etwas dagegen unternommen werden. Entsprechend kann man auf keinen Fall meinen, dass man dies nur mit Sparen machen kann. Unsere Fraktion sieht auch nur ganz begrenzte Sparmöglichkeiten, sodass es wirklich derjenige Moment ist, indem man wirklich die Steuern erhöhen muss, ansonsten die Ziele total aus dem Ruder laufen. Es ist ja auch klar, dass, wenn man privat in einer ähnlichen Situation wäre, man ebenso schauen müsste, dass man, im Fall der begrenzten Möglichkeiten zur Beeinflussung der Ausgabenseite, mehr Einnahmen generieren muss. Das heisst für uns ganz klar, dass man diesen Steuersatz auf 1.44 anheben muss. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Fraktionssprecher? Das scheint offenbar nicht der Fall zu sein. So kommen wir zu den Einzelsprechern. Auch da meldet sich niemand zu Wort. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen? Nein. Somit schliesse ich die Beratung. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein. Eine Abstimmung zum Finanzplan gibt es keine, geht es hier doch lediglich um die Kenntnisnahme. Besten Dank an Gemeinderat Roberto Di Nino für die grosse Arbeit und für die Ausführungen zu diesen beiden Traktanden.

III Abstimmung:

Keine.

4. Budget der Erfolgsrechnung 2024: Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer: Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 17. Dezember 2023

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 4 mit dem Budget zur Erfolgsrechnung 2024. Das Eintreten ist zwingend, sodass wir direkt in die Beratung einsteigen.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dazu blenden wir Ihnen hier den ordentlichen Ablauf der folgenden Beratung ein, wie wir uns das vorstellen. Im Rahmen einer allgemeinen Beratung unter Punkt B ist es möglich Anträge zu einzelnen Budgetpositionen anzukündigen. Diese können dann aber effektiv erst in der Detailberatung gestellt werden. Dabei wären wir froh, wenn Sie sich dabei jeweils konkret auf die jeweilige Budgetposition mit Kontonummer beziehen. Der weitere Ablauf ersehen Sie dann gemäss Ziffer D bis Ziffer E. Ist dies soweit allen klar oder gibt es noch Bemerkungen zum vorgeschlagenen Ablauf? Das scheint nicht zuzutreffen.

Wie Ihnen bekannt ist, liegt ein Antrag auf die Durchführung einer Variantenabstimmung vor. Im Sinne eines logischen Ablaufs der Debatte wird dies im Rahmen der allgemeinen Beratung als Erstes behandelt. Somit können auch die Voten der Fraktionen und Einzelsprecher zur Vorlage sogleich zusammen bei Bedarf zusammen mit diesem Antrag beraten werden. Wenn es für den Antrag zur Durchführung einer Variantenabstimmung eine Mehrheit gibt, so wird dies wohl logischerweise zu einer 2. Lesung führen. Eine Schlussabstimmung würde in diesem Fall entfallen und wir würden einfach eine Detailberatung durchführen, die dem Gemeinderat die Grundlage zur Ausarbeitung der Varianten liefert. Wir werden aber jede einzelne Position durchgehen, damit der Gemeinderat allfällige Anträge in die Ausarbeitung der Varianten miteinfliessen lassen kann. Gibt es zu diesem Ablauf noch Bemerkungen oder wird der Ablauf bestritten? Offensichtlich scheint alles klar zu sein. Gut.

A Berichterstattung

Hinweis: Die Berichterstattung ist bereits im Rahmen von Traktandum Nr. 3 erfolgt.

B Allgemeine Beratung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Im Rahmen der allgemeinen Beratung haben nun die Fraktionssprecher das Wort.

SVP-Fraktion, Patrick Fluri (SVP): Zuerst einmal möchte ich dem Finanzamt und den beteiligten Personen, die hier am Budget mitarbeiteten, einen grossen Dank aussprechen. Die Diskussionen rund um das Budget liefen in diesem Jahr ja ohne Unterbruch weiter, manchmal sogar zweigleisig. Die Zahlen sind mehr oder weniger allen bekannt. Das Budget wird mit einer Steuererhöhung vorgelegt, die uns nicht in Ruhe lässt. Die Steuererhöhung ist sicher auch notwendig, da wir nach wie vor mehr Geld ausgeben als einnehmen und dabei über unsere Verhältnisse leben. Für uns ist aber auch klar, dass eine Steuererhöhung nur dann Chancen hat, wenn wir auch Geld einsparen. Und der Wille zum Sparen ist im Moment bei der Stadt noch nicht ersichtlich. Die Finanzkommission machte im Rahmen des Budgetnachmittags in grossem Ausmass Sparvorschläge. Dabei machte der Gemeinderat gewisse Dinge wieder rückgängig.

Ich nenne dazu zwei Beispiele: Die Löhne der Gemeinderäte, was man machen kann, aber nicht zwingend ist. Auch nicht bewilligte Stellen wurden im Budget wieder aufgenommen und nicht gestrichen. Es ist sicherlich auch erwähnenswert, dass unsere Wähler sich gut überlegen, ein Budget mit einer Steuererhöhung anzunehmen, ohne dass sie irgendwo Sparmassnahmen sehen; oder zumindest den Willen, dass man irgendwo Einsparungen vornehmen will. Ich würde mir von der Stadt mehr Unternehmertum wünschen, indem man dabei einmal Projektaufgaben kritisch hinterfragt, ob diese wirklich notwendig sind und ob man es auch schlanker machen kann. Das sind alles Aufgaben, die sich jeder Unternehmer eigentlich täglich zu stellen hat, damit er mit den Mitbewerbern Schritt halten kann. Das kann dann auch zu Innovationen führen und ein Schritt retour ist nicht immer schlecht. Die SVP kommt sicher mit zwei Anträgen; der eine betrifft eine 2. Lesung und der andere die Variantenabstimmung. Bei der SVP-Fraktion ist das Budget, so wie jetzt vorgeschlagen, sehr umstritten. Merci.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion unterstützt mehrheitlich die vom Gemeinderat vorgesehene Erhöhung der Steueranlage auf 1.44. Die entsprechenden Gründe dafür hörten wir zuvor bei der Präsentation des Finanzplans. Unsere Fraktion legte diese im Rahmen der vergangenen Budgetdebatten auch immer wieder dar, sodass diese nun nicht mehr wiederholt werden müssen. Wir sind uns bewusst – wie dies offenbar auch in der SVP-Fraktion der Fall ist, dass die Stimmberechtigten unter Umständen unsere Auffassung in Bezug auf die Erhöhung der Steueranlage nicht teilen werden und es damit nicht sicher ist, dass bei der Budgetabstimmung im nächsten Dezember dieses Budget eine Mehrheit finden wird. Beim Abstimmungstermin geht es dabei erneut nur um Gemeindevorlagen und die anderen drei Vorlagen, die alle zu weiteren, und zwar erheblichen Mehrausgaben führen, dürfen uns diesbezüglich nicht allzu optimistisch werden lassen. Die Stimmberechtigen, so glauben wir und schliessen uns dabei ebenso den Überlegungen der SVP an, werden vermutlich einfacher zu überzeugen sein, wenn wir nebst der Erhöhung der Steuereinnahmen auch auf der Kostenseite Massnahmen vorsehen werden. Demensprechend ist eigentlich auch in der Botschaft auf Seite 17 in einer Kombination von höheren Steuereinnahmen und ich zitiere: «einer stringenten Straffung der Aufwandpositionen» die Rede. Diese Aussage «stringente Straffung der Ausgabenpositionen» würde eigentlich von uns aus gesehen den richtigen Weg aufzeigen. Wenn wir aber einen Blick ins Budget werfen und die Realität betrachten, so sehen wir auf der von Roberto Di Nino zuvor präsentierten Folie Nr. 8 oder auf Seite 6 des Zahlenmaterials, dass gerade in denjenigen zwei Positionen, die die Politik beeinflussen kann, nämlich beim Personalaufwand mit einem Plus von 0,8 Mio. Franken und beim Sach- und Betriebsaufwand mit einem Plus von 0,7 Mio. Franken, ein erhebliches Ausgabenwachstum vorgesehen ist. Unserer Ansicht nach deckt sich dabei die Aussage oder der Plan in der Botschaft nicht mit der Realität im Zahlenmaterial.

Das führt dazu, dass man natürlich als Parlamentsmitglied die Details anschaut. Und wenn man dann als Erstes feststellt, dass in denjenigen Positionen, in denen das Parlament anlässlich der letzten Budgetdebatte mit klarer Mehrheit Kürzungen realisieren konnte, und dabei auch sieht, dass gerade in diesen Positionen Überkompensationen vorgenommen werden sollen, so fordert dies einen geradezu heraus, das Ganze genauer unter die Lupe zu nehmen. Wenn man dann auch sieht, dass erhebliche Aufwandreduktionen, die die Finanzkommission mit klaren Mehrheiten beschloss, teilweise einstimmig, teilweise mit nur einer Gegenstimme, vom Gemeinderat wieder korrigiert wurden, so fordert dies noch mehr eine genaue Durchsicht heraus. Es könnte heute somit etwas länger dauern, wozu wir vorbereitet sind.

Wir werden deshalb auch eine Reihe von Anträgen zur Abpassung von einzelnen Budgetpositionen stellen und auch Anträge anderer Fraktionen, die in unsere Richtung gehen, prüfen und, wenn sie für gut befunden werden, ebenso unterstützen. Ob wir eine 2. Lesung anstreben wollen, können wir zum jetzigen Moment noch nicht sagen. An und für sich würden wir es bevorzugen, dass das Budget in einer Sitzung behandelt werden könnte. Ich glaube, dass wir diesen Entscheid am Schluss der Detailberatung klären müssen. Wenn jemand anderer Meinung ist, so glaube ich, dass wir dann einen Sitzungsunterbruch machen sollten.

In Betrachtung des Ganzen stellen wir aber einmal mehr fest, dass der ganze Budgetprozess unserer Stadt unbefriedigend konzipiert ist. Die Entscheide der Finanzkommission, die wie von Roberto Di Nino ausgeführt, kompetente und gute Arbeit leistet, werden später – und auch hier zitiere ich die Ausführungen unseres Finanzministers, «teilweise aus politischen Gründen» wieder korrigiert. Somit bringt dies den Effekt mit sich, dass politische Entscheidungen in einer Phase gefasst werden, in die der Stadtrat nicht involviert ist. Diese Phase des gesamten Budgetprozesses nimmt sehr viel Zeit in Anspruch und dabei kommt der Stadtrat als eigentliches politisches Gremium erst spät zum Zug. Zudem lässt sich feststellen, dass ein Gefäss fehlt, in dem man das Budget im Parlament vorbesprechen und damit auch ein Gefäss, mit dem man zusammen mit dem Gemeinderat nach Lösungen suchen kann, oder mit anderen Worten gesprochen, mit dem man Kompromisse finden kann. Damit ist die heutige Stadtratssitzung aus rein systemimmanenten Gründen darauf angelegt, konfrontativ miteinander zu ringen. Die einzelnen Fragen lassen letztendlich nur ein Ja oder Nein, ein Schwarz oder ein Weiss zu. Ein Abwägen, Kompromisse aushandeln, verschiedene Budgetpositionen gegeneinander korrigieren, ist in diesem System, wie wir es pflegen, nicht möglich. Und damit ist unser System – und das sollten wir in diesen finanziell härter werdenden Situationen langsam erkennen, nicht dazu da, um konstruktive Lösungen zu finden. Aus diesem Grund hoffen wir, dass die Kommission, die der Gemeinderat nun ankündigte, sich auch mit diesen Fragestellungen auseinandersetzt und der Politik unserer Stadt konstruktive Lösungsvorschläge für eine Verbesserung des gesamten Finanzprozesses unterbreitet. Danke.

GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Ich halte mich einmal kurz. Unsere Fraktion steht zum Budget und aus unserer Sicht ist der Steuerfuss von 1.44 für eine nachhaltige und stabile Entwicklung der städtischen Finanzen entsprechend wichtig. Wie man in Zukunft den ganzen Budgetprozess gestalten will, kann als Grundsatzdiskussion gerne geführt werden. Aber ich glaube, dass dies nicht der Inhalt des Geschäftes ist, das wir heute zu beraten haben. Grundsätzlich gebe ich den gemachten Überlegungen aber insofern recht, als dass wir uns irgendeinmal zwei wichtige Fragen zu stellen haben oder die Frage der Finanzen auf zwei Arten angehen müssen. Entweder passen wir unsere Einnahmen den Leistungen an, die von der Stadt erbracht und als Aufträge durch die Stadt ausgeführt werden, wozu dann wohl diese 1.44 aufgrund des weiterhin bestehenden Defizits offensichtlich nicht ausreichen werden. Oder dann machen wir es anders und passen die Leistungen der Stadt den Einnahmen an und schauen dann, was mit diesem Geld, was die Leute bereit sind zu zahlen, überhaupt noch möglich ist. Ob nun die Bürger von Langenthal diese 1.44 annehmen werden oder nicht, weiss ich nicht. Aber ich denke, dass es unsere Aufgabe hier als Stadtrat ist, ein bisschen über den Tellerrand hinaus zu schauen und unsere Stadt längerfristig positiv zu beeinflussen. Aus dieser Sicht macht die Erhöhung auch Sinn, ohne dabei eine andere Variante auszuarbeiten. Merci.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir möchten hier auch ganz klar festhalten, dass wir hinter diesem Budget stehen, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass es ja gar nicht um eine Steuererhöhung geht. Es geht um eine Rückführung zu einem Steuerfuss, den wir bereits im 2010 hatten. Wir können noch lange warten. Unsere Fraktion sagte es bereits öfters und wir können selbstverständlich noch lange an 1.38 festhalten, aber dann reichen dann irgendwann diese 1.44 nicht mehr, sondern dann reden wir wieder von 1.68. Wer weiss das schon. Es ist eine schwierige Aufgabe, aber wenn alle am selben Karren oder Strick ziehen, dann schaffen wir auch diesen aus dem Dreck rauszuziehen. Deshalb werden wir dieses Budget, so wie es nun vorliegt, grossmehrheitlich begrüssen. Aber auch wir werden zugunsten von Jugendlichen und Kindern noch ein paar Änderungsanträge stellen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es nun Einzelsprecher zum Budget? Das scheint nicht der Fall zu sein. So bitte ich nun die SVP ihren Antrag zugunsten einer Variantenabstimmung noch einmal zu präsentieren und zu erläutern.

SVP-Fraktion, Martin Lerch (SVP): Nun habe ich einen anderen Hut auf und bin der Sprecher der SVP und beantrage Ihnen die Variantenabstimmung und dies aus den folgenden vier Gründen. Ich gebe Ihnen die Stichworte zu diesen Gründen. Erstens geht es um Risiken, zweitens nenne ich den Volkswillen, der dritte Punkt bezieht sich auf die wirtschaftliche Situation unserer Bürgerinnen und Bürger und

viertens geht es um die angebliche Alternativlosigkeit. Ich komme somit zum ersten Punkt, dem Risiko. Die Stimmbevölkerung lehnte in diesem Jahr schon zweimal eine Steuererhöhung ab, was es ja aus heutiger Perspektive auch ist. Und wenn wir nun im Dezember wieder damit kommen, so riskieren wir innert elf Monaten ein drittes Mal, dass das Budget abgelehnt werden könnte. Aus der Sicht der SVP ist dies ein Hochrisikoakt. Wir riskieren sehenden Auges gegen eine Mauer zu knallen. Wollen wir das wirklich oder ist es nicht sinnvoll, dass wir eine Alternative anbieten? Denn, falls wir in diese Mauer hineinfahren, haben wir anschliessend erneut einen budgetlosen Zustand. Bei zweiten Punkt geht es um den Volkswillen. Es gibt in diesem Land einen gewissen Konsens, dass ein Entscheid nach Abstimmungen für eine gewisse Zeit respektiert wird und man nicht sogleich versucht, den Entscheid wieder umzukehren. Das kam in den letzten Jahren sicherlich etwas unter Druck, aber es gibt nach wie vor einen Konsens, dass man hier eine gewisse Schonfrist einhalten sollte, sodass ich hoffe, dass dies in Langenthal auch so gehandhabt wird. Die wirtschaftliche Situation unserer Bürgerinnen und Bürger kennen wir und verbesserte sich nicht. Es sind beispielsweise bei der Krankenkasse markante Erhöhungen angekündigt und die Löhne mögen nicht überall Schritt halten. Die Inflation ist noch nicht getilgt und da passt aus unserer Sicht eine Steuererhöhung einfach nicht ins Bild. Selbstverständlich haben wir ein strukturelles Defizit und es wird von einer Alternativlosigkeit geredet. Alternativlos ist im Leben fast nichts, meine Damen und Herren. Es gibt immer Szenarien und es gibt immer Varianten. Alternativlos ist sicherlich, dass wir alle irgendeinmal sterben müssen. Alternativlos ist dabei sicherlich auch, dass die Steuerrechnung eintrifft. Alternativlos ist aber sicherlich kein Budget. Wir verfügen über zwei Hauptstellschrauben, indem wir die Steuern erhöhen oder dann den Aufwand reduzieren. Und es wurde vom FDP-Vertreter erwähnt, dass man eben bei der Aufwandreduktion noch keine grossen Sprünge sehen konnte. Von dem her ist es für uns ein No-Go, dass man in diesem Umfeld die Stellenanzahl in dieser Stadt erhöht. Wir haben notabene nichts dagegen, dass unsere Verwaltung, die gut arbeitet, auch gut entlöhnt und die Teuerung ausgeglichen werden soll. Gleichzeitig soll es auch Raum geben für individuelle Lohnerhöhungen. Aber in diesem Umfeld Stellen im Umfang von Fr. 500'000.00 aufzustocken, können wir nicht unterstützen. Wir kommen deshalb zum Schluss, dass wir eine Variantenabstimmung beantragen; und zwar sicher die Variante mit 1.44, wie dies vorgeschlagen wurde und man daran gewisse Retuschen vornehmen kann. Wir sind aber auch der Meinung, dass es vermutlich auch eine Variante mit 1.38 braucht, bei der sicher der Hauptbrocken mit dieser Stellenerhöhung eliminiert werden sollte. Das würde selbstverständlich und selbstredend eine 2. Lesung bedingen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und reflektieren Sie bitte gut, ob wir wirklich das Risiko eingehen wollen, im Januar erneut einem budgetlosen Zustand gegenüber zu stehen. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Nun kommen wir zu diesem Antrag zur Durchführung einer Variantenabstimmung mit zwei Budgetvarianten, einmal mit einer Steueranlage von 1.38 und einmal mit einer Steueranlage von 1.44, die dem Volk zum Entscheid so vorgelegt werden soll. Somit folgt nun die Behandlung dieses Antrags. Welcher Fraktion darf ich dazu das Wort erteilen?

GLP/EVP-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Ich versuche kurz etwas zu diesen vier Punkten zu sagen, die vorher erwähnt wurden. Ja, genauso wie es immer Alternativen gibt, gibt es genauso auch immer Risiken. Die Frage ist einfach, ob es unsere Aufgabe ist, Angst vor der Bevölkerung zu haben oder ob es nicht vielmehr unsere Aufgabe ist, politische Verantwortung zu übernehmen und sinnvolle Schritte zu unternehmen. Was den Volkswillen betrifft, so stimmen wir jedes Jahr über das Budget ab, sodass ich dies ein relativ unpassendes Beispiel finde, dass man schon wieder dasselbe vorlegt. Wie gesagt wird jedes Jahr das Budget vorgelegt. Zur wirtschaftlichen Situation ist zu sagen, dass ich noch nie in meinem Leben hörte, dass es eine gute Zeit gibt für Steuererhöhungen. Genauso wenig, wie es für die Leute eine gute Zeit gibt, haben wir eben auch bei der Stadt Aufwendungen, ohne dass danach gefragt wird, ob es jetzt gerade passend ist, wenn die Energiepreise ansteigen. In Sachen Alternative bin ich völlig einverstanden, dass es immer Alternativen gibt. Die Frage stellt sich einfach, ob es dann auch sinnvolle Alternativen sind oder nicht. Ich meine, man könnte auch die Varianten 1.44 einer Variante mit 1.55 gegenüberstellen, was ja auch eine Variante oder Alternative wäre. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprecher? Nein. Gibt es Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich schätze die SVP-Fraktion, was ich sagen darf, und ich habe auch vielfach Übereinstimmungen mit ihr. Aber in dieser ganzen Budgetdebatte finden wir uns irgendwie nicht, da ich nämlich vor einem Jahr hier klar sagte, dass man die Steuern in dieser wirtschaftlichen Situation mit einer Inflation, die seit 30 Jahren nicht mehr so hoch war, nicht erhöhen soll. Ich sagte auch vor einem halben Jahr, dass man keine Variantenabstimmung machen soll, sondern einfach noch einmal 1.38 vorlegen sollte, sodass dies schlank durchgeht. Beide Male war eine Mehrheit der SVP-Fraktion anderer Meinung und heute kehren sich diese Rollen komischerweise wieder um. Für mich ist nämlich klar, dass man jetzt in dieser Situation den Steuersatz auf 1.44 erhöhen muss und dass man damit auch aufrecht vors Volk gehen soll und dieses Risiko in Kauf nehmen muss, zumal es immer möglich ist, dass es anders rauskommt. Ich selber beurteile dieses Risiko jetzt nicht als riesengross, weil sich die wirtschaftliche Situation, die angesprochen wurde, doch wieder etwas änderte. Vor einem Jahr hatten wir eine Inflation wie seit 30 Jahren nicht mehr, die nun mittlerweile wieder spürbar zurückging. Natürlich drückt dies die Leute immer noch, was klar ist, aber es ist nicht mehr so, dass wir eine Situation haben, bei der wir sagen müssen, dass gerade jetzt die öffentlichen Gemeinwesen eben nicht an der Preisspirale drehen sollten. Das wäre vor einem Jahr so gewesen, weshalb ich damals gegen eine Steuererhöhung war. Jetzt haben wir diese Situation aber nicht mehr. Schauen wir, wie sich die geplanten Finanzschulden von Langenthal aufgrund all dieser Investitionen, die wir vorhaben – das heisst einen Teil davon haben wir zusammen vor und andere sind dann noch umstritten, entwickeln, dann geht es einfach nicht mehr anders als nun eben eine relativ moderate Steuererhöhung durchzuführen. Ein letzter Punkt, warum ich Sie dazu aufrufen möchte, diesen Antrag der SVP abzulehnen, betrifft die Zweifelhaftigkeit, dass man bei Budgetabstimmungen überhaupt Variantenabstimmungen machen kann, was bereits vor einem halben Jahr meiner Meinung entsprach. Diese Idee brachte Bernhard Marti von der SP/GL-Fraktion nämlich bereits vor zehn Jahren vor. Dannzumal wurde ihm von der Stadtverwaltung klar beschieden, dass dies bei einer Budgetabstimmung nicht geht. Ich persönlich tendiere weiterhin zu dieser Ansicht und finde, dass dies wirklich nicht einreissen sollte, dass man bei Budgetabstimmungen Variantenabstimmungen macht. Ich finde das keine gute Entwicklung. Seien Sie so gut und lehnen Sie diesen Antrag ab.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Da es scheinbar nicht allen klar war, weise ich vielleicht zur Präzisierung noch darauf hin, dass dieser Antrag nicht nur für den Stadtrat gilt, sondern so dem Volk vorgelegt werden soll. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Nathalie Scheibli (SP): Ich tue mich mit dieser Variantenabstimmung ebenso schwer. Und ich bin ganz klar für einen Steuerfuss von 1.44. Ich bin mir aber auch bewusst, dass, wenn wir das hier heute so beschliessen, es für die Gemeindeabstimmung einen Effort braucht. Wir können nicht wie beim letzten Mal denken, dass es dann schon gut kommt und schon geht, und dann plötzlich merken, dass uns die Felle davon schwimmen. Nur eine kleine Gruppe engagierte sich das letzte Mal im Januar wirklich dafür. Es braucht mehr, die sich herauslehnen, die sich für diese 1.44 outen und die dieses Budget unterstützen und vor dem Volk vertreten. Wenn wir das machen, glaube ich, dass es auch gelingt. Aber wir müssen es auch machen. Und nur dann können wir verhindern, dass die Schulen wieder um Lager und um Ausgaben bangen und damit Einschränkungen in Kauf nehmen müssen. Weil dort spürten wir es, dass wir kein Budget hatten. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es noch weitere Voten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Gemeinderat noch das Wort?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Zur Variantenabstimmung kann ich einfach Folgendes sagen. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat jedes demokratische Auswahlverfahren für unsere Stimmbürger begrüsst, was wir so auch bewiesen, indem wir dies auf Anregung von Stadtratsmitgliedern das letzte Mal auch so machten und umsetzten. Zur Demokratie gehört aber eben auch Ehrlichkeit und Transparenz. Und ich glaube, dass wir den Stimmbürgern nicht etwas vorgaukeln dürfen, was so nicht geht.

Und das ist ein bisschen der Schönheitsfehler bei diesem Antrag. Wenn ich Martin Lerch richtig verstand, so ist die Grundkonzeption die, dass man die hier vorliegende Variante von 1.44 der Variante mit 1.38 gegenüberstellt. Dabei sollen die noch nicht beschlossenen Stellen von rund Fr. 500'000.00 wieder gestrichen werden. Damit ist politisch aber noch nicht beantwortet, ob man diese nur systematisch rausnimmt oder ob man generell darauf verzichtet? Das ist also alles relativ offen und in dem Sinn führt dies dann eigentlich auch zur Botschaft an die Stimmbürger, dass wir mit ein bisschen kosmetischem Sparen mit 1.38 weiterfahren können. Dazu sagt der Gemeinderat eben ganz klar, dass dies falsch ist. Ich sagte es vorher mehr als einmal, dass wir zur Stabilisierung des Finanzhaushalts nicht nur eine Anpassung der Steueranlage brauchen, sondern es so oder so auch Druck auf die Ausgabenseite benötigt. Es geht hier also nicht um ein «Entweder-oder», was wir dem Stimmbürger unterbreiten können. Die Realität ist, dass es um ein «Sowohl-als-auch» geht. Diesen Mut, dies den Stimmbürgern auch so zu sagen, wie es ist und klaren Wein einzuschenken, müssen Sie als Stadtrat auch haben. Deshalb ist es unsere klare Auffassung, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci auch dafür. Sind weitere Wortmeldungen erwünscht? Nein. So schliesse ich die Beratung und es folgt die Abstimmung zu diesem Antrag. Wer diesen Antrag auf Durchführung einer Variantenabstimmung mit zwei Budgetvarianten, die man dem Volk vorlegen möchte, annehmen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte zeigen. Wer lehnt diesen Antrag ab? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion zur Durchführung einer Variantenabstimmung

10 Ja

30 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen

Gibt es nun im Rahmen der allgemeinen Beratung noch Wortmeldungen? Nein. Somit gehen wir nun zur Detailberatung über.

C Detailberatung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier mache ich Ihnen beliebt, dass wir Budgetposten für Budgetposten durchgehen und dass bei Vorliegen von Anträgen diese entsprechend genannt werden. Es liegen diverse Anträge vor, die teilweise auch ein bisschen kurzfristig eintrafen, sodass wir noch nicht alle entsprechend büscheln konnten. Wir werden die Anträge entsprechend entgegennehmen und nach Abschluss des Budgetpostens erfolgt deren Beratung und Abstimmung. Die Abfolge richtet sich nach der Reihenfolge der jeweiligen Kontonummern. Falls es Anträge zu mehreren Punkten gibt, bitte ich diese pro Kontogruppe sogleich zusammengefasst zu erläutern. Ist die Vorgehensweise soweit allen klar? Gut, dann steigen wir in die Beratung ein. Gleichzeitig bitte ich Sie, Ihre Anträge direkt bei den jeweiligen Kontogruppen vorzubringen.

Budgetposten 0 – Behörden und Führungsunterstützung (Seite 38 bis 43)

FDP-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe im Moment keinen Antrag, sondern lediglich eine Frage. Vorher wurde in der allgemeinen Beratung die Aussage gemacht, dass es eine Lohnerhöhung für den Gemeinderat gab, was ich aber im Budget nicht erkennen kann. Das Einzige, was ich dem Totomat entnehme, ist eine Lohnerhöhung des Stadtpräsidenten aufgrund der Teuerung. Ist dies so richtig interpretiert, dass man eben keine allgemeine Lohnerhöhung für den Gemeinderat plant?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Diese Frage kann ich somit mit Ja beantworten. Und die angesprochene Teuerung entspricht der Teuerungsanpassung gemäss Reglement.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci für diese Präzisierung. Liegen nun zu diesem Budget-

posten entsprechende Anträge vor? Unseres Wissens sind gibt es dazu seitens der SP/GL-Fraktion entsprechende Anträge?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Uns fiel auf, dass man die Honorare für Dienstleistungen Dritter und die Ausgaben für den Wirtschaftslunch erhöhte. Auch bei der Bundesfeier wurden die Ausgaben wieder auf Fr. 32'200.00 veranschlagt, was wohl wegen eines Fehlers durch «Copy paste» des Werts von 2021 passierte, was alles nicht so eine Rolle spielt. Ich möchte nun aber erklären, warum ich hier diese Kürzungen vorschlage. Wir haben in Langenthal über 1'500 Schülerinnen und Schüler, die nicht alle einen Zugang zum Angebot zur Entlastung der Lehrpersonen haben, was auch «Schulsozialarbeit» genannt wird. Es fehlen 400 Stunden, die man sprechen müsste, damit man diesen Bedarf im nächsten Budgetjahr abdecken könnte. Deshalb würde ich sehr gerne die Kürzung mit diesen kleineren Beträgen vornehmen und einem anderen Budgetposten zur Entlastung der Lehrpersonen zuführen, damit diese Mehraufwendungen dafür eingesetzt werden können, wo es benötigt wird. Wir lesen es täglich in der Zeitung, dass in den Psychiatrien eine Kapazitätsnot herrscht, dass man hier keine Zeit mehr hat und dort kein Platz mehr zur Verfügung steht und es zu Wartezeiten kommt. Es wäre ein einfacher Weg, dass man unseren Schülerinnen und Schülern einen niederschwelligen Zugang bieten würde und an dieser Stelle der notwendige Bedarf etwas aufgefangen werden könnte. Ich würde es sehr begrüssen, wenn Sie dies für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch für unsere Lehrpersonen unterstützen könnten. Merci vielmals.

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Anträge SP / GL- Fraktion

	Konto		Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
Stadtkanzlei	0300.3132.55	Honorare, Arbeitsleistungen Dritter	130'000		40'088.50	**-5000**
Stadtentwicklung	3010.3132.55	Honorare Planer, Architekten	182'000	77'000	49'482.55	**-5000**
Personaldienste	0350.3130.50	Dienstleistungen Dritter	62'800	50'000	24'542.33	**-5'000**
Bauinspektorat	3090.3130.50	Dienstleistungen Dritter	30'000	30'000	4'596.90	**-5'000**
	0500.3636.37	Wirtschaftslunch	17'000	15'000	16'253.80	**-2'000**
	1800.3199.91	Bundesfeier	32'200	32'000	24'000	**-8'000**
	6010.3130.51	Entlastung Lehrpersonen				**+30'000**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank für die Erklärung dieser drei Anträge. Wir werden nun noch den anderen Antrag der SVP-Fraktion anhören, bevor wir mit der Beratung fortfahren.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank, Sandro, für diese Anträge. Bis auf die letzte Zeile hast Du zumindest meinen vollen persönlichen Support. Mit Blick auf die unverfälschte Stimmabgabe hoffe ich aber doch sehr, dass wir über die Anträge einzeln abstimmen können und nicht als Päckchen. Von dem her wirst Du meine Unterstützung bei sämtlichen Kürzungsanträgen haben. Ebenso deutlich wirst Du meine Unterstützung bei irgendwelchen zusätzlichen Ausgaben aber nicht bekommen.

Ich bin nun aber primär hier, weil ich den Antrag der SVP-Fraktion vorstellen möchte. Dieser zielt auf die Besoldungsreserve ab. Vor einem Jahr diskutierten wir bereits schon einmal intensiv über diese Besoldungsreserve. Dannzumal war die Überlegung, dass man mit der Besoldungsreserve aus Gründen der Opfersymmetrie ein bisschen runtergeht, weil man auch sagte, dass man gleichzeitig die Steuern erhöhen will. Das fand hier im Saal eine Mehrheit. Mit Blick auf die anhaltende Teuerung, die weiterhin besteht, ist es für die SVP-Fraktion klar, dass man nicht noch einmal die Besoldungsreserve in einer Art und Weise streicht, sodass man weiter unterhalb der Teuerung liegt. Das wollen wir nicht.

Was uns aber auffiel, ist, dass diese Besoldungsreserve in einen Teil für individuelle Anstiege aufgeteilt ist, was wir nicht in Frage stellen wollen, weil dies als Motivationsinstrument im öffentlichen Personalrecht richtig ist, dass man das macht. Dabei fiel uns aber auf, dass man beim Anteil für einen generellen Ausgleich mit einer Teuerung von 2 Prozent rechnet. Nach allen Prognosen ist im Jahr 2024 nicht mehr mit einer Teuerung von 2 Prozent zu rechnen. Je nach dem, wen man konsultiert, finden sich Werte von 1,5 bis 1,6 Prozent. Die IWF-Prognose für das Jahr 2024 liegt bei rund 1,5 Prozent, die von April 2023 stammt. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass die Teuerungsdaten von Juni, Juli und August 2023 bei 1,6 respektive 1,7 Prozent lagen. Anders gesagt wird mit einem Teuerungsausgleich von 2 Prozent als Teil von der Besoldungsreserve unter dem Titel «Teuerung» mehr ausgeglichen als diese Teuerung mutmasslich ausfallen wird. Die SVP-Fraktion erkundigte sich im Vorfeld des heutigen Abends, ob es

möglich sein könnte, eine verpflichtende Zusage zu bekommen, dass man die Besoldungsreserve allgemeiner Natur nur bis zur Teuerung ausgleicht und das darüberliegende Delta nicht anderweitig ausgibt. Das ist aber offenbar nicht möglich. Von dem her kommen wir nicht umhin, den Antrag hier so zu stellen. Noch einmal betone ich, dass wir nichts am individuellen Aufstieg schrauben wollen. Vielmehr wollen wir den generellen Ausgleich auf die Teuerung begrenzen.

Wir rechneten wir dies? Wir gingen von einer aktuellen Teuerung von 1,6 bis 1,7 Prozent aus, wozu keinerlei Anzeichen bestehen, dass sie wieder ansteigt. Dabei bauten wir aber noch ein bisschen Sicherheit ein, sodass wir mit einer Teuerung von 1,8 Prozent rechneten. Nach den Rückmeldungen, die wir erhielten, ansonsten ich den Gemeinderat höflich um Korrektur bitte, ist unter dem Titel «genereller Ausgleich» Fr. 441'000.00 budgetiert, was auf Basis von 2 Prozent gerechnet wurde. Und wenn man nun mit 1,8 anstatt 2 Prozent rechnet, könnte man rund Fr. 44'000.00 einsparen. Das ist der Antrag, den wir vorlegen. Wir wären der Auffassung, dass dieser betragsmässig moderat ist. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass, nachdem man im letzten Jahr Opfersymmetrie betrieb, es dieses Jahr darum geht, dass man die Teuerung ausgleicht, aber eben nicht mehr als ausgleicht. Das wäre unser Antrag, besten Dank für die Zustimmung.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Wir müssen nun für eine Abklärung eine kurze Pause einlegen. Ich bitte um Verständnis.

(Es folgt ein kurzer Sitzungsunterbruch)

<u>Antrag zu Kontonummer 0300.3132.55 «Honorare, Arbeitsleitungen Dritter», Stadtkanzlei</u>

Wir gehen jetzt so vor, dass wir den ersten Antrag der SP/GL-Fraktion zu Kontonummer 0300.3132.55 bezüglich der Dienstleistungen Dritter auf Seite 40 behandeln.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Also für uns als SP/GL-Fraktion ist es natürlich klar, dass es um ein Päckchen geht. Ich weiss, dass wir einzeln darüber abstimmen werden, aber ich würde dann im Bedarfsfall eben einen Rückkommensantrag einbringen, weil wir auf Kosten der Kinder nicht nur sparen wollen. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir werden dazu noch später Stellung nehmen. Es geht nun vorerst um die Beratung dieses Antrags bezüglich Kontonummer 0300.3132.55 unter Rubrik «Stadtkanzlei» auf Seite 40. Gibt es nun Wortmeldungen der Fraktionen nur zu diesem Antrag? Das scheint nicht so zu sein. Gibt es Voten von Einzelsprechern?

Diego Clavadetscher (FDP): Wenn wir dies jetzt ernst durchnehmen wollen, so müsste uns kurz jemand sagen, was diese Position ungefähr beinhaltet, ansonsten dies einfach einem Fischen im Nebel gleichkommt und unserer Funktion nicht würdig ist, zumal wir uns nun auf diese Position nicht vorbereiteten. Das wäre somit mein Wunsch und ich weiss, dass man da unterschiedlicher Auffassung sein kann, aber ich finde dies jetzt einmal eine sympathische Übung, dass, wenn man etwas will, man dann aber auch sagt, wo man dafür etwas einsparen kann. Ich bin gerne bereit mich darauf einzulassen. Aber einfach in den Nebel hinaus zu entscheiden, ist nicht seriös.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Möchte die antragstellende Fraktion etwas dazu sagen?

Georg Cap (GL): Das finde ich jetzt eine etwas befremdende Aussage, denn genauso könnte man Eure Sparvorschläge auch abschmettern, weil ich diese heute zum Teil auch zum ersten Mal sehe und mich nicht darauf vorbereiten konnte. Von dem her haben wir hier ein bisschen eine Patt-Situation.

Pascal Dietrich (parteilos): Damit nicht zu viele Missverständnisse entstehen, Georg. Es will gar niemandem etwas abschmettern, im Gegenteil. Diego Clavadetscher sagte ja soeben, dass er dies sympathisch findet. Der Punkt ist lediglich derjenige, dass wir einfach kurz wissen sollten, um was es wirklich geht. Es fragt sich doch, für was diese Honorare Arbeitsleistungen Dritter in der Stadtkanzlei vorgesehen sind, was von uns 40 Mitgliedern vielleicht zwei bis drei wissen, die in der Finanzkommission sind, und mehr nicht. Deshalb hätten wir gerne, dass der Gemeinderat Roberto di Nino das Wort erhält und drei, vier

Sätze dazu sagen kann. Das ist alles. Es macht Euch niemand einen Vorwurf, im Gegenteil, denn wir wollen gerne mithelfen, aber wir wollen wissen, bei was wir mithelfen. Merci.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es gibt in etwa 2'000 Konti und ich kann Ihnen also den Inhalt aller 2'000 Konti nicht sagen. Aber persönlich bin ich unglaublich überrascht, dass man Kürzungsanträge stellen kann und nicht weiss, welche Position es genau betrifft. In diesem Konto, das hier angesprochen wurde, geht es – ich zitiere aus den Grundlagenakten, um die Nachführung des Stadtarchivs. Das ist eigentlich diejenige Position, die Sie im Moment angreifen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein. Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, stimmen wir darüber ab. Wer mit dieser Kürzung einverstanden ist, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 0300.3132.55

40 Ja **einstimmig angenommen**

0 Nein

0 Enthaltungen

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Antrag SP / GL- Fraktion

	Konto		Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
Stadtkanzlei	0300.3132.55	Honorare, Arbeitsleistungen Dritter	130'000		40'088.50	**-5000**

Antrag zu Kontonummer 0350.3130.50 «Dienstleistungen Dritter», Personaldienste

Daneben geht es um einen weiteren Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion um Fr. 5'000.00. Dies betrifft die Kontonummer 0350.3130.50 «Dienstleistungen Dritter» unter der Rubrik «Personaldienste» auf Seite 41. Wir behandeln nun diesen Antrag, weil er bezüglich Dienstleitungen Dritter in einem Zusammenhang zum vorangegangenen Antrag steht. Möchte sich die SP/GL-Fraktion auch zu diesem Antrag noch einmal äussern? Weiss sie, auf was sich diese Kürzung bezieht?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Ich möchte kurz ausführen, wie ich auf diese Zahlen kam. Ich schaute mir die Positionen im Budget 2023 an, verglich sie mit den Zahlen aus der Rechnung von 2022 und erkannte, dass die Beträge alle viel tiefer liegen, sodass da man da noch gut etwas kürzen kann und sich dabei sicherlich noch eine Arbeitswoche einsparen lässt. Das war der ganze Hintergedanken. Es verbergen sich keine bösen Absichten dahinter. Einfach überall dort, wo ich sah, dass es Spatzung hat, nahm ich entsprechend eine kleine Kürzung vor. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Roberto Di Nino, kannst Du diese Position auch nochmals genauer definieren? Es muss offensichtlich noch zuerst gesucht werden. Gibt es ansonsten noch Wortmeldungen? Nein.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Wenn es nun um Kontonummer 03050.3130.50 geht, so sind darin als grössere Positionen die Aus- und Weiterbildung für interne Schulungen, die Kosten für die Neugestaltung des Mitarbeiter-Qualifikationssystems sowie für die Analyse des Entlöhnungssystems enthalten. Daneben geht es auch um ein Zeitbewirtschaftungssystem mit dem Programm Sage Personal.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke für die Erläuterung. Gibt es dazu weitere Wortbegehren? Nein. Wir schreiten somit zur Abstimmung. Wer diesen Kürzungsantrag um Fr. 5'000.00 annehmen möchte, zeigt dies nun an. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 0350.3130.50

36 Ja **angenommen**

3 Nein

1 Enthaltung

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Antrag SP / GL- Fraktion

	Konto	Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
Personaldienste	0350.3130.50 Dienstleistungen Dritter	62'800	50'000	24'542.33	**-5'000**

Antrag zu Kontonummer 0350.3010.09 «Besoldungsreserve zHd. des Gemeinderates (generell und individuell)», Personaldienste

Nun geht um den Antrag der SVP zur Kürzung der Besoldungsreserve um Fr. 44'000.00 unter der Kontonummer 0350.3010.09 von Seite 41. Möchte sich die antragstellende Fraktion dazu äussern? Wem darf ich das Wort geben? Nein, das ist nicht gewünscht.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Wir unterstützen die Anliegen der SVP im Bereich Personal. In diesem Fall besprachen wir uns aber noch intern mit den Vertretern der Exekutive, die uns zusicherten, dass dieser Betrag mit dem Teuerungsanteil nur dann abgerufen wird, wenn die Teuerung tatsächlich so hoch ausfällt. Weil wir einfach kein Personal verlieren wollen, falls die Teuerung wider Erwarten doch höher ausfällt, helfen wir hier in diesem Punkt nicht mit. Wir gehen davon aus, dass die SVP mit ihrer Prognose Recht bekommt und die Teuerung tiefer ausfallen wird, sodass bei der Durchsicht der Jahresrechnung 2024 dann ersichtlich wird, dass die Teuerung effektiv nicht voll ausgeschöpft wurde, weil dieser Ausgleich strikte an die effektive Teuerung gebunden ist. Wenn uns dies jemand vom Gemeinderat nochmals bestätigen kann, so wäre uns gedient.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es ist rechnerisch alles richtig, was gesagt wurde. Wir stellten eine Besoldungsreserve von insgesamt 3 Prozent ein. Es ist auch so, dass nach den internen Aufteilungen 2 Prozent für den Teuerungsausgleich und 1 Prozent für die individuellen Lohnverbesserungen reserviert ist. Es ist aber auch richtig, was Stadtrat Patrick Freudiger zuvor sagte, dass die Teuerung mit 1,6 Prozent auf Jahresbasis aktuell tiefer liegt. Was wir noch nicht erwähnten, betrifft die Situation, wie sie sich im Frühling zeigte, als wir diese Budgetwerte so festlegten. Im Frühling hatten wir nämlich eine deutlich höhere Inflation, waren es im März doch 2,9 Prozent, im April 2,6 und im Mai 2,2 Prozent. Und genau in diesem Zeitraum setzte der Gemeinderat diesen Teuerungsausgleich auf maximal 2 Prozent fest. Ich glaube, dass dies schon zeigt, dass der Gemeinderat sehr sorgfältig abwog; einerseits zwischen dem finanziellen Spielraum, der hier besteht und anderseits aber auch in Berücksichtigung der Bedürfnisse des Personals und den Gegenebenheiten am Arbeitsmarkt. Dazu finde ich, dass der konkrete Entscheid zum Teuerungsausgleich wie alle Jahre üblich im Dezember vom Gemeinderat gefällt werden muss. Ich werde hier sicherlich nicht irgendwelche Zusagen zu Abstimmungen im Gemeinderat machen können, die erst in drei oder vier Monaten stattfinden. Man wird das dann nach der individuellen Situation beurteilen, wie es dann auch nötig ist. Dieser Antrag ist für mich im Moment etwas ein Schuss ins Blaue, sodass ich darum bitte, diesen abzulehnen.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank für diese Aussagen. Ich glaube, dass es nun für alle klar ist, dass es diese Zusicherung, die zuvor im Raum stand, nicht gibt. Es gibt in diesem Sinn also keine Zusicherung, was mich allerdings auch erstaunt hätte, wenn man hier kurz eine Aussage für den Gemeinderat hätte machen können. Wenn man die Sicherheit bekommen will, dass nicht mehr als die Teuerung ausbezahlt wird, so muss man diesem Antrag zustimmen. Merci.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Die Zusicherung bezog sich ja auf das, was im Prinzip die generelle Lohnerhöhung, das heisst was die individuelle Lohnerhöhung anbelangt. Ich glaube, dass es selbstverständlich ist, dass man nicht mehr Teuerung ausbezahlt als wie sie effektiv anfällt. Dies ist unbestritten.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Oder gibt es noch eine Ergänzung?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Die Ergänzung ist relativ einfach. Wir haben ein Konto und bei dem sind 3 Prozent eingestellt, worüber man verfügen kann.

Pascal Dietrich (parteilos): Sie kennen mich ja mittlerweile und ich bin wohl der Letzte, der hier dem Gemeinderat über Gebühr Kompetenzen zuschanzen will, was ja eigentlich gar nicht meine Art wäre. Aber ich denke, dass es in diesem Fall doch logisch ist. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, im Moment, in dem es darum geht diese Besoldungsreserve zu nutzen, diese dann eben in diesem Mass festzusetzen, wie es dann auch angemessen ist. Wir können hier doch nicht als Stadtrat im August sagen, was nachher dann im Dezember richtig ist. Das dünkt mich klar, dass man diesen Handlungsspielraum dem Gemeinderat geben muss. Spezifisch auf diesen Punkt bezogen wurde dies meines Wissens vom Gemeinderat auch noch nie missbraucht. Das können wir somit mit gutem Gewissen machen.

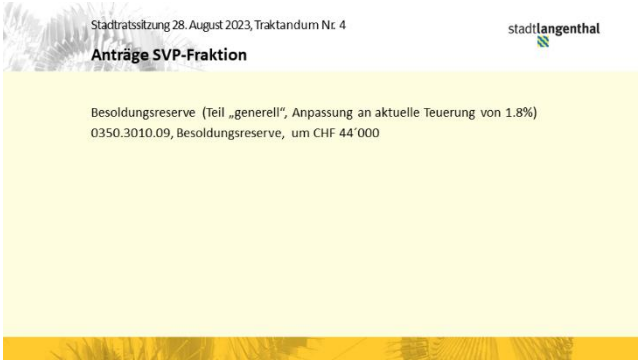
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Weitere Wortmeldungen? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Kürzungsantrag der SVP zustimmen möchte, hält die Stimmkarte hoch. Wer spricht sich dagegen aus. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummer 0350.3010.09

11 Ja

28 Nein abgelehnt

1 Enthaltung



Antrag zu Kontonummer 0500.3636.37 «Wirtschaftslunch», Handel, Verkehr, Gewerbe, Politik, Volkswirtschaft

Es folgt der nächste Antrag der SP/GL-Fraktion zur Kürzung des Wirtschaftslunchs unter der Kontonummer 0500.3636.37 um Fr. 2'000.00 auf Seite 42. Möchte sich die SP/GL-Fraktion dazu äussern? Nein, das Wort wird nicht verlangt. Gibt es Fraktionssprecher, die sich zu Wort melden möchten? Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen? Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es ansonsten Wortmeldungen? Nein, somit stimmen wir ab. Wer diesen Antrag annehmen möchte, soll dies jetzt mit der Stimmkarte anzeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 0500.3636.37

34 Ja angenommen

5 Nein

1 Enthaltung

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Antrag SP / GL- Fraktion

Konto	Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
0500.3636.37 Wirtschaftslunch	17'000	15'000	16'253.80	**-2'000**

Gibt es zu Budgetposten 0 noch weitere Anträge? Nein.

Budgetposten 1 – Zentrale Dienste (Seite 43 bis 46)

Wir fahren mit Budgetposten 1 weiter.

Antrag zu Kontonummer 1800.3199.91 «Bundesfeier», Kommunikation und Marketing

Dazu wurde der nächste Antrag der SP/GL-Fraktion bereits eingeblendet. Gibt es noch weitere Anträge zu diesem Budgetposten? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass dazu ein einziger Antrag vorliegt, der die Bundesfeier betrifft. Wünscht die SP/GL-Fraktion das Wort? Gibt es sonstige Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich habe dazu die Details dieser Kosten hier vor mir und möchte insbesondere darauf verweisen, dass in diesem Betrag rund Fr. 9'200.00 Arbeitsleistungen des Werkhofs mitenthalten sind. Wenn man dies und auch die anderen Positionen wie das Einrichten, die elektrische Installation für Fr. 6'000.00 und so weiter oder die Dienstleistungen der Polizei für Fr. 3'500.00 sowie verschiedene Entschädigungen für den Programmbetrieb für Fr. 3'500.00 und so weiter mitberücksichtigt, so kostet dies einfach so viel, wie man hier budgetierte. Mit dieser Reduktion reicht das Budget dann einfach nicht aus.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen?

SP/GL-Fraktion, Georg Cap (GL): Ich finde den Punkt des Gemeinderates absolut verständlich, dass es nicht ausreicht. Aber dann muss man es eben einfach günstiger machen. Ich finde, dass es so viele Feste in gleicher oder noch grösserer Grössenordnung gibt, die niemals Fr. 32'000.00 kosten. Wir wissen nicht, weshalb man dieses Fest so teuer gestalten muss, vor allem wenn man doch immer sagt, dass man bei der Kultur und bei Festen möglichst günstig fahren soll. Entsprechend habe ich das Gefühl, dass dies auch bei einer Bundesfeier geht, kann man doch auch dort mit ehrenamtlicher Arbeit schaffen oder irgendein Dienstleister nehmen, der dies günstiger als der Werkhof macht. Was dabei diese Fr. 3'500.00 für die Polizei sein sollen, weiss ich auch nicht genau, was mich doch sehr erstaunt. Von dem her bin ich absolut der Meinung – und ich glaube, da können Sie mir zustimmen, dass ein solches Fest einfach auch günstiger durchzuführen ist. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat nochmals dazu äussern? Wenn dies nicht der Fall ist, schreiten wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 1800.3199.91

29 Ja angenommen

9 Nein

2 Enthaltungen

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Antrag SP / GL- Fraktion

Konto	Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
1800.3199.91 Bundesfeier	32'200	32'000	24'000	**-8'000**

Gibt es zu Budgetposten 1 noch weitere Anträge, die uns nicht vorliegen? Dem ist nicht so.

Budgetposten 2 – Finanzwesen (Seite 46 bis 52)

Hier liegen uns drei Anträge der SVP vor. Wer stellt diese vor? Wir werden sie sogleich auch noch einblenden.

Antrag zu Kontonummer 2000.3010.10 «Besoldungen» (zzgl. 2000.3050.10 und 2000.3052.10) – Finanzamt, Allgemeines

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Beim vorherigen Antrag hörten wir ja, dass nicht mehr als die Teuerung ausbezahlt wird. Ich hoffe nun auch nicht, dass es nachher irgendwie unter einem anderen Titel in derselben Besoldungsreserve dennoch ausbezahlt wird. Von dem her können wir damit leben, dass der vorangegangene Antrag abgelehnt wurde. Hier allerdings geht es an das Eingemachte, sodass ich zum jetzigen Antrag überleite. Die Stellenbegehren werden jeweils unten den 2000er-Nummern und die jährlichen Begehren werden unter den 3000er-Nummern geführt. Diese sind dann auch beim Amt für Bildung, Kultur und Sport, beim Schwimmbad und beim Stadttheater aufgeführt, sodass es dabei immer um dasselbe Prinzip geht. Von dem her werde ich deshalb den Hintergrund dieser Anträge auch etwas allgemeiner formuliert erläutern. Es gilt sodann bei den anderen entsprechend dasselbe.

Ich glaube, dass hier drinnen vor einem Jahr etwas unterschätzt wurde, wie schwierig es ist eine Steuererhöhung vor dem Volk durchzubringen. Und wenn man jetzt wieder eine Steuererhöhung vor dem Volk durchbringen möchte und gleichzeitig die Ausgaben erhöht, dabei neue Stellen schafft, neue Aufgaben definiert, so ist das einfach ein Hochsicherheitsrisiko. Wir hatten bei der letzten Budgetabstimmung – und da meine ich die Beratung hier im Stadtrat, eigentlich von links bis rechts einen Konsens, dass man nicht überschiesst. Man liess sich auf keine Experimente ein, es liessen alle Seiten etwas Federn und gingen aufeinander zu. Am Schluss hatte man mit der Variantenabstimmung eine Budgetlösung, die daraufhin zu zwei Ja führte. Die Variantenabstimmung war ein Teil der Lösung, aber die beiden Budgets waren es auch, wurden doch beide angenommen. Die SVP-Fraktion war vor diesem Hintergrund schon sehr betrübt zu sehen, dass man jetzt diesen Pfad eigentlich nach wenigen Wochen bereits wieder verlässt.

Auf was spreche ich dabei an? Wie Sie anhand des Totomats sehen, strich die Finanzkommission verschiedene Stellen. Es handelt sich dabei nicht um bestehende Stellen, die man zurückfahren wollte, sondern es handelt sich um neue Stellen, die zum Teil noch gar nicht bewilligt sind. Bei diesen neuen Stellen war die Finanzkommission der Meinung, dass man diese nicht will. Damit machte man nicht mehr und nicht weniger als sich allein gegen zusätzliche Stellen und zusätzliche Ausgaben zu wehren. Der Gemeinderat kehrte dann diese Beschlüsse der Finanzkommission wieder um. Dieser Tag, als der Gemeinderat dies machte, würde den Steuerzahler rund 1 Mio. Franken kosten. Man nahm dabei all diese neuen Stellen wieder ins Budget auf, die man in der Finanzkommission fein säuberlich herausstrich. Es monierten verschiedene Fraktionen in der Vergangenheit immer wieder, vor allem die SP/GL-

Fraktion, dass es nicht sein kann, dass man hier im Parlament immer die Fachkommissionen übersteuert. Und genau das machte man, indem man neue Stellen schuf. Dies erfolgte vor dem Hintergrund eines Defizits von knapp 4 Mio. Franken, das nur einzig und allein deshalb unter der selbstgesetzten Grenze zu liegen kommt, weil man noch die IBL-Dividende erhöhte. Wenn man diese nämlich zurückrechnen würde, so hätte der Gemeinderat seine eigenen Planziele mit 4 Mio. Franken nicht erfüllt. Vor diesem Hintergrund zusätzliche Stellen zu schaffen, scheint aus Sicht der SVP-Fraktion nicht verantwortungsbewusst. Ich erlaube mir deshalb auf die Medienberichterstattung im Nachgang zur verlorenen Budgetabstimmung hinzuweisen, bei der Reto Steiner, ein Politologe und ehemaliger EVP-Stadtrat und Grossrat, auf dieses Thema angesprochen wurde und er dazu sagte, ich zitiere dazu den BZ-Artikel vom 24. Januar 2023: «Steiner nennt dann auch ein Beispiel; der Personalbestand der Stadt Langenthal könne als hoch bezeichnet werden. Die Gemeinderäte müssten Notwendiges von Wünschbarem trennen, sagt der Experte für Gemeindemanagement». Und Kolleginnen und Kollegen, genau das machte man nicht. Man trennte nicht das Notwendige vom Wünschbaren, man überlud und wollte neue Stellen einführen.

Die SVP-Fraktion findet, dass, wenn man dem Steuerzahler eine Steuererhöhung zumutet, man einfach eine minimale Ausgabendisziplin einhalten muss. Das heisst, dass Zitat: «der hohe Stellenbestand in Langenthal» nicht noch weiter zu überhöhen ist. Sandro Baumgartner sprach vorher von Rücknahme der Steuersenkung, die so zu sagen «auf Pump» bestand. Ich erlaube ihn darauf hinzuweisen, dass wir gemäss Budget 2024 einen Aufwand von 107 Mio. Franken haben, gemäss Budget 2017 waren es noch 94 Mio. Franken. Dies ergibt ein Delta von 13 Mio. Franken. Wenn die Stadt Langenthal das Ausgabenniveau in den vergangenen Jahren einigermassen hätte halten können, so wären diese 1.38 mehr als ausreichend. Der Grund, dass man eine Steuererhöhung machen will, liegt darin, dass die Ausgaben zu hoch sind und man auf zu grossem Fuss lebte. Und diesen Weg will man jetzt weiter beschreiten, was aus unserer Sicht schlicht nicht akzeptabel ist. Wir nahmen deshalb sämtliche Anträge der Finanzkommission wieder auf und beantragen Ihnen diese zusätzlich geplanten Stellen wieder zu streichen. Bei Lichte gesehen sparen wir keinen einzigen Rappen ein. Das Einzige, was wir machen, ist das Verhindern von Mehrausgaben. Und ich meinte dafür sollte doch eigentlich ein politischer Konsens bestehen. Warum sind dabei jeweils drei Beispiele erwähnt, die natürlich eine neue Stellenschaffung oder eine prozentuale Erhöhung der Stellen, was dasselbe meint, mit sich bringt? Dies führt jeweils zu Sozialabgaben, die dann jeweils unter den weiteren Posten erwähnt sind. Dies ist der Grund, dass es auch immer drei Kontonummern gibt, die Teil des Antrags sind. Ich hoffe, dass Sie sich dafür erwärmen können; nicht für «Nicht-Einsparungs-Anträge», sondern für «Anträge zur Verhinderung von Mehrausgaben». Aus Sicht der SVP-Fraktion oder zumindest von Teilen der SVP-Fraktion ist ansonsten eine rote Linie überschritten, die es uns einfach sehr schwierig machen würde, dem Stimmbürger oder der Stimmbürgerin noch erklären zu können, warum sie mehr Steuern zahlen sollen, wenn wir hier im Saal nicht die notwendige Disziplin haben. Danke für die Unterstützung.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion unterstützt das Ansinnen. Ich erinnere daran, dass in unserer Botschaft an die Stimmberechtigten steht, dass wir eine Kombination aus einer Steuerhöhung mit «einer stringenten Straffung der Aufwandpositionen» vornehmen. Und das ist ein Vorgehen, damit wir eben glaubwürdig bleiben und wir diesbezüglich auch machen sollten. Wir nehmen dabei aber eine Differenzierung vor, die erneut diesem unglücklichen Aufbau der finanzpolitischen Diskussion, wie sie von dieser Stadt vorgegeben wird, geschuldet ist. Wir können heute Abend nur über einzelne Budgetpositionen diskutieren. Dafür wollen wir zumindest in unserer Fraktion, aber so verstand ich auch die SVP-Fraktion, dass keine Mengenausweitung im Bereich der Lohnkosten stattfindet. Wenn der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass nun eine dieser Positionen nötig ist, dann ist das heute Abend nicht unser Nein dazu, eine Position so auszulegen, dass wir sagen, dass dort ganz sicher nichts passieren darf. Aber wir erwarten eben, dass es innerhalb des gesamten Personalkonstrukts der Gemeinde eine Anpassung geben muss. Wenn wir eine stadträtliche Finanzkommission hätten, hätte man dies vorher mit dem Gemeinderat aushandeln können. Aber das ist nun eben in dieser Situation, wie wir

unser System aufbauten, nicht möglich, weshalb wir diese Einschränkung so vorbringen müssen. Ich wiederhole nochmals, dass es uns erstens darum geht, der Aussage in der Botschaft «stringente Straffung der Aufwandpositionen» zu entsprechen und das zu machen, was wir den Stimmberechtigten versprechen. Als zweiter Punkt sehen wir die Zielsetzung, dass keine Mengenausweitung im Bereich der Lohnkosten stattfindet. Und drittens schätzen wir die Arbeit der Personen, die sie für unsere Stadt leisten, sodass wir damit niemandem einen Franken Lohn wegnehmen wollen, sondern nur das Wachstum einschränken wollen. Danke.

SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL): Ich wäre dem Gemeinderat mega dankbar, wenn er sich vielleicht kurz erklären würde, was die verschiedenen Überlegungen zum Ausbau dieser Stellen waren. Ich bin ehrlich gesagt viel zu weit vom Geschehen entfernt, als dass ich über solch grosse Beträge entscheiden möchte, bei denen ich nicht weiss, ob es operativ wahrscheinlich wirklich auch einen Grund dafür gibt. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Kann sich der Gemeinderat dazu äussern?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich würde mich am Schluss vor der Abstimmung dazu äussern.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das trifft nicht zu, sodass nun der Gemeinderat bereits jetzt zu Wort kommt.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es geht hier in der Position 2000.3010.10 um Stellen im Finanzamt. Inhaltlich ist es so, dass hier eigentlich zwei Themen angesprochen sind, die im Stadtrat auch schon thematisiert wurden. Das Erste betrifft eine Kontrollstelle. Dabei hätte diese Kontrollstelle letztlich die Aufgabe die Effizienz und den Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel – ich nenne dies nun einmal etwas diplomatisch, positiv zu begleiten. Und das ist der eine Aspekt, der dort enthalten ist. Auch der zweite Aspekt wurde hier im Stadtrat bereits schon einmal thematisiert, gab es doch schon mehrere Vorstösse zum Thema «Immobilienstrategie» und dies ist eigentlich ein Ausfluss davon, da wir im Bereich Finanzamt eine Immobilienbewirtschaftungsstelle um 50 Prozent aufstocken möchten. Das sind diese beiden Stellen, die hinter diesen Fr. 183'300.00 stehen.

Zu dem, was zuvor gesagt wurde, muss ich noch das eine oder andere korrigieren. Und zwar ist es so, wie Sie es besprachen, dass diese Stellen bei der Finanzkommission ein Thema waren und man sie dort aus dem Budget rausnahm. Warum nahm man sie aus dem Budget? Man debattierte nicht inhaltlich über die Notwendigkeit, sondern es waren systematische Gründe. Zu diesem Zeitpunkt – wie übrigens auch heute, sind diese Stellen von Gemeinderat noch gar nicht bewilligt. Und deshalb sind sie erst geplant und vorgesehen, aber noch nicht bewilligt. Und deshalb war es die Auffassung der Finanzkommission, diese Positionen aus dem Budget zu streichen und erst dann im Budget einzustellen, wenn sie entsprechend bewilligt wurden. Das ist eigentlich die konträre Beurteilung, die bekanntlich vom Gemeinderat vorgenommen wurde. Das, was ich hier nun hinsichtlich von systematischen Gründen erklärte, gilt ebenfalls für die anderen Positionen, die dort weiter aufgeführt sind. Falls es dann an anderer Stelle nochmals nötig ist, würde ich mich dann nochmals erklären, wenn es eben um weitere Stellen geht. Für den Moment erübrigt sich das.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Auch dafür danke. Weitere Wortbegehren?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Ich möchte gerne einen kurzen Sitzungsunterbruch beantragen, weil wir dies schnell diskutieren müssen, geht es doch um viel Geld.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dann geht es um einen Ordnungsantrag?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Ja, dies ist ein Ordnungsantrag.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dann stimmen wir über diesen Ordnungsantrag ab. Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen will, zeigt es entsprechend an. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag der SP/GL-Fraktion für einen Sitzungsunterbruch

40 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

(Es folgt ein kurzer Sitzungsunterbruch von 5 Minuten)

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es nun weitere Wortmeldungen? Ja, das ist von Sandro Baumgartner gewünscht.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir diskutierten es kurz durch und es wird Sie freuen, dass wir Ihre Anträge zum Teil unterstützen werden. Es ist aber auch ganz klar, dass, wenn dann dieser Top Shot, diese Person kommt, die wir unbedingt brauchen, ich dann schon hoffe, dass der dafür benötigte Nachkredit angenommen wird. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP): Wie wir in unserer Diskussion feststellten, ist es für uns in dem Sinn schwierig zu beurteilen, weil wir nicht wissen, was das genau für Stellen sind. Wir wären deshalb bei den entsprechenden Anträgen dem zuständigen Gemeinderat dankbar, uns jeweils kurz zu erläutern, was das für Stellen sind und uns dabei vielleicht auch kurz über die Notwendigkeit zu informieren oder dann auch die Folge davon aufzuzeigen, ob dies zu einem Anstieg der Honorare von Dritten führt. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Kann der Gemeinderat dazu nochmals genauer Auskunft geben?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Die inhaltliche Notwendigkeit im Finanzamt erläuterte ich bereits. Sie mögen mir nachsehen, dass ich dies bei den anderen Ämtern so im Detail nicht genau weiss. Aber ich kann Ihnen einfach das Verzeichnis bekanntgeben, was sich hinter diesen Stellen verbirgt. Im Stadtbauamt geht es um eine Projektleitung «Umwelt & Energie» mit einer Stelle, die mit 100 Prozent dotiert ist. Es geht dabei auch um eine Aufstockung der Administration um 20 Prozent sowie um eine Fachstellenleitung für die übergeordneten Projekte mit 50 Prozent. Dann gibt es im ABiKuS[1] bei der Fachbereichsleitung «Kultur» eine Aufstockung um 10 Prozent, beim Schwimmbad eine Aufstockung auf 100 Prozent. Dabei geht es um eine Stelle, die das ganze Jahr besetzt werden soll, bislang aber nur in der Saison besetzt war. Beim Stadttheater geht es um eine Erhöhung bei der Leitung «Kommunikation & Marketing» im Umfang von 10 Prozent, zudem bei der Theaterkasse um 20 Prozent und beim Sekretariat Betriebsbüro um 10 Prozent. Das ist es.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci für diese Erläuterungen.

Fanny Zürn (GL): Ich habe vielleicht noch eine blöde Frage, aber ich erlaube sie mir dennoch zu stellen: Wann ist angedacht diese verschiedenen Stellen zu bewilligen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Die werden dann bewilligt, wenn sie im Gemeinderat behandelt werden. Die Grundidee ist sicherlich, dass man das ganze Päckchen miteinander behandelt und es hat dadurch natürlich eine Dimension, dass es daraus ein Stadtratsgeschäft geben könnte, was auch so angedacht ist.

Fanny Zürn (GL): Merci.

---

[1] ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.

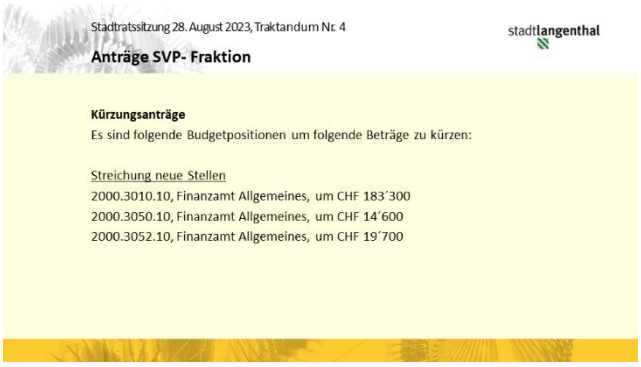
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke für die schnelle Antwort. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stimmen wir über diesen Antrag ab wie Sie ihn hier eingeblendet sehen.

Diego Clavadetscher (FDP): Über was stimmen wir nun genau ab? Stimmen wir alleine über Position 2000.3010.10 ab oder stimmen wir über alle drei Positionen des Finanzamts ab? Oder stimmen wir gar über die ungefähr 15 Positionen des gesamten Antrags ab? Aus meiner Sicht wäre es logisch, wenn wir nun über diese drei Anträge wie eingeblendet abstimmen würden.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir gehen genau so vor, wie Du es zum Schluss erwähntest und wir somit über diese drei Positionen des Finanzamts befinden. Wir stimmen ab. Wer diesem Antrag seine Stimme geben will, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 2000.3010.10, 2000.3050.10 und 2000.3052.10

37 Ja angenommen
2 Nein
1 Enthaltung



Wenn es keine weiteren Anträge zu diesem Budgetposten gibt, fahren wir mit Budgetposten 3 weiter.

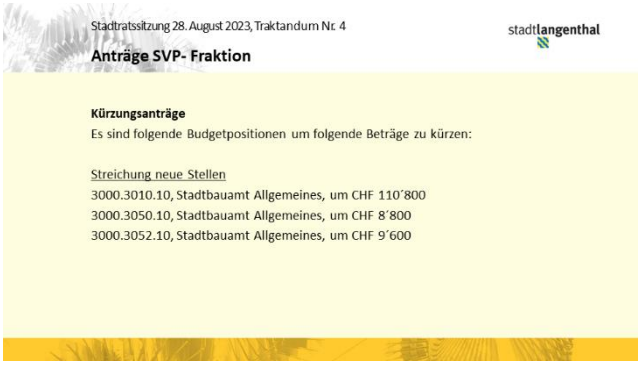
Budgetposten 3 – Bauwesen (Seite 52 bis 59)

Antrag zu Kontonummer 3000.3010.10 «Besoldungen» (zzgl. 3000.3050.10 und 3000.3052.10) – Stadtbauamt, Allgemeines

Dazu liegen uns ebenso Anträge von der SVP und von der SP/GL vor. Möchten die jeweiligen Fraktionen ihre Anträge nochmals begründen. Nein. Gibt es Fraktions- oder Einzelsprecher? Nein, dem ist nicht so. Will der Gemeinderat etwas dazu sagen? Wenn es auch keine anderen Wortmeldungen mehr gibt, gehen wir direkt zur Abstimmung über. Es geht nun zuerst um den Antrag der SVP-Fraktion zu den entsprechenden Stellenkürzungen gemäss den drei aufgeführten Konten. Wer diesen Kürzungsantrag unterstützen will, soll dies nun zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 3000.3010.10, 3000.3050.10 und 3000.3052.10

34 Ja angenommen
4 Nein
2 Enthaltungen



Antrag zu Kontonummer 3010.3010.10 «Besoldungen» (zzgl. 3010.3050.10 und 3010.3052.10) – Fachbereich Stadtentwicklung

Gibt es dazu Wortmeldungen? Möchten sich die Fraktionen oder Einzelsprecher dazu äussern? Meldet sich der Gemeinderat zu Wort? Da keine Wortbegehren vorliegen, stimmen wir direkt darüber ab. Wer nun dieser Streichung zustimmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 3010.3010.10, 3010.3050.10 und 3010.3052.10

34 Ja angenommen

5 Nein

1 Enthaltung

Antrag zu Kontonummer 3010.3132.55 «Honorare an Planer, Architekten, Ingenieure» – Fachbereich Stadtentwicklung

Wir kommen zu den nächsten Anträgen der SP/GL-Fraktion. Es geht nun zuerst um den Kürzungsantrag um Fr. 5'000.00 für Honorare an Planer, Architekten und Ingenieure. Gibt es dazu Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Damit Sie wissen, über was Sie hier abstimmen, erwähne ich einfach nur die wichtigsten Positionen dieses Kontos. Es geht um Fr. 50'000.00 für die Umsetzung von Massnahmen der Mobilitätsstrategie, um Fr. 70'000.00 für die Erarbeitung des AP5 und um Fr. 32'000.00 für die Erarbeitung im Bereich Oberhard, was die grössten Positionen sind.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es dazu Wortmeldungen? Nein. So stimmen wir darüber ab. Wer diesem Streichungsantrag zustimmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 3010.3132.55

36 Ja angenommen

1 Nein

3 Enthaltungen

Antrag zu Kontonummer 3090.3130.50 «Dienstleistungen Dritter» – Bauinspektorat

Der nächste Antrag der SP/GL-Fraktion betrifft die Position «Dienstleitungen Dritter» beim Bauinspektorat unter Kontonummer 3090.3130.50, die um Fr. 5'000.00 gekürzt werden soll. Gibt dazu irgendwelche Wortmeldungen? Dazu wird erneut eine Erläuterung durch den Gemeinderat gewünscht.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es betrifft die Aufwendung für PK-Experten.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Liegen noch Wortmeldungen zu diesem Antrag vor? Somit stimmen wir auch darüber ab. Wer sich für diesen Antrag ausspricht, zeigt es entsprechend mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 3090.3130.50

38 Ja angenommen
0 Nein
2 Enthaltungen

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Antrag SP / GL- Fraktion

	Konto	Budget	Budget 2023	Rechnung 2022	Reduktion CHF
Bauinspektorat	3090.3130.50 Dienstleistungen Dritter	30'000	30'000	4'596.90	**-5'000**

Budgetposten 4 – Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerdienste (Seite 60 bis 66)

Ohne Wortmeldungen.

Budgetposten 5 – Sozialwesen (Seite 66 bis 68)

Antrag zu Kontonummer 5370.3636.20 «Caritas, KulturLegi» – Familienfürsorgeinstitutionen

Zu diesem Budgetposten gibt es einen Antrag der SP/GL-Fraktion. Wer von der SP/GL-Fraktion stellt den Antrag vor?

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Ich kann hier gerne ergänzend informieren. Es ist ein Antrag zusammen mit der GLP/EVP-Fraktion. Bei der letzten Abstimmung über einen entsprechenden Vorstoss zur Wiedereinführung der KulturLegi unterlagen wir ja knapp. Sie erinnern sich vielleicht, dass es einen Stichentscheid vom Stadtratspräsidenten benötigte. Wir finden nach wie vor, dass es hier um einen kleinen Betrag geht. Ich ging einmal schauen, wer alles die KulturLegi anbietet. Da findet sich beispielsweise das Museum oder das Dance Center. Und wenn ich dabei auch an den letzten Samstag denke, als dort der Tag der offenen Tür stattfand und man sehen konnte, wie viele Kinder gefördert werden und ihnen ein entsprechendes Freizeitangebot zur Verfügung steht, denke ich, dass es nur richtig ist, wenn sich auch Langenthaler Kinder und Familien, die finanziell nicht so gut gestellt sind wie andere, solche Angebote mit der KulturLegi leisten und von einer Verbilligung profitieren können. Ich bitte Sie diesem Antrag zuzustimmen.

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Ich glaube, dass ich letztes Mal alles zur KulturLegi sagte. Ich möchte dieses Mal einfach nochmals auf das äusserst gute Preis-/Leistungsverhältnis aufmerksam machen. Wir können dabei wirklich mit einem extrem kleinen Betrag Leuten helfen, die es wirklich nötig haben. Bitte denken Sie an das, wenn Sie abstimmen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci vielmals. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag seitens Fraktionen oder Einzelsprechern? Nein. Nun wünscht der Gemeinderat noch das

Wort.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es lohnt sich einen Blick auf das Jahr 2022 zurückzuwerfen. Als wir nämlich das Budget 2023 behandelten, gab es im Vorfeld ebenso eine ziemliche Sparübung. Dabei wurde dem Stadtrat auch in aller Transparenz aufgezeigt, dass das Sparen alle Ämter betraf. Dort war es dann so, dass das Sozialamt zum Schluss kam, dass, wenn man sparen muss, die KulturLegi das ist, was man zur Disposition setzen kann, weil dabei offensichtlich die Wirkung als nicht so hoch eingeschätzt wurde. Sie erinnern sich sicherlich noch, dass dannzumal alle vom Gemeinderat vorgenommenen Streichungen vom Stadtrat akzeptiert wurden. Dabei gab es eine Ausnahme im Kulturbereich, was mit einem offenen Brief etwas sekundiert rückgängig gemacht wurde. Aber alles andere, so auch die Streichung der KulturLegi, wurde dann bestätigt. Man kann es im Stadtratsprotokoll unter derjenigen Rubrik, bei der wir uns nun befinden, nachlesen, dass es unter der jetzigen Rubrik zu gar keinen Wortmeldungen kam. Das war dannzumal die Situation. Inzwischen wurde bekanntlich eine entsprechende Motion eingereicht, die auch behandelt und abgeschrieben wurde. Und dies entspricht der heutigen Ausgangslage. Was Sie nun eigentlich hier mit diesem Antrag wollen, ist das Einsetzen einer Budgetposition für einen Gegenstand, zu dem gar kein Beschluss vorliegt, beziehungsweise, wenn man es genau nimmt, sogar einen gegenteiligen Beschluss besteht. Aber ich hätte nun bald bemerkt, dass es zum heutigen Abend passt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, gibt es weitere Wortmeldungen? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zur Wiedereinführung der KulturLegi stattgeben möchte, zeigt es nun entsprechend mit der Stimmkarte an. Wer ist gegenteiliger Meinung? Enthaltungen?

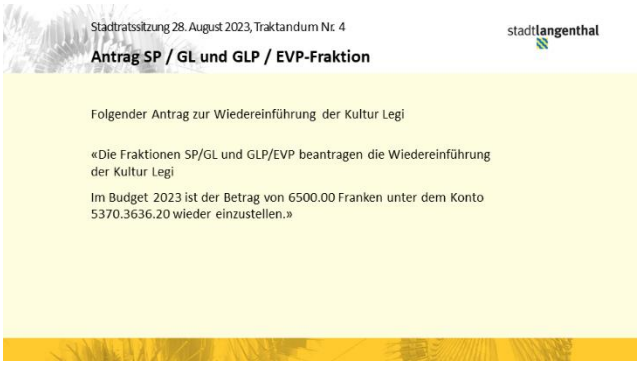
Abstimmung über den Antrag der SP/GL- und GLP/EVP-Fraktion betr. Kontonummer 5370.3636.20

19 Ja angenommen

19 Nein abgelehnt*

2 Enthaltungen

** mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten*



Gibt es unter Budgetposten 5 nun noch weitere Anträge? Ansonsten fahren mit Budgetposten 6 fort.

Budgetposten 6 – Bildung, Kultur und Sport (Seite 68 bis 85)

Dazu liegen uns diverse Anträge vor. Wir möchten beliebt machen, dass vorab die noch nicht vorgestellten Anträge präsentiert werden, da insbesondere diejenigen Anträge zum Personal ja bereits bekannt sind. Wenn dann alle Anträge vorliegen, gehen wir dann jeden Antrag einzeln durch. Darf ich nun die Fraktionen bitten uns noch bislang unbekannte Anträge entsprechend vorzustellen, ohne dass wir diese sogleich beraten.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP):
Ich gehe eigentlich davon aus, dass Sie unseren Antrag kennen. Es geht hier um die Kontogruppe 6210 «Stadttheater». In der letzten Budgetdebatte entschied sich der Stadtrat mit einer klaren Mehrheit für eine Plafonierung des Nettoaufwandes auf Fr. 545'000.00 gemäss Leistungsvertrag. Wir waren erstaunt, dass, wenn man nun diese Berechnung in diesem Budget so anstellt, wie uns dies das letzte Mal seitens des Gemeinderates demonstriert wurde, dieser Betrag um Fr. 83'500.00 zulasten der Stadt überschritten wird. Sie sehen hier grau unterlegt die Zahlen, die wir in der Budgetdebatte 2023 sahen. Wenn wir nun die linke Spalte betrachten und die gleichen Positionen mit den aktuellen Zahlen vergleichen, so wird das Sollbudget um Fr. 86'700.00 überschritten. Dies lässt sich auch mit den Vorjahren vergleichen, wonach Sie auch sehen, dass diese Beträge namentlich bei der Rechnung 2022 massiv überschritten wurden. Wir gingen eigentlich davon aus, dass es einen klaren Parlamentswillen gibt, sodass wir entsprechend erstaunt waren, dass dieser nicht eingehalten wird.

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Kontrollrechnung Leistungsvertrag

	Budget 2024	Muster 31.10.23	Budget 2023	Rechnung 2022
Nettoaufwand im Budget	1'267'100	1'125'500	1'095'500	1'386'407
./. Verrechnete Abschreibungen	-467'700	-467'700	-467'700	-467'740
./. Verrechnet Zinsaufwand	-167'700	-81'200	-81'200	-96'602
Massgebender Nettoaufwand	631'700	576'600	546'600	822'065
Mindestnettoaufwand gem. Leistu	-545'000	-545'000	-545'000	-545'000
Differenz / Handlungsspielraum	86'700	31'600	1'600	277'065

Wenn man dann genauer hinschaut und die Jahre seit 2018 betrachtet; das ist derjenige Zeitpunkt, als das Stadttheater in neuer Form seine Einweihungsfeier abhielt, so stellt man interessanterweise fest, dass in diesen rund sechs Jahren, wenn man auch das heutige Budget dazuzählt, in drei Jahren die Vorgabe des Leistungsvertrags nicht eingehalten wurde. Dabei sagte kein Mensch etwas, dass die Stadt Langenthal weniger budgetierte. Das ist Geschichtsschreibung und nicht mehr interessant, aber zeigt einfach, dass offenbar immer auch eine gewisse Flexibilität vorhanden sein kann.

Demnach wäre es eigentlich aus unserer Sicht wertvoll gewesen, dass, wenn man eine klare Meinungsäusserung des Stadtrats umkehren möchte, man dazu etwas in den Grundlagenakten gefunden hätte. Mit Ausnahme der Factsheets und den Angaben zum Personal fand man allerdings nichts. Demensprechend verlangte und erhielt die GPK weitere Auskünfte, so wie es auch der GPK-Sprecher erwähnte. Und diese Auskünfte bezogen sich darauf, für das laufende Jahr 2023 ein Soll-/Ist-Vergleich bezüglich der Einnahmen der Besucherzahlen pro Vorstellung, die bereits stattfanden und derjenigen, die noch zu erwarten sind, zu bekommen. Auf diese Antwort, die eigentlich einem Standard entsprechen müsste, mussten wir bis zum Freitag warten. Die GPK erhielt dazu dann aber Antworten, die überhaupt nicht mit den gestellten Fragen übereinstimmten. Wir erhielten die Zahlen zu den Zuschauerzahlen von insgesamt 17'000 und kuratiert von 15'000. Daneben lieferte man uns eine ausführliche Betrachtung zu etwas, das völlig nicht relevant ist, nämlich zur Kapazität. Es ist dabei aber völlig irrelevant, ob unser Stadttheater 400 Plätze bietet und dabei 65 Prozent belegt werden können. Wichtig ist, wie viel Einnahmen wir haben. Es ist auch irrelevant, ob andere Stadttheater auch zu gross gebaut wurden oder nicht. Dabei ist nur wichtig, dass wir unsere Budgetzahlen einhalten. Daneben wurde eine ebenso interessante Aussage zu einem Auslastungsgrad gemäss Leistungsvertrag gemacht, der auf einem katastrophal tiefen Niveau von 38 Prozent lag. Anschliessend wurde innert Stunden nochmals an die eigentliche Frage erinnert, wonach es erneut bis Freitagmittag dauerte, bis wir die Zahlen erhielten, die in einem vernünftigen Betrieb greifbar sein müssen. Diese Zahlen erhielten dann viele Details; die entscheidenden Grössen, die Summen lagen dabei aber nicht vor. Wir mussten als Milizler somit mehrere Stunden investieren, bis wir die gewünschten Daten bekamen. Wenn man dann schon so viel Zeit investiert, schaut man die Zahlen auch entsprechend genauer an.

Dabei kommt man nun zur Schlussfolgerung, dass es hier eine Dienststelle dieser Stadt gibt, die von Stadtrat Fr. 86'700.00 mehr Geld verlangt als dieser vor einem halben Jahr beschloss, aber auf der an-

deren Seite sehr sparsam mit Informationen umgeht. Und dies schafft, zumindest bei mir, kein Vertrauen. In Betrachtung dieser Details, die, falls gewünscht, bei uns abzuholen sind, erhält man einmal die Besucherzahlen, was offenbar aus Sicht des Stadttheaters der wichtigsten Grösse entspricht. Innerhalb dieser Zwei-Jahres-Periode 2022/2023 zu 2023/2024 wird davon ausgegangen, dass die Zuschauerzahl abnimmt. Trotzdem budgetiert man denselben Betrag an Einnahmen und trotzdem plant man mit höheren Ausgaben. Dies leuchtet nicht unbedingt ein. Wenn man nun die Gesamtbesucherzahl von 17'000 anschaut, sieht man sehr rasch, dass dabei einfach auch all diejenigen Leute miteingerechnet sind, die auch ohne Bezahlung die Türen des Stadttheaters durchschritten. So waren es beispielsweise 1'000 Leute bei der Kulturnacht oder auch bei der Burgergemeindeversammlungen etc. Das ist interessant, aber nicht relevant für das Budget. Gleichzeitig sind darin auch Einnahmen für Veranstaltungen miteingerechnet, die nicht in der Regie des Stadttheaters durchgeführt werden, sondern durch Dritte. Wenn man dann am Schluss die effektive Zuschauerzahl der Saison 2022/2023 anschaut, so sind es noch 10'000 Leute, die Eintritt bezahlten. Übrigens sollte sich die Besucherzahl dann in der Saison 2023/2024 von den bisherigen 10'144 als Ist-Wert auf nur noch 9'640 reduzieren. Die budgetierten Einnahmen bleiben dabei aber gleich.

Sind 10'000 Besucherinnen und Besucher viel? Es ist nicht eine beeindruckende Zahl. Wenn man beispielsweise die Zahlen des Old Capitol ansieht, liegen diese irgendwo im Bereich des Doppelten. Wenn man die Besucherzahlen dieser vierzehntätigen Veranstaltung, die kürzlich mitten in der Stadt stattfand und in dieser Zeit sicherlich keine 10'000 Besucher realisierte, entsprechend hochrechnet, würde dieser Wert weit über diesen 10'000 liegen. Somit entsprechen diese Zuschauerzahlen kaum einer allzu hohen Zahl. Trotzdem wird immer mit denselben Einnahmen budgetiert. Diese Fr. 380'000.00, die wir seit 2019 budgetieren, wurden noch nie eingehalten. Selbstverständlich weiss ich, dass Covid-Jahre dazwischen lagen. Aber es wurde in der Zeit davor nicht eingehalten und es wurde auch in der letzten Saison nicht eingehalten. Wenn man diese Zahlen anschaut, die das Stadttheater nun lieferte und wir selber auszuwerten hatten, kommt man beim aktuellen Laufjahr 2023, bei Berücksichtigung des "Ist" der ersten Saisonhälfte und dem "Soll" der zweiten Saisonhälfte, bei dem man nicht sicher ist, ob es erreicht wird, nicht auf Fr. 380'000.00, sondern auf Fr. 285'000.00. Dies sind Fr. 95'000.00 weniger Einnahmen als budgetiert. Bei einem Umsatz von 1 Mrd. Franken sind Fr. 95'000.00 wenig. Wenn man aber einen Umsatz von Fr. 380'000.00 budgetiert, ist es ein Viertel.

Uns in der Politik werden damit Einnahmen in Aussicht gestellt, die nicht zu erreichen sind und auch seit Jahren nie erreicht wurden. Und trotzdem will man mehr Ausgaben realisieren. Und wenn ich an die Sprecher und Sprecherinnen erinnere, die heute bei der allgemeinen Diskussion Vergleiche mit der privaten Situation anstellten, so gibt niemand mehr aus, wenn er seit Jahren weiss, dass er gar nicht so viel einnehmen kann, wie er eigentlich annahm. Es geht hier effektiv wie geschildet um einen Karren, den man aus dem Dreck rausziehen muss. Aber man kann diesen nicht rausziehen, indem man einfach mehr Geld hinterherschmeisst. Alle, die sich für Kultur engagieren, sollten wissen, dass dieser Bumerang irgendeinmal zurückkommt. Je nach dem, wie man es ausrechnet, wird jeder zahlende Besucher – auch wenn man sogar die Besucher miteinrechnet, die an fremden Veranstaltungen teilnahmen, von der Stadt mit Fr. 87.00 subventioniert. Wenn man dabei sachgerechter vorgeht und man nur diese rund 10'000 Besucher berücksichtigt, kommt man auf Fr. 130.00, die pro Besucher subventioniert werden. Sehen Sie irgendwo sonst eine Kultur- oder Sportinstitution, die derart hohe Subventionen pro Einzelbesucher erhält? Ich weiss, dass wir uns mit unseren Kürzungsanträgen nicht beliebt machen, aber denjenigen, denen die Kultur am Herzen liegt, müssen sich überlegen, ob «der Krug wirklich zum Brunnen gehen soll, bis er bricht»? Das sind soweit meine Vorbemerkungen.

Aus diesem Grund stellen wir Anträge zur Kürzung und wir merkten heute ja auch, dass man dabei relativ locker flockig mit Kürzungsanträgen umgehen kann. Wir gingen nicht so locker flockig damit um, investierten wir doch einige Stunden, was aber egal ist, weil es ja auf das Ergebnis ankommt.

Wir wollen eigentlich in der Grössenordnung runterkommen, die dem Betrag aus dem Leistungsvertrag entspricht und somit eine Kürzung von rund Fr. 83'000.00 bedingt. Dazu sehen Sie hier unsere Kürzungsanträge, die in der rechten Spalte aufgelistet sind. Danke.

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Anträge FDP / jll- Fraktion

Kontogruppe 6210 Stadttheater Langenthal

	Im Budget	Neu	Änderung
Konto 6210.3010.10 Besoldungen	528'400	488'400	**-40'000**
Konto 6210.3050.10 Sozialversicherungsbeiträge	50'600	46'800	**-3'800**
Konto 6210.3052.10 Pensionskassenbeiträge	53'600	49'600	**-4'000**
Konto 6210.3130.58 Aufwendungen für Gastspiele	425'000	400'000	**-25'000**
Konto 6210.3130.50 Dienstleistungen, Marketing	57'300	52'300	**-5'000**
Konto 6210.3100.10 Büromaterial, Drucksachen, Inserate	71'600	66'200	**-5'400**
	1'186'500		**-83'200**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Nach unserem Dafürhalten wurden nun alle uns bekannten Anträge irgendwann einmal bereits erläutert. Gibt es nun noch zusätzliche Anträge, die uns noch nicht bekannt sind? Nein, dem ist nicht. So würden wir nun in die Beratung der einzelnen Anträge einsteigen.

<u>Antrag zu Kontonummer 6000.3010.10 «Besoldungen» (zzgl. 6000.3050.10 und 6000.3052.10) – Amt für Bildung, Kultur und Sport, Allgemeines</u>

Dabei starten wir mit dem Antrag zu Kontonummer 6000.3010.10, bei dem es nochmals um die Streichung neuer Stellen geht, die bereits an anderer Stelle das Thema waren. Gibt es dazu Fraktionsvoten? Einzelsprecher?

Roland Loser (SP): Wie wir hörten, geht es hier ja um eine kleine Aufstockung in diesem Kulturbereich; vor allem für die Stelle, die sich in Langenthal um Kultur kümmert. Ich höre dazu, dass hier mit relativ viel Engagement gearbeitet wird, was bislang vielleicht noch nicht richtig mit den notwendigen Stellenprozenten abgegolten wurde. Wir strichen heute Abend bereits sehr, sehr viel, sodass ich bei dieser Position der Meinung bin, dass es auch einmal gut ist und man das Budget so einstellt, wenn dann der Gemeinderat auch wirklich diese Stellenprozente erhöht. Ich wäre deshalb dafür, dass Sie dort zu diesen Streichungen Nein sagen.

Fabian Fankhauser (GLP): Ich bin jetzt unsicher, ob dies jetzt der richtige Ort ist, aber als Reaktion auf das vorherige Votum von Diego Clavadetscher möchte ich sagen, dass ich im letzten Jahr eigentlich vehement gegen diese Kürzung war, weil ich nicht in das laufende Programm eingreifen wollte. Und jetzt legt man uns in diesem Jahr erneut Erhöhungen vor, was ich zumindest taktisch nicht so geschickt finde. Zu den Berechnungen ist noch zu sagen, dass, wenn nun ein einzelner Eintritt mit Fr. 130.00 beim Stadttheater subventioniert wird, so gibt es andere Kulturhäuser in Langenthal, die mit 70 Rappen unterstützt werden. Wenn man dann einmal das Durchschnittsalter im Old Capitol und im Stadttheater anschaut, so könnte interpretiert werden, dass man den Boomern die Kultur subventioniert, aber die Jungen sollen gefälligst selber schauen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Da dies nicht der Fall ist, stimmen wir darüber ab. Wer diese Streichung im Amt für Bildung, Kultur und Sport entsprechend unterstützen will, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 6000.3010.10, 6000.3050.10 und 6000.3052.10

32 Ja angenommen

5 Nein

3 Enthaltungen

Antrag zu Kontonummer 6010.3130.51 «Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen» – Bildung, Kinder und Jugend

Wir fahren mit dem nächsten Antrag der SP/GL-Fraktion fort. Dabei geht es um die Entlastung der Lehrpersonen gemäss Kontonummer 6010.31030.51 auf Seite 69 zugunsten einer Aufstockung um Fr. 30'000.00. Ist dazu das Wort gewünscht?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Ich erwähnte es eingangs bereits, dass es hier um eine Umverteilung geht. Wir kürzten ja bereits gewisse Budgetposten und diese Umverteilung käme den mehr als 1'500 Schülerinnen und Schüler und all diesen Lehrpersonen zugutekommen, damit diese dann wirklich auch entlastet werden. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich möchte mich hier sehr bewusst nicht über Sinn oder allenfalls Unsinn einer Aufstockung von Schulsozialarbeit oder einer Unterstützung von Lehrpersonen, oder wie man es auch immer nennen will, äussern. Ich nehme es zur Kenntnis und es ist ja nicht das erste Mal, dass ich das so höre, dass dieses Angebot offenbar genutzt wird und dass man offenbar mit den bewilligten Frankenbeträgen auch bereits wieder an eine Grenze stösst. Das sind nun aber Äusserungen, die offenbar einmal in den Kommissionen fielen und nun vorher in der Debatte gemacht wurden. Aber belastbare Unterlagen, die eine fundierte Diskussion ermöglichen würden, fehlen dem Parlament bislang jedenfalls. Deshalb finden wir es ein bisschen gefährlich, wenn man hier nun in einer reinen Budgetdebatte damit beginnt, sozialpolitische Grundsatzurteile fällen zu wollen. Wir würdigen, dass die SP entsprechende Kompensationslösungen anbietet, da Sie nicht einfach sagen, dass Sie mehr ausgeben wollen, sondern dies eigentlich mit 100 Prozent kompensieren wollen. Da sieht man auch, dass vielleicht nicht immer alles alternativlos ist, wie am Anfang gesagt wurde.

Wir würdigen dieses Vorgehen, aber ich würde Sie einfach bitten, bei solchen Fragen eine gewisse Seriosität an den Tag zu legen. Wir beschlossen ja diese Schulsozialarbeit oder diese Unterstützung von Lehrpersonen vor ein paar Jahren im Oktober 2020. Ich suchte den Beschluss dazu hervor. Da machte man einen Nachkredit für das laufende Jahr und anschliessend beschloss man gemäss Ziffer 3, dass «der Verpflichtungskredit für die wiederkehrende Ausgabe von Fr. 132'000.00 pro Jahr ab 2022 zu Lasten der Erfolgsrechnung bewilligt wird». Diese Fr. 132'000.00 entsprechen genau dem Betrag, der im Budget eingestellt ist. Das ist die Rechtsgrundlage, Kolleginnen und Kollegen. Und jede Ausgabe, die man fällen will, braucht eine Rechtsgrundlage sowie eine Ausgabenbewilligung. Ein reiner Budgetbeschluss bietet keine Rechtsgrundlage. Wir begeben uns hier auf dünnes Eis und auf Glatteis, wenn man hier auf Umwegen via Budget Sozialpolitik zu machen versucht und die erforderliche Rechtsgrundlage dazu fehlt. Der gefällte Stadtratsbeschluss, den ich zuvor zitierte, ist beschränkt auf Fr. 132'000.00, auf nicht mehr und nicht weniger. Auch wir als Parlament müssen uns irgendwo an unsere eigenen Regeln

halten. Wir können dann nicht im Budget überschiessen und sagen, dass wir jetzt trotzdem mehr wollen. Erst recht reicht dies nicht, ohne über die notwendigen Grundlagen wie Kommissionsbeschlüsse, die im Rahmen der Geheimnisvorgaben ans Parlament weitergereicht werden können oder über Gemeinderatsentscheide zu verfügen. So geht das nicht.

In diesem Zusammenhang möchte vielleicht auch noch darauf hinweisen, dass man bei dieser Debatte zur Schulsozialarbeit seitens der Geschäftsprüfungskommission monierte, dass eine reglementarische Grundlage für diese Schulsozialarbeit fehlt. Es liegt zwar ein Stadtratsbeschluss vor, doch wenn man Aufgaben an Dritte überträgt – und Schokito[1] ist jemand Drittes und stellt eine formal rechtlich organisierte AG dar, so reicht eben ein Beschluss des Stadtrates bei bedeutenden Leistungen je nachdem nicht aus. Und jetzt improvisiere ich ein bisschen, wofür ich mich entschuldige, kann ich doch die Literaturstelle nicht gerade aufs Komma genau erwähnen: Aber wenn man bedeutende Leistungen zur Erfüllung an Dritte überträgt, und dabei wird in der Regel das genannt, was dem Parlament vorgelegt wird, so braucht es eben nicht nur einen Beschluss, sondern auch eine reglementarische Grundlage. Damals im 2020 bestand Konsens. Dazu zitiere ich Gemeinderat Matthias Wüthrich: «Mit dem Hinweis zum fehlenden Reglement hat die Geschäftsprüfungskommission ganz sicher recht. Wenn dies das Einzige ist, was Sie ablehnen lässt, so kann ich Ihnen hier garantieren, dass wir Ihnen dies nachliefern werden und ich nachvollziehen kann, dass Sie dieses Geschäft so noch nicht abschreiben können». Man beschloss es danach ja dennoch in Erwartung eines Reglements, das allerdings bis heute nicht vorliegt. Somit finde ich es einfach relativ heikel, wenn man jetzt im Rahmen einer Budgetdiskussion, und nicht einmal im Rahmen eines Verpflichtungskredits, plötzlich sagt, dass man gleichwohl noch erhöhen will, obwohl es eigentlich sogar ein Reglement dafür braucht. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Was wir Ihnen als SVP-Fraktion nun anbieten könnten, ist eine Diskussion ohne Tabus über den Umfang dieser Unterstützung für die Lehrpersonen und der Schulsozialarbeit – und dies meine ich wirklich ernst. Wir erwähnen es deshalb hier an dieser Stelle, weil Sie wohl früher oder später so oder so damit kommen werden. Aber dann kann man dieses Thema in einem ordentlichen Rahmen mit sauberen Grundlagen und auf Basis von Kommissionsvorarbeit diskutieren, und nicht als Hauruck-Übung in Rahmen der Budgetdebatte. Bis um 19 Uhr wusste ich nichts von diesem Antrag und die anderen Mitglieder hier im Saal wahrscheinlich auch nicht. Und jetzt sollte man bereits über eine Erhöhung beschliessen? Ich finde dies nicht der richtige Weg und finde ich es auch rechtlich irgendwo der falsche Weg. Ausgabenbeschlüsse brauchen eine Rechtsgrundlage, dazu liegt eine für rund 130'000.00 vor, und nicht für mehr. Also bitte halten Sie sich an die Seriosität. Und noch einmal wiederhole ich unser Angebot, mit den entsprechenden Vorbereitungen eine seriöse Diskussion zu führen, was dann vielleicht erst nächstes Jahr passiert. Aber dieses Angebot gilt. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci.

Cornelia Gerber (SP): Besten Dank, Patrick. Mir war diese Rechtsgrundlage nicht bekannt. Und dies ist manchmal auch die Schwierigkeit, dass das private Leben mit der Parlamentsarbeit nicht immer so kompatibel ist. Ich glaube, dass diese 400 Stunden, die es als Mehraufwand im letzten Schuljahr brauchte, mit einer Situation vergleichbar ist, dass bei einem Brand zu wenig Feuerwehrleute zur Verfügung stehen. Und ich nehme das Angebot sehr gerne an. Und am besten sollte man dabei nicht über Formalitäten diskutieren und über Akten brüten, sondern am besten macht man sich ein Bild vor Ort und schaut sich die Situation im Austausch mit den Betroffenen an. Dann zeigt sich, dass es eben wirklich kein Kinderspiel mehr ist, wie es an den Schulen zu- und hergeht und was wir in den Kommissionen behandeln. Ja, es ist wirklich ein grosser Bedarf vorhanden und da dürfen wir nicht wegschauen. Und da haben wir eine Verantwortung. Auch dies ist eine Verantwortung, die wir hier in Langenthal haben. Dass es Wege gibt, die einzuhalten sind, ist in Ordnung so und dies braucht es auch. Aber wir dürfen nicht mehr zu lange warten, denn uns laufen die Lehrpersonen nicht nur davon, sondern kommen schon gar nicht mehr. Es ist jedes Mal ein riesiger Aufwand. Und die Schulkinder sind gefährdet, Lehrpersonen sind gefährdet,

[1] Schokito = Schulsozialarbeits-Modell der beiden Kooperationspartner Schoio AG und ToKJO.

sodass effektiv eine Gefährdung vorliegt. Und ich mag dies einfach nicht mehr beschönigen. Deshalb finde ich es sehr wichtig und begrüsse es vielleicht als nächsten Schritt, wenn wir einmal zusammensitzen können um Fallsituation zu besprechen und zu klären und dabei auch aufzeigen, was es braucht. Danke vielmals.

Nathalie Scheibli (SP): Die Rechtsgrundlagen sind das eine, was wir nicht beurteilen können und nun dazu nur die Stellungnahme von Patrick Freudiger hörten. Eine andere Stellungnahme käme vielleicht auf eine andere Beurteilung. Es geht darum, dass wir absolut Null Prävention machen können, mit dem, was uns zur Verfügung steht. Und die Entlastung von Lehrpersonen ist ein Konto, das so heisst und ich nicht weiss, ob es wirklich eine Rechtsgrundlage gibt, die es verbietet, hier Fr. 30'000.00 zusätzlich hineinzunehmen, die man dann eben auch gezielt für Prävention einsetzen kann. Das wäre nämlich eigentlich so angedacht. Im Moment haben wir so viele Feuer zu löschen, wie es soeben Cornelia Gerber schilderte, dass wir keine Prävention betreiben können. Prävention wäre eigentlich das, was wir uns erhoffen würden, damit wir irgendeinmal weniger Feuer löschen müssen. Ich denke, dass dieser Posten um Fr. 30'000.00 erhöht werden könnte.

Patrick Dietrich (parteilos): Wir befinden uns gerade in einer etwas schwierigen Situation. Ich möchte hier einfach auch zuhanden des Protokolls festhalten, wenn wir jetzt, oder auch ich und möglicherweise auch noch Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag zustimmen, es natürlich klar ist, dass wir nicht irgendwie diesen Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe erhöhen, so wie wir dies im 2020 beschlossen, sondern diese Fr. 30'000.00 lediglich im Rahmen der Budgetberatung für ein Jahr, nämlich für 2024, beschliessen würden, was ja eigentlich logisch ist.

Ich fand dies nun wirklich noch eine erfrischende Debatte, insbesondere auch deshalb, weil auch seitens der SP für einmal nicht einfach Anträge für Mehrausgaben gestellt wurden, sondern man immerhin schaute, wo man im Vergleich zur Rechnung 2022 ein bisschen etwas abzwacken kann und man diese Positionen auch fand, sodass es unter dem Strich ausgeglichen ist. Wie seriös das dann gemacht wurde, ist noch die Frage, aber es ist auch immer die Frage, wie genau das überhaupt möglich ist. Mein Kompliment und es ist eigentlich das, was ich stets erwarten würde. Weil dies nun so passierte, werde ich diesem Antrag zustimmen. Aber wie gesagt gilt dies für ein Jahr. Bezüglich des weiteren Vorgehens bin ich auch dafür, dass man dies diskutieren muss, was wir aber sicher nicht jetzt machen. Wenn wir diesem Antrag zustimmen, hat es einfach Gültigkeit für das Budget 2024. Rechtlich ist das heikel, wie es Patrick Freudiger ausführte, aber wir haben ja auch einen städtischen Rechtsdienst, der nicht schlecht dotiert ist und sich dieser Frage annehmen kann. Hier würde ich jetzt heute Abend das Risiko einmal eingehen und diesem Antrag zustimmen. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Der Gemeinderat möchte sich noch zu Wort melden.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe einen Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch, der aber auch durchaus auch nach dem Votum von Gemeinderat Roberto Di Nino umgesetzt werden kann.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir würden in dem Fall zuerst über den Ordnungsantrag abstimmen und anschliessend das Wort an Gemeinderat Roberto Di Nino übergeben. Ist das gut so? Wer ist für diesen Ordnungsantrag, dass wir einen kurzen Sitzungsunterbruch vornehmen? Ist jemand dagegen? Enthaltungen?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte gleichwohl daran erinnern, wie der Budgetprozess abläuft. Es kommen zuerst die Ämter zum Zug, die dabei ihren Bedarf anmelden. Und ich schaute es soeben noch nach, dass diese Fr. 132'000.00 so eingegeben wurden und von allen Kommissionen so auch bestätigt wurden. Es nahm nun einfach eine gewisse Eigendynamik an, was ich so zur Kenntnis nehme. Aber ich möchte klarstellen, dass es hier nicht um irgendeine Position geht, bei der man im Verlauf dieses Budgetprozesses etwas korrigierte.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Sie stimmten dem Ordnungsantrag zum entsprechenden Sitzungsunterbruch zu.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Diego Clavadetscher (FDP) für einen Sitzungsunterbruch

39 Ja angenommen

1 Nein

0 Enthaltungen

(Es folgt ein kurzer Sitzungsunterbruch)

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir fahren mit der Beratung fort. Möchte sich nun die SP/GL-Fraktion nochmals zu ihrem Antrag äussern? Wer äussert sich ansonsten noch zum Entscheid?

Sandro Baumgartner (SP): Kannst Du mir helfen, Diego?

Diego Clavadetscher (FDP): Erlauben Sie mir vorab meine alte Leier zu bringen. Es zeigt sich nämlich auch hier wieder das Problem, das wir mit dem Prozess haben. Erstens wird nun dieser Antrag erst kurzfristig heute Abend vorgelegt, sodass niemand abklären kann, was es dafür wirklich braucht. Und im ersten Moment fand ich es ja auch cool, aber beim Nachdenken merkte ich, dass es ein Problem ist. Das ist der erste Aspekt. Der zweite Punkt ist dann von mir ausgesehen noch wichtiger. Es sollte im Budgetprozess nach Möglichkeit bei jeder Position hinterlegt sein, auf welchem Beschluss diese beruht. So könnten nämlich alle Parlamentsmitglieder nachschauen, was nötig ist, um eben diese Kosten auch beeinflussen zu können, beziehungsweise man dadurch auch sehen könnte, welche Budgetpositionen aufgrund eines Beschlusses gar nicht zur Diskussion stehen, was in dem Fall noch viel wichtiger ist. Das ist nun einmal das Grundsätzliche, was ich dazu sagen musste, damit ich noch nachdenken konnte.

Das Einzige, was ich heute Abend als Spielraum für das Parlament sehe, ohne dass es zu einem rechtswidrigen Beschluss führt, ist die Möglichkeit, dass wir nun einfach im Budget irgendeinen Betrag einstellen, der wahrscheinlich bei Fr. 162'000.00 liegt. Aber es muss jeder Person hier im Saal klar sein, dass von diesen Fr. 162'000.00 nur Fr. 132'000.00 gebraucht werden können, weil nur über diese Summe ein Beschluss vorliegt. Danach ist es eine Frage des ABiKuS, wie rasch eine Vorlage ausgearbeitet werden kann, die eben zur Anpassung dieses Reglements führt. Das wäre meiner Meinung nach der Weg, wie man dies biegen könnte. Das ändert aber noch nichts daran, dass man sich natürlich völlig ausserhalb des Budgetprozesses bewegt, so wie es auch Roberto di Nino ausführte. Aber das ist dann wieder die dritte Erkenntnis heute Abend, dass wir eben irgendwie seltsam unterwegs sind, weil unser, gemäss Reglement vorgeschriebenes Vorgehen, respektive wie wir es praktizieren, offensichtlich nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, die wir heute haben. Damit Sie mich richtig verstehen, wird es auch nach mir nie gehen, dass wir um 19 Uhr einen Beschluss für eine Ausgabe fassen, zu der vorab keine vorbereitete Vorlage existiert. Darum geht es nicht. Aber es geht darum, dass wir irgendwie auch als Parlament entscheiden können. Der langen Rede kurzer Sinn; Sandro, Du fragtest vorher, ob ich Dir helfen kann? Wenn Du mich ansprichst, ist das soeben skizzierte Vorgehen das Einzige, was ich dir, laut nachgedacht, anbieten kann, sodass wir nun einfach im Budget diesen Betrag im Wissen aufnehmen, wonach wir diesen Betrag erst dann abrufen können, wenn eine Parlamentsmehrheit für einen diesbezüglich notwendigen Beschluss vorliegt. Das kann ein Einzelbeschluss sein, aber viel intelligenter wäre ein Reglementsbeschluss.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wenn ich das richtig verstand und man diesen Antrag heute so annehmen würde und man dann anschliessend den Beschluss diskutieren könnte, so wie es entsprechend angeboten wurde, so könnte man dies dann so auszahlen lassen. Dies würde ja rein theoretisch auch via Nachkredit gehen, aber so wäre es dann bereits im Budget enthalten. Somit würde ich dies so anpassen, dass wir dabei möglichst schnell zu einem Antrag kommen würden, dass darüber debattiert werden kann und der Betrag, im Falle der Zustimmung, dann im nächsten Jahr ausbezahlt werden könnte. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Das war ja nun ein Antrag. Bevor ich diesen ausdeutsche, frage ich nach, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Der Antrag wäre, dass man diesen Betrag ins Budget aufnehmen würde und natürlich erst dann auszahlen könnte, wenn ein Beschluss dafür vorliegt.

Patrick Freudiger (SVP): Danke für die Präzisierung. Die SVP-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. Erstens aus politischen Gründen, weil es nicht seriös ist, wenn man Begehren, die nirgendwo eingegeben wurden, dann im Stadtrat noch schnell einbringt. Dies ist Sache der Exekutive, wofür wir sie übrigens auch haben, ansonsten wir sie heimschicken könnten. Sie sollten so etwas in der notwendigen Seriosität aufgleisen, dass man dies dann entsprechend genehmigen kann. Das ist hier nicht der Fall, weshalb wir es ablehnen.

In der Sache schätze ich, dass Du diesen Vorbehalt machtest. Offen gestanden bin ich aber der Auffassung, dass Du diesen machen musst, weil mehr als eine Ermächtigung im Budget kann man hier nicht hineinschreiben, weil dies dann nachher etwas Spiegelfechterei ist. Sie könnten auch einen Betrag von 10 Mio. Franken hineinschreiben. Anfang Jahr könnten Sie dann dennoch nicht mehr als genau diesen Betrag ausgeben, der beschlossen wurde. Doch ich finde, dass diese Diskussion dahingehend sehr wohl einen positiven Impact hat, als dass man sich bewusst ist, was noch nachzuholen ist. Ich möchte doch noch einmal sagen, dass mit Blick auf die Materialien und die gemeinderätliche Äusserung es nicht ausreichen wird, wenn man einfach wieder mit einem Beschluss plus 30 kommt. Wir erwarten reglementarische Grundlagen und darin muss die Summe festgelegt sein, vielleicht dann auch diese Fr. 162'000.00. Das entspricht dem, was die GPK seinerzeit sagte, und das entspricht dem, was vom Gemeinderat gesagt wurde. Ich hoffe einfach, dass, wenn man jetzt nachrüstet, dann nicht wieder nur ein Stadtratsbeschluss kommt, sondern eine entsprechende reglementarische Grundlage. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Liegen noch weitere Wortmeldungen vor, oder ist nun der angepasste Antrag allen klar?

Roland Loser (SP): Ich versuche mich kurz zu fassen. Wir sahen nun, dass wir diesen Vorbehalt machen müssen. Ich würde aber nicht darauf eingehen, dass wir beim nächsten Mal bereits schon ein Reglement haben müssen, weil es ansonsten noch einmal drei Jahre dauern wird. Und ich glaube, dass dies genau nicht der Sinn dieser Sache ist. Wir wollen ja wirklich pragmatisch unterwegs sein. Zudem sah ich, dass eine Interpellation herumgereicht wird, die nach dem Grund fragt, weshalb so viele juristische Personen bei der Stadtverwaltung tätig sind. Und in dem Sinn sollten wir auch versuchen, die Juristerei hier im Stadtrat etwas herunterzufahren. Von dem her hoffe ich, dass Sie dem Antrag entsprechend zustimmen können. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein. Nun liegt hier dieser Antrag vor und auch wir befinden uns ein bisschen im Dilemma, wie wir hier vorgehen sollen. Ich schlage vor, dass wir nun einfach einmal pragmatisch darüber abstimmen und dann gibt es ja genügend Juristen, die das regeln können. Wer diesen Antrag unterstützen möchte, dass wir diese Fr. 30'000.00 der Kontonummer 6010.3130.51 gutschreiben, das Geld aber zum jetzigen Zeitpunkt so lange nicht gebraucht werden kann, bis dazu ein rechtskonformer Beschluss vorliegt, bezeugt es mit der Stimmkarte. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der SP/GL-Fraktion betr. Kontonummer 6010.3130.51

29 Ja angenommen

7 Nein

4 Enthaltungen

Es folgt der nächste Antrag.

Antrag zu Kontonummer 6140.3010.10 «Besoldungen» (zzgl. 6140.3050.10 und 6140.3052.10), Schwimmbad

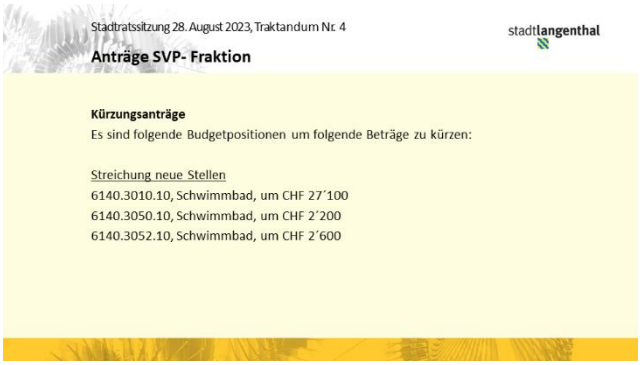
Dabei geht es um die Streichung neuer Stellen beim Schwimmbad, um total Fr. 31'900.00 unter Kontonummer 6140.3010.10 auf Seite 71. Gibt es Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat etwas dazu sagen? Nein. Also stimmen wir darüber ab. Wer diesem Antrag zustimmen kann, soll es nun mit der Karte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 6140.3010.10, 6140.3050.10 und 6140.3052.10

28 Ja angenommen

9 Nein

3 Enthaltung



Es folgt bereits der nächste Antrag.

Antrag zu Kontonummer 6210.3010.10 (zzgl. 6210.3050.10 und 6210.3052.10 «Besoldungen», Stadttheater Langenthal

Hier betrifft es das Stadttheater. Dazu liegen zwei Anträge vor.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Das ist nicht mehr so, weil wir unsere Anträge zugunsten derjenigen, bei denen wir uns gerade im Flow befinden, zurückziehen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit zieht die FDP/jll-Fraktion ihre Anträge bezüglich Stadttheater zurück, sodass nur noch derjenige der SVP zur Diskussion steht. Dabei geht es um diese Fr. 38'600.00 zu den hier eingeblendeten Kontopositionen 6210.3010.10, 6210.3050.10 sowie 6210.3052.10. Ist zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nein. Möchte sich die Gemeinderätin dazu äussern?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich möchte nur kurz erläutern, um was es hier geht. Im Stadttheater gibt es im Ganzen 480 Stellenprozente, der Rest umfasst das Einlass- und Sicherheitspersonal, die alle im Stundenlohn angestellt werden. 220 Stellenprozente decken das Betriebsbüro, das Sekretariat, die Leitung Theaterkasse und die Kommunikation Marketing ab. Und genau um diese drei Funktionen geht es hier. Diese drei Stellen, natürlich Teilzeitstellen, möchte man je um etwa 10 bis 20 Prozent erhöhen, weil man im Vergleich mit anderen Gastspielhäusern diesbezüglich in Langenthal stark unterdotiert ist.

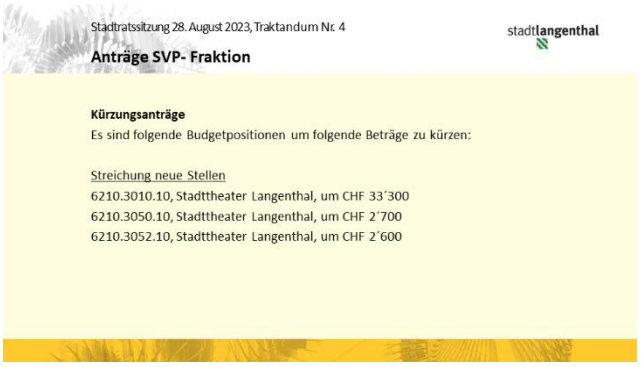
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wenn das Wort nicht mehr gewünscht wird, stimmen wir darüber ab. Wer diesen Kürzungsantrag annehmen möchte, soll dies nun anzeigen. Wer spricht sich dagegen aus? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummern 6210.3010.10, 6210.3050.10 und 6210.3052.10

24 Ja angenommen

13 Nein

3 Enthaltung



Der nun folgende Antrag bezieht ebenso auf Ausgaben beim Stadttheater.

Antrag zu Kontonummer 6210.3100.10 «Büromaterial, Drucksachen, Inserate», Stadttheater Langenthal

Hier geht es unter Kontonummer 6210.3100.10 betreffend Büromaterial, Drucksachen, Inserate um eine Streichung um Fr. 5‘400.00. Wünscht der Antragsteller das Wort? Wollen sich Fraktionen äussern? Gibt es Einzelsprecher? Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Im Budget sind dazu momentan insgesamt Fr. 71'600.00 eingestellt. Wir hatten aber auch schon Jahre wie im 2021, als wir Fr. 81'200.00 budgetierten. Im Jahr 2019 war dies ebenfalls so. Hier geht es um etwas sehr Wichtiges, wenn man Leute ins Haus holen will und die Insertionskosten machen einen grossen Anteil dieses Postens aus. Wenn wir hier die Ausgaben für Büromaterial, Drucksachen und Inserate zurückfahren, so werden die Besucherzahlen wahrscheinlich noch mehr zurückgehen. Das wäre meinerseits im Moment alles.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass wir direkt zur Abstimmung schreiten. Wer diesem Kürzungsantrag bezüglich der Position «Büromaterial, Drucksachen und Inserate» um Fr. 5'400.00 zustimmen will, zeigt dies jetzt an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der FDP/jll-Fraktion betr. Kontonummer 6210.3100.10)

14 Ja

22 Nein abgelehnt

4 Enthaltungen

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Anträge FDP / jll- Fraktion

Kontogruppe 6210 Stadttheater Langenthal

	Im Budget	Neu	Änderung
Konto 6210.3100.10 Büromaterial, Drucksachen, Inserate	71'600	66'200	**-5'400**

Antrag zu Kontonummer 6210.3130.50 «Dienstleistungen, Marketing», Stadttheater Langenthal

Beim nächsten Antrag geht es ebenso um das Stadttheater Langenthal und dabei um eine Kürzung beim Konto 6210.3130.50 «Dienstleistungen, Marketing» um Fr. 5'000.00. Wird das Wort der antragstellenden Fraktion gewünscht? Nein. Gibt es Fraktionsmeldungen?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich erlaube mir zu diesem und auch sogleich auch noch zum nächsten Antrag etwas zu sagen. Wir überlegten uns in der SVP lange, wie wir uns zu diesem Thema «Stadttheater» stellen. Viele von uns haben ja auch einen Grund, hier sehr kritisch zu sein, weil wir ja auch seinerzeit gegen diese völlig überteuerte Sanierungsvorlage waren. Heute zeigt sich eigentlich, dass dies damals auch richtig war, weil es effektiv sehr viel teurer ausfiel, als man sich damals erhoffte. Auf der anderen Seite braucht es auch eine gewisse Fairness im Vergleich mit anderem. Wenn wir nun schauen, wie schnell man da Geld für die Schulsozialarbeit aufstockte, obwohl sich der Gemeinderat nie eine Sekunde darauf vorbereitete, so ist es sehr richtig kritisch zu sein, aber es wäre auch falsch, pingelig zu sein. Irgendwo muss man auch gegenüber dem Stadttheater eine gewisse Fairness walten lassen; dies in voller Berücksichtigung davon, dass man nicht zufrieden sein kann, wie hier die Preisverhältnisse beim Stadttheater sind.

Wir entschlossen uns deshalb dafür, dass wir eigentlich immer dort ansetzen wollen, wo die Budgetposten des letzten Jahres klarerweise überschritten werden. Jetzt im Bereich der Drucksachen sagte man, dass es hier bei diesen Fr. 5'000.00 etwas um Mikromanagement geht, zumal es hier auch Sachen gibt, die man, mit Blick auf die Rechnung 2022, irgendwie nachvollziehen kann. Das sind vielleicht die beiden Gründe, die uns dazu bewogen, dass wir dann dem Antrag nicht folgten. Wenn wir uns nun die beiden Anträge anschauen, die noch im Raum stehen, so entspricht der Wert beim Marketing im Budget 2024 plus/minus demjenigen des Budgets 2023. Da dieser nicht erhöht wird, wird jedenfalls eine Mehrheit auch dagegen sein, dass man es wieder runterkürzt. Wir wollen somit in etwa auf Niveau Budget 2023 bleiben und sind deshalb gegen den Antrag.

Etwas anders sieht es bei den Gastspielen aus. Dort stellte man im Budget 2023 einen Betrag von Fr. 412'500.00 ein und erhöht jetzt wieder auf Fr. 425'000.00. Hier ist die SPV-Fraktion der Meinung, dass man mit diesem Vorschlag der im letzten Jahr vorgebrachten Kritik nicht Rechnung trug, so wie es auch Diego Clavadetscher zu Recht sagte. Darum werden wir hier dieser Kürzung ebenfalls zustimmen. Entsprechend dem Grundsatz, den ich vorher skizzierte, lautet unser Antrag aber, dass man die Kürzung etwas weniger deutlich vornimmt und auf einen Betrag von Fr. 412'500.00 entsprechend dem Wert gemäss Budget 2023 verkleinert. Somit plädieren wir nicht für eine Kürzung auf Fr. 400'000.00, wie es von der FDP/jll-Fraktion beantragt wird, sondern auf Fr. 412'500.00. Ich hoffe, dass die Zeit zum Erstellen einer angepassten Folie noch ausreichte, da dieser Antrag zugegebenermassen relativ kurzfristig entstand. Es ist auch der Versuch eines Kompromisses, in dem Sinn wie ich es eingangs erwähnte, dass man sehr wohl kritisch ist, auch gegenüber den Preissteigerungen, auf der anderen Seite aber Fairness an den Tag legt im Vergleich mit anderen Bereichen, bei denen man doch bereits recht grosszügig war.

Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Nun wünscht noch Pascal Dietrich das Wort.

Pascal Dietrich (parteilos): Wir hörten nun, was Patrick Freudiger sagte. Er formulierte seine Ausführungen wie immer sehr konziliant. Ich erlaube mir jetzt hier aber noch ein bisschen schärfere Worte zu wählen, denn nachdem, was vor einem Jahr mit diesen Kürzungen beim Stadttheater passierte, und nachdem was wir jetzt wieder vorgelegt bekommen, müssen wir einfach das Fazit ziehen, dass uns die Leitung dieses Stadttheaters auf der Nase herumtanzt. Ich kann hier deshalb keine andere Bilanz ziehen, was ich Ihnen jetzt schon sagen muss. Und Diego Clavadetscher wendete Stunden um Stunden auf, um diese Zahlen auseinandernehmen zu können, die man dann endlich doch noch einmal bekam und stellte dies aus meiner Sicht auch eindrücklich dar. Ich möchte Sie deshalb dazu aufrufen, diesen von mir aus gesehen immer noch recht moderaten Kürzungsanträgen zuzustimmen, zumal sie damit die Leistungsverträge respektieren, die diesem Parlament ja nie vorgelegt wurden. Ansonsten müssen wir dann wirklich aufhören und sagen, dass sie einfach machen sollen, was sie wollen und das wäre dann die andere Variante. Trotz der Zeit, in der wir uns befinden, können wir uns eigentlich nicht auf sowas einlassen, sondern müssen vielmehr unsere Budgethoheit hier wahrnehmen und sagen, wieviel das Stadttheater zugute hat und sich danach auch daran zu halten hat. Danke.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich rede hier einfach noch als Einzelsprecher. Ich zitiere dabei nun Zahlen, die das Stadttheater selber liefert. Dabei werden für die Saison 2022/2023 effektiv zahlende Besucher mit 10'144 angegeben. Für die Saison 2023/2024 werden 9’640 Besucher budgetiert, was einem Minus von etwa 6 Prozent entspricht. Wenn man selber einsieht, dass man weniger Besucher haben wird, die auch etwas zahlen, aber dem Parlament angibt, dass man dennoch gleich viel Einnahmen generiert – zumal die zur Verfügung gestellte Statistik nicht auf Fr. 380'000.00, sondern auf Fr. 370'000.00 kommt, was dann auch egal ist, dann aber beim Aufwand für die Gastspiele keine Anpassung vornimmt, so frage ich mich einfach, wo hier die Konsequenz ist? Aber zum Glück entscheidet hier im Saal jede Person selber.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Voten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der Gemeinderat noch etwas sagen?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich möchte sogleich etwas zu den genannten Punkten sagen, zuerst zum Marketing. Im Vergleich zu diesen Fr. 57'300.00 lag dieser Posten im Jahr 2020 und 2021 um Fr. 10'000.00 höher, sodass man diese Position bereits um Fr. 10'000.00 kürzte. Der ganz grosse Brocken macht bei diesem Konto die Entschädigung des Grafikers und der Fotografie aus. Eine diesbezügliche Kürzung schmerzt, wie bei der Position bezüglich Drucksachen und Inserate, ganz besonders.

Die Kosten für die Gastspiele lagen in den vergangenen Jahren, mit Ausnahme vom Jahr 2023, immer bei Fr. 420'000.00. Allgemein möchte ich bemerken, dass, wenn Sie die nachfolgenden fünf Positionen zusammenzählen – die Verwaltungskosten, die Zinsen, die Abschreibungen, die Energie sowie der bauliche Unterhalt, der dabei nur aus einem Service-Abo, einem gemieteten Heizkessel besteht und allenfalls einem kleinen Aufwand im Notfall, kommen Sie auf einen Betrag von Fr. 900'000.00, auf den die Stadttheaterleitung und alle darum herum gar keinen Einfluss nehmen können. Dazu erwähne ich als Beispiel, dass vor der Sanierung keine Zinsen berechnet wurden und Verwaltungskosten und Abschreibungen ergaben zusammen Fr. 70'000.00. Heute ist es das x-Fache.

Zum mittlerweile gestiegenen Aufwand ist zu sagen, dass alleine im letzten Jahr die Energiekosten um 70 Prozent anstiegen. Im 2024 werden die Zinsen um mehr als das Doppelte ansteigen, das heisst, dass es von Fr. 81'000.00 auf Fr. 168'000.00 hochgehen wird. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass es sein mag, dass wir für uns schauen und darauf achten müssen, dass das Stadttheater gut läuft. Aber der

Trend ist eben ein anderer. Gerade letzten Samstag fand die Jahresversammlung der Inthega[1] Schweiz statt. Da waren die Städte Olten, Zofingen, Thun, Düdingen, Frauenfeld, Aarau und Fribourg mit dabei. Dabei handelt es sich alles um Ortschaften mit ähnlich vielen oder mehr Einwohnern als Langenthal. Es ist überall dasselbe. Im 2022 erholten sich die Besucherzahlen nach Corona noch in keiner Weise und das Stadttheater litt bis zum 30. April 2022 unter dem entsprechenden Corona-Regime. Man hört auch immer wieder, dass eben auch die Eintrittspreise angepasst werden müssen. Auch diese sind vergleichbar mit anderen Häusern, was eine entsprechende Untersuchung belegt.

Ich wäre nun froh, wenn Sie dem Stadttheater die Chance geben, dass es sich erholen kann und auf einen guten Weg zurückfindet. Dann habe ich noch einen Vergleich aus der Unterhaltungsszene: Ich las in der Statista, dass die Lichtspielhäuser – wir haben ein Gastspielhaus, in der Schweiz 2022 rund 30 Prozent weniger Besucher im Vergleich zu der Zeit vor Corona verzeichneten. Gut, das hat mit uns nichts zu tun, werden doch Kinos privat betrieben, aber dennoch ist anzumerken, dass auch andere Branchen unter dieser Entwicklung leiden, die hier stattfand. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Nun ist nochmals eine Wortmeldung von Diego Clavadetscher gewünscht.

Diego Clavadetscher (FDP): Zuhanden des Protokolls möchte ich festhalten, dass all diese Positionen, die nun aufgeführt wurden, von keiner Kürzung tangiert sind und wir so hinnehmen. Wir nehmen sie hin. Und dass im Jahr 2022 ein anderes Regime herrschte, sind wir uns bewusst. Die herangezogenen Vergleichszahlen sind diejenigen vom 2023 und da herrschte kein Regime. Das ist das, was jetzt gilt. Und wenn das Stadttheater in der verbleibenden Zeit des Jahres wirklich die Einnahmen erzielt, wie sie budgetiert wurden, was wahrscheinlich nicht möglich sein wird, weil es noch nie solche Zahlen je erreichen konnte, werden nur Einnahmen von Fr. 285'000.00 gemacht. Es fehlen Fr. 95'000.00 an Einnahmen. Wir sind fair und machen keinen Vergleich mit einem Covid-Jahr, sondern vergleichen mit den aktuellsten Zahlen, die uns zur Verfügung stehen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Da es keine weiteren Wortbegehren gibt, stimmen wir über den ersten Kürzungsantrag bezüglich Kontonummer 6210.3130.50 «Dienstleistungen, Marketing» über Fr. 5'000.00 ab. Wer für diese Streichung plädiert, soll dies jetzt anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

<u>Abstimmung über den Kürzungsantrag der FDP/jll-Fraktion betr. Kontonummer 6210.3130.50)</u>

10 Ja

27 Nein abgelehnt

3 Enthaltungen.

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 4

stadtlangenthal

Anträge FDP / jll- Fraktion

Kontogruppe 6210 Stadttheater Langenthal

	Im Budget	Neu	Änderung
Konto 6210.3130.50 Dienstleistungen, Marketing	57'300	52'300	**-5'000**

<u>Antrag zu Kontonummer 6210.3130.58 «Aufwendungen für Gastspiele», Stadttheater Langenthal</u>

Wir kommen zum letzten Antrag, wozu zwei unterschiedliche Anträge vorliegen. Dabei geht es auf Seite 73 unter Kontonummer 6210.3130.58 um die Aufwendungen für Gastspiele des Stadttheaters. Die FDP/jll-Fraktion beantragt dazu eine Kürzung von Fr. 25’00.00. Demgegenüber steht ein Antrag der SVP,

[1] Inthega Schweiz = Vereinigung von Städten mit deutschsprachigen Gastspieltheater.

der hier nur eine Kürzung um Fr. 12'500.00 vorschlägt. Ist das richtig? Gibt es dazu noch weiter Anträge? Nein, so würden wir den antragstellenden Parteien nochmals das Wort erteilen und wenn beide bestehen bleiben, würden diese ansonsten beraten und anschliessend einander gegenübergestellt. Das Wort wird nicht gewünscht. Gibt es Einzelsprecher? Auch nicht. Wünscht sich der Gemeinderat noch dazu zu äussern? Nein. So würden wir nun diese beiden Anträge einander gegenüberstellen. Wer nun also den Antrag der FDP/jll-Fraktion auf Kürzung der Aufwendungen für Gastspiele um Fr. 25'000.00 auf Fr. 400'000.00 vornehmen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Wer unterstützt hingegen den Antrag der SVP-Fraktion, der lediglich eine Kürzung um Fr. 12'500.00 auf Fr. 412'500.00 vorschlägt? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der FDP/jll-Fraktion vs. Kürzungsantrag der SVP-Fraktion betr. Kontonummer 6210.3130.58

10 Stimmen zgst. FDP/jll-Antrag

22 Stimmen zgst. SVP-Antrag

8 Enthaltung

Somit ist nun der Antrag der SVP-Fraktion zur Kürzung der Position «Aufwendungen für Gastspiele» noch im Rennen, sodass noch über diese Kürzung um Fr. 12'500.00 auf Fr. 412’500.00 zu befinden ist. Wer nun diesen Antrag der SVP-Fraktion zur Kürzung der Aufwendungen für Gastspiele unter Kontonummer 6210.3130.50 unterstützen möchte, hält nun seine Karte in die Höhe. Wer votiert dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion um Fr. 12'500.00

26 Ja angenommen

13 Nein abgelehnt

1 Enthaltungen

Gibt es nun noch weitere Anträge zu diesem Budgetposten 6? Wenn dies nicht so ist, frage ich an, ob es zum Zahlenteil des Budgets noch weitere Wortmeldungen gibt? Nein, dem ist nicht so. Wenn nun keine weiteren Anträge und Wortbegehren mehr vorliegen, würde ich somit die Beratung zu den Zahlen der Budgetposten schliessen. Wünscht nun der Gemeinderat noch das Schlusswort?

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): An und für sich wären wir jetzt in einer Situation, dass man eine Schlussabstimmung machen könnte, wenn uns hier das genaue Ergebnis vorliegt. Thilo Wieczorek ist hier vor Ort und führte die beschlossenen Anträge laufend fort. Und ich nehme an, dass mir das Resultat demnächst vorliegt. Wir können feststellen, dass der Abend zwar lang war, aber er brachte etwas ein. Wir haben im Moment ein aktualisiertes Budgetdefizit von 3,129 Mio. Franken, das sie so durchberieten. Und ich würde somit den Antrag stellen, dass Sie darüber nun eine Schlussabstimmung durchführen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, dann könnten wir nun über das Budget grundsätzlich abstimmen lassen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Damit auch allen die richtige Zahl vorliegt, beläuft sich das Budgetdefizit nun über Fr. 3’129'900.00.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank für die Präzisierung. Somit könnten wir nun das Budget definitiv verabschieden. Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, würde ich zur Abstimmung kommen. Wer nun dem Budget mit einem Defizit über Fr. 3'129'900.00 zustimmen kann, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Besten Dank fürs Mitmachen und das Ausharren, sodass wir dies jetzt durchziehen konnten.

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 28. August 2023

1. Das Budget der Erfolgsrechnung 2024 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 106'504'600.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 103'167'100.00 (jeweils ohne Gewinn- und Verlustausweise der Spezialfinanzierungen), das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 3'337'500.00 wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 3'129'900.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 207'600.00 zusammen.
2. Im Jahr 2024 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:
   a. auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1.44-fache** (bisher 1.38-fache) der gesetzlichen Einheitsansätze;
   b. eine Liegenschaftssteuer von **1.0 ‰** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft

Jetzt würden wir gleich weitermachen und noch die Abstimmungsbotschaft beraten. Wir müssen noch kurz abklären, ob wir dies noch so machen können. Wir machen einen kurzen Sitzungsunterbruch, um das weitere Vorgehen abzuklären.

Die Sitzung wird von 23.25 bis 23.30 Uhr zur Beratung des weiteren Vorgehens kurz unterbrochen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Nach unserer Beratung kamen wir zu folgendem Schluss. In Fortsetzung von Traktandum Nr. 4 würden wir die Debatte zur Abstimmungsbotschaft verschieben, weil es doch auch um diverse Anpassungen geht, die eingearbeitet werden müssen. Es lag ja noch ein Antrag der SP/GL-Fraktion zur Botschaft vor, der meines Wissens zurückgezogen wurde. Ist das so? Ja, besten Dank. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Gut, dann verfahren wir so.

Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 28. August 2023

So folgt nun Traktandum Nr. 5 mit dem Neubau des 2-fach Kindergartens Schulzentrum Elzmatte.

Pascal Dietrich (parteilos): Es ist nun 23.30 Uhr. Ich hoffe, dass wir alle noch topfit sind. Spass beiseite, aber aus meiner Sicht ist es nicht mehr seriös, wenn wir nun die Traktanden zu den Kindergärten noch durchberaten, dauert die Diskussion zu diesen drei Traktanden nach meiner Beurteilung doch mindestens eine Stunde. Ich stelle deshalb den Ordnungsantrag, dass man die Sitzung bis auf die Mitteilungen des Gemeinderates sowie die Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse hier abbricht. Den Rest sollten wir verschieben und dabei sollten wir es dem Büro überlassen, wie es gemacht werden soll. Eine Variante wäre, dass wir uns nächsten oder übernächsten Montag nochmals zu einer Sitzung treffen. Oder wir finden einen neuen Termin im September. So wie ich hörte, könnte es für die Abstimmung im Dezember auch ausreichen, wenn wir die Traktanden im Oktober behandeln. Allerdings sind für diese Sitzung bereits jetzt schon sehr viele Traktanden vorgesehen. Wir müssen es wohl dem Büro überlassen, wie sie dies aufgleisen möchten.

Ich erlaube mir an dieser Stelle vielleicht noch zu bemerken, dass ich doch staunte, als ich die Sitzungsdaten für das Jahr 2024 erhielt. Wenn ich richtig zählte, sind acht Sitzungen vorgesehen. Es ist nun nicht die erste Legislatur, bei der ich dabei bin. Es geht um das letzte Jahr der Legislatur und dann kommt es erfahrungsgemäss noch zu sehr vielen Vorlagen. Da sehe ich es kommen, dass es mit acht Sitzungen auf jeden Fall wieder so herauskommen wird wie heute Abend. Ich frage mich deshalb, warum man nicht wie früher zehn oder gar elf Sitzungsdaten vorsieht und man jetzt im Wissen des letzten Jahres einer Legislatur nur acht Sitzungen vorsieht? Dies ist jetzt hier nur eine Randbemerkung, geht es doch um den Ordnungsantrag, die Sitzung gemäss vorgeschlagenem Vorgehen abzubrechen. Anschliessend ist der Entscheid beim Büro zu beurteilen, wie wir weiterfahren. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, es wurde dieser Antrag gestellt, über den wir nun diskutieren können.

Fabian Fankhauser (GLP): Ich hätte noch eine Frage an den Gemeinderat bezüglich dem Traktandum Nr. 8 mit dem Teilprojekt Hasenmattstrasse. Da geht es ja um einen Teil des AP3[1].Führt dies zu Verzögerungen, wenn wir dieses Traktandum heute nicht behandeln oder wäre es allenfalls eine Option, dies jetzt noch zu machen und nur die Traktanden zu den Kindergärten zu verschieben?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Die Verzögerung ist so, dass sich diese eben genau über diejenige Zeitdauer erstreckt, bis dann die Sitzung dazu angesagt wird. Das heisst, dass eine Verschiebung effektiv zu einer Verzögerung führt. Bei der Hasenmattstrasse ist es so, dass ein Vorprojekt vorliegt und man gerne das Bauprojekt starten möchte. Die Fristen innerhalb des AP3 sind eng gesteckt, was bedingt, dass wir dort wirklich dranbleiben sollten. Es ist letztendlich Ihr Entscheid, aber wenn Sie bereit sind, einen Entscheid zur Hasenmattstrasse zu fällen, um das Geschäft in die nächste Runde zu schicken, würde ich mich sehr kurzfassen. Merci.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich möchte meinen Ordnungsantrag modifizieren, sodass ich unter diesen Umständen nur für die Verschiebung der Traktanden Nr. 5 bis Nr. 7 plädiere.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, wir verstanden es so, dass heute Abend somit nur die Traktanden zu den Kindergärten wegfallen würden. Ist das richtig? Danke. Somit beraten weiter über diesen Ordnungsantrag. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen?

Nathalie Scheibli (SP): Sie denken sich jetzt alle bestimmt, dass es logisch ist, dass ich mich hier auch noch zu Wort melde. Ich habe natürlich ein sehr grosses Interesse an diesen drei Traktanden. Ich bin sehr froh, wenn wir diese wirklich im Dezember 2023 zur Abstimmung bringen können. Ich kann den Antrag auf Verschiebung unterstützen, rede ich doch lieber zu Ihnen, wenn Sie noch frisch sind Argumente entgegenzunehmen. Entsprechend bin ich wirklich dankbar, wenn wir dies an einer nächsten Sitzung an den Anfang nehmen, damit es auch ganz sicher behandelt ist. Das ist einfach eine Bitte ans Büro.

---

[1] AP3 = Agglomerationsprogramm 3. Generation.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich möchte noch meinerseits anmerken, dass ich eher etwas pragmatisch wäre und diese Sitzung so durchziehen würde; zumindest die Traktanden mit den Kindergärten. Ich weiss, dass es bereits 23.30 Uhr ist, aber wir müssen da einfach durch. Wenn wir nächsten Montag eine ausserordentliche Sitzung einberufen, so ist vielleicht die Hälfte nicht anwesend und dann ist es auch nicht aussagekräftig. Wenn wir die Sitzung zwei Wochen später durchführen, wird es noch schwieriger und anschliessend folgen bereits die ersten Herbstferien und dann ist die Sache gelaufen. Wenn wir dies dann erst im Oktober traktandieren können, ist dann eventuell ein Volksentscheid zu diesen Kindergärten in diesem Jahr nicht mehr möglich. Ich wäre deshalb einfach dafür, dass wir es durchziehen, tagten wir ja auch schon bis 02.00 Uhr morgens. Wenn wir dies durchziehen, schaffen wir es bis 01.00 Uhr. Schliesslich entscheiden Sie darüber; ich wäre für weitermachen. Gibt es noch Wortmeldungen? Nein, so stimmen wir über diesen Ordnungsantrag ab.

Wer diesen Ordnungsantrag gutheissen will und wie vorgeschlagen für einen Sitzungsabbruch ist, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Wer ist gegen diesen Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Pascal Dietrich (parteilos) auf Sitzungsabbruch

21 Ja angenommen

19 Nein

0 Enthaltungen

Somit fahren wir nun mit Traktandum Nr. 8 fort.

8. Verkehrslösung Langenthal, Teilprojekt Hasenmattstrasse; Erarbeitung eines Bauprojektes: Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Zustimmung zur Erarbeitung eines Bauprojektes sowie um die Kreditbewilligung des Teilprojekts Hasenmattstrasse.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wie angekündigt wird hierzu nun Reto Müller entsprechend informieren.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Wie versprochen mache ich es ganz kurz: Die Hasenmattstrasse wurde in den 60er Jahren erstellt und muss erneuert werden. Es liegt Ihnen ein Vorprojekt vor, wie der Neubau geplant ist. Das Geschwindigkeitstemporegime des Gemeinderates gibt dort 50 km/h vor. Die Bruttokosten, inklusive Mehrwertsteuer, liegen bei rund 4,5 Mio. Franken. Ich wäre froh, wenn Sie dem zustimmen könnten, dass wir dazu das Bauprojekt ausarbeiten dürfen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor, sodass nun die Fraktionsvoten gefragt sind. Wem darf ich das Wort erteilen? Niemandem. Gibt es Einzelsprecher? Nein, gibt es auch nicht. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein, so kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Verkehrslösung Langenthal, Teilprojekt Hasenmattstrasse mit der Erarbeitung eines Bauprojektes zustimmen kann, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**

1. **Der Erarbeitung eines Bauprojektes für das Projekt Hasenmattstrasse wird zugestimmt.**
2. **Der zur Finanzierung der Erarbeitung des Bauprojektes erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 234'600.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.02 "Verkehrslösung Langenthal; Projektierung und Vorbereitung Realisierung Teilprojekt Hasenmattstrasse", bewilligt.**
3. **Die Subventionen werden der Investitionsrechnung Konto 3200.6310.02 "Verkehrslösung Langenthal; Projektierung und Vorbereitung Realisierung Teilprojekt Hasenmattstrasse", gutgeschrieben.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

9. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen nun unter Traktandum Nr. 9, zu den Mitteilungen des Gemeinderates. Wem darf ich das Wort erteilen?

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich habe Ihnen ganz kurz eine Information zur Photovoltaikstrategie, die der Gemeinderat verabschiedete. Mit dieser wollen wir das energetische Potential der Sonne, insbesondere für die stadteigenen Bauten besser nutzen. Es werden darin neun Grundsätze definiert. Beispielsweise wird festgeschrieben, unter welchen Bedingungen auf städtischen Dächern PV-Anlagen zwingend erstellt werden müssen und wie die Installation zu prüfen ist. Weiter wird festgehalten, dass auf Flachdächern die PV-Anlagen winteroptimiert installiert werden müssen, um Stromlücken in den Wintermonaten möglichst klein zu halten. Weiter wird in dieser Strategie festgehalten, wie die energetische Nutzung der Fassaden, die Verankerung der Eigenstromproduktion in der Nutzungsplanung und im Umgang mit Speichersystemen zu regeln ist. Zudem setzt sich die Stadtverwaltung das Ziel, den für die stadteigenen Bauten benötigte Strom möglichst selber zu produzieren und sukzessive Solarstrom zu beziehen. Das war nun eine superschnelle Kurzfassung. Sie können daneben die Photovoltaikstrategie auf der Webseite der Stadt Langenthal genauer studieren und dort auch herunterladen. Merci.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Die erste meiner Informationen ist nicht unbedingt ein Primeur, haben dies die Fraktionspräsidien ja bereits kommuniziert bekommen. Der Gemeinderat setzte eine nicht ständige Kommission für die Umsetzung der Motion «Neues Submissionsrecht – kommunale Spielräume nutzen» ein. Es wurden mit dem Vizestadtpräsident, dem Stadtpräsidenten und Helena Morgenthaler drei Mitglieder des Gemeinderates als Büromitglieder bestimmt. Und dazu sind nun die Fraktionen herzlich eingeladen uns je ein Mitglied zu nennen, die hier mitmachen. Ein juristischer Background ist von Vorteil. Die Gemeinderatsmitglieder, die hier mitmachen, sind allerdings alles Nichtjuristen.

Daneben gibt es noch eine Mitteilung, dass wir ja beschlossen hatten, regelmässige Mitarbeitenden-Befragungen durchzuführen. Wir führten im Jahr 2019 die erste Befragung durch und machten nun in diesem Jahr die zweite. Wir erzielten eine Rücklaufquote von 90,4%. Sehr positive Noten gaben die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung den Bereichen «Arbeitsinhalt», «Arbeitsklima», «Arbeitszeitregulierung», «Arbeitsabläufe und interne Zusammenarbeit». Sie verteilten keine guten Noten oder es kam zu keinen Verbesserungen beim Thema «Lohn», «Entlöhnungssystem» «Personalentwicklung» und «Arbeitsplatz». Wir bleiben an diesen Themen dran und der Gemeinderat definierte bereits 2019 gewisse Handlungsfelder, an denen nun weitergearbeitet wird. Es ist so, dass ich das Angebot der GPK unterbreite, dass Ihnen der Personaldienst, die Verwaltungsleitung und ich diese Resultate einmal im Detail vorstellen. Ich gehe jetzt heute Abend nicht mehr alle Folien der Empiricon AG durch, die diese Umfrage in unserem Auftrag durchführte. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Mitteilungen? Nein. So folgt nun Traktandum Nr. 10 mit der Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse, die Simone Burkhard Schneider verlesen wird.

10. A Eingereichte dringliche Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 28. August 2023: Umgehende Information des Stadtrats über die Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung des Kantons vom 28. August 2023 zum Thema «Umsetzung Verkehrsmassnahmen der Agglomerationsprogramme»

Interpellationstext:

"Umgehende Information des Stadtrats über die Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung des Kantons vom 28. August 2023 zum Thema «Umsetzung Verkehrsmassnahmen der Agglomerationsprogramme

Anfrage:

Der Gemeinderat wird ersucht, dem Stadtrat umgehend Auskunft zu erteilen, wie der Kanton im Rahmen dieser Veranstaltung informiert hat, und zwar namentlich auch hinsichtlich der folgenden Aussagen im Einladungsmail vom 20. Juni 2023:

a) «Ein grosser Teil» [der Massnahmen] «muss bald aufgegleist werden, damit die Subventionen von Bund und Kanton nicht erlöschen. », resp.

b) «Besonders möchten wir auf die vorgegebenen Fristen der verschiedenen Generationen hinweisen und werden Sie hierzu ausführlich informieren. Kann eine Massnahme nicht innerhalb der vom Bund festgesetzten Frist umgesetzt werden, so erlischt sowohl der Bundes- als auch der Kantonsbeitrag an die Gemeindemassnahme. »

Begründung:

Gemäss der Aktenauflage für die heutige Stadtratssitzung fand heute Nachmittag die besagte Veranstaltung statt. Die dort gewonnenen Informationen sind in Bezug auf die Behandlung und Beurteilung der verschiedenen Teilprojekte der «Verkehrslösung Langenthal» von zentraler Bedeutung und müssen dem Parlament unmittelbar und in einer verbindlichen Form zur Verfügung stehen.

Die Beantwortung dieser Interpellation sollte keinen besonderen Aufwand verursachen, weil die Informationen ohnehin gemeinderats- und verwaltungsintern verteilt werden müssen."

FDP/jll-Fraktion
(Erstunterzeichnende: Franziska Zaugg-Streuli)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 28. August 2023 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit: Die Beantwortung erfordert keinen zusätzlichen Aufwand, weil die an der Veranstaltung gewonnen Informationen ohnehin verwaltungsintern verbreitet werden müssen. Die Informationen sind für das Parlament wichtig, damit es das Grossprojekt «Verkehrslösung Langenthal» sachgerecht begleiten kann.

Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.[1]

[1] ***Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates*** *(Fristen)*

1 Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:
c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

2 Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

3 Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates *(Form der Behandlung)*
Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.

10. B Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Haas Robert (SVP), Grossenbacher Stefan (SVP), Fluri Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. August 2023: Ist die Zahl der Juristenstellen in unserer Stadtverwaltung angemessen?

Interpellationstext:

"Ist die Zahl der Juristenstellen in unserer Stadtverwaltung angemessen?

Anfrage:

1. *Der Gemeinderat wird angefragt, wie viele Mitarbeitende mit einer juristischen Ausbildung aktuell in der Stadtverwaltung von Langenthal tätig sind? Dabei interessiert sowohl die Zahl der Vollzeit-, als auch die der Teilzeitstellen in Prozent, sowie das Total im Stellenetat?*
2. *Wie begründet der Gemeinderat die insgesamt hohe Zahl von Juristenstellen in der Stadtverwaltung Langenthal, nachdem diverse bernische Kleinstädte gleicher Grösse teilweise gar keine Juristen beschäftigen?*
3. *Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten und ist er gewillt, die Zahl der Juristenstellen in der Stadtverwaltung dem allgemeinen Niveau vergleichbarer Gemeinden zumindest etwas anzugleichen?"*

Begründung:

Zu Ziffer 1:
Direkte Anfragen bei der Stadt haben zu unterschiedlichen Angaben geführt (so war von 5-8 Juristenstellen die Rede, wovon ein erheblicher Teil in Teilzeit). Es dürfte im öffentlichen Interesse liegen, hierzu konsolidierte und präzise Angaben zu erhalten.

Zu Ziffer 2:
Nachfragen in Lyss (16'251 Einwohner am 31.07.2023) und Steffisburg (16'372 Einwohner am 31.07.2023) haben ergeben, dass in diesen Kleinstädten keine Mitarbeitenden mit juristischer Ausbildung beschäftigt werden. Dies bei praktisch gleich hoher Einwohnerzahl wie Langenthal (16'147 Einwohner am 31.03.2023). Nachdem die erwähnten 3 Kleinstädte der gleichen übergeordneten Gesetzgebung unterliegen, stellt sich die Frage, wieso Langenthal im Benchmark eine so hohe Zahl von Juristinnen und Juristen beschäftigt. Dies hat dem Vernehmen nach zu einem erhöhten Koordinationsbedarf und zur Bildung eines zentralen Rechtsdienstes geführt.

Zu Ziffer 3:
Es ist allgemein bekannt und wurde auch von namhaften Experten offiziell erwähnt, dass die Stadt Langenthal über eine personell sehr gut dotierte Verwaltung verfügt. Juristenstellen sind in der Besoldungsskala weit oben eingereiht. Eine kommunale Verwaltung braucht vor allem gut ausgebildete Praktiker ohne Hochschulabschluss. Eine hohe Zahl von Juristen führt erfahrungsgemäss tendenziell zu einer Verrechtlichung und teilweise zu einer Verkomplizierung der Abläufe. Vor allem fallen die Mehrkosten ins Gewicht. Aus dieser Optik interessiert, ob die zuständigen Stellen bereit sind, eine sanfte Reduktion ins Auge zu fassen? Auch im Hinblick auf die bevorstehende Budgetabstimmung könnte es für die Stimmberechtigten von Interesse sein, hierzu die Haltung des Gemeinderates in Erfahrung zu bringen."

Martin Lerch
(Erstunterzeichnender)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 28. August 2023 abgelehnt.

Begründung der Dringlichkeit: Im Hinblick auf die bevorstehende Budgetabstimmung und um kursierenden Gerüchten entgegenzuwirken, erscheint die rasche Schaffung von Transparenz wichtig.

Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 28. August 2023

In eigener Sache

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Bevor wir nun zum Schluss kommen, möchte ich ganz einfach mal eine Umfrage starten, wer nächsten Montag für eine Sitzung zu den heute verschobenen Traktanden mit Start um 19.30 Uhr Zeit hat? Dies wäre zumindest eine Möglichkeit, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Traktandenliste im Oktober bereits jetzt schon übervoll ist. Falls dann im Oktober noch eine Anpassung nötig würde, was allenfalls zu einer zweiten Lesung führen würde, könnte über die Kindergärten erst im Frühling abgestimmt werden.

Janosch Fankhauser (SVP): Für wann ist dann die Beratung der Abstimmungsbotschaft zum Budget 2024 vorgesehen?

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: An dieser ausserordentlich anberaumten Sitzung würden einfach nur die heute verschobenen Traktanden Nr. 5, Nr. 6 und Nr. 7 behandelt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die Abstimmungsbotschaft zum Budget würde zu einem anderen Zeitpunkt traktandiert. Zeitlich und ablauftechnisch bezüglich des Versands hinsichtlich der heute vorgenommenen Anpassungen ist das nicht machbar, dies an der gleichen Sitzung zu behandeln.

Wie sieht das nun nächsten Montag aus? Bitte halten Sie Stimmkarten hoch, wenn Ihnen dieser Termin geht. Wem passt dieser Termin nicht? Wie sieht es beim Gemeinderat aus? Gut, dem Gemeinderat wäre dieser Termin am nächsten Montag auch möglich. Besten Dank für Ihr Feedback. Es sind 35 Mitglieder, denen dieser Termin geht und 5 Mitglieder könnten nicht teilnehmen. Wir würden uns nun kurz im Büro kurzschliessen, ob wir so vorgehen wollen und die Fortsetzung der heutigen Sitzung für nächsten Montag vorsehen.

Robert Kummer (FDP): Wie sieht es aus, wenn die Sitzung erst in 14 Tagen stattfindet? Könnten es sich dann mehr Mitglieder einrichten?

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ja klar, das können wir so machen und ebenso anfragen. Wie sieht das für Sie in 14 Tagen aus? Bitte halten Sie Ihre Stimmkarte deutlich in der Höhe, wenn Sie auch an einer Sitzung in 14 Tagen teilnehmen können. Wem passt dieser Termin nicht? Dem Gemeinderat geht auch dieses Datum? Auch lautet das Resultat genau so, wonach es 35 Mitgliedern geht und 5 Mitgliedern nicht geht. So bin ich erneut in der glücklichen Lage darüber zu entscheiden. Aber am Ende ist der Gemeinderat ausschlaggebend, der in 14 Tagen nicht teilnehmen könnte. Somit legen wir uns auf den nächsten Montag, 4. September 2023 um 19.30 Uhr fest. Ist das für alle gut? Wir werden aber auch noch eine separate Einladung unter Angabe von Ort und Zeit via Mail verschicken.

Bevor Sie nun bereits den Saal verlassen wollen, möchte ich mich noch ganz herzlich für das Mitmachen bedanken, zumal es ja etwas länger dauerte. Aber immerhin konnten wir das Budget durchberaten und verabschieden, was auch nicht selbstverständlich ist. Ich glaube, dass dies viel wert ist, wenn wir auf diese Weise gegenüber der Bevölkerung auftreten können und der Stadtrat einmal an einem Abend das Budget konstruktiv durchbrachte. Ich hoffe, dass dies auch die Presse, aber auch wir, entsprechend hinaustragen, damit diese Abstimmung erfolgreich gestaltet werden kann. Denn eines wollen hier im Saal ja alle nicht, dass es noch einmal zu einem budgetlosen Zustand kommt. Helfen Sie mit, die Bevölkerung von diesem Budget zu überzeugen. Es ist eben schon noch nötig. Doch wenn man es ein bisschen erklärt, führt das dann manchmal doch auch zu einem «Aha». Ich freue mich, dass wir so unbürokratisch einen nächsten Sitzungstermin für kommenden Montag, 4. September 2023 um 19.30 Uhr abmachen konnten. So macht es Spass und ist es gut. Ich wünsche allen einen schönen Abend und morgen früh ein gutes Aufstehen. Merci vielmals und eine gute Zeit.

Stadtrat

Protokoll des zweiten Teils der 5. Sitzung vom 28.08.23, Montag, 4. September 2023; Fortsetzung

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Guten Abend miteinander. Herzlich willkommen zur Fortsetzung der Stadtratssitzung von letztem Montag. Wir sind schon wieder da und es ist schön, Sie alle wiederzusehen. Ich begrüsse Sie herzlich zu dieser fortsetzenden Sitzung und bitte Simone Burkhard Schneider um den Appell:

- 33 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend[1].
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der stellvertretende Stadtschreiber Fabian Muff sind anwesend.[2]

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. So steigen wir direkt mit Traktandum Nr. 5 ein.

[1] Ein Stadtratsmitglied erscheint um 21 Uhr. Ein Stadtratsmitglied ist ab 21:48 Uhr entschuldigt abwesend.

[2] Stadtschreiber Daniel Steiner ist entschuldigt abwesend.

5. Schulzentrum «Elzmatte»: Neubau 2-fach Kindergarten: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 17. Dezember 2023

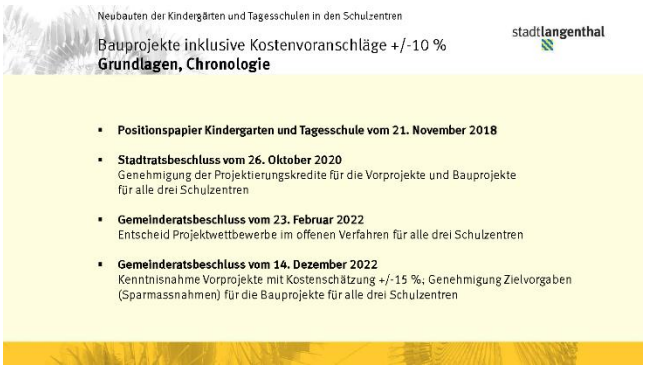
I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Genehmigung des Bauprojekts sowie um die Kreditbewilligung für den Neubau des 2-fach Kindergartens im Schulzentrum «Elzmatte». Wird das Eintreten bestritten? Da es nicht bestritten wird, beginnen wir mit der Beratung.

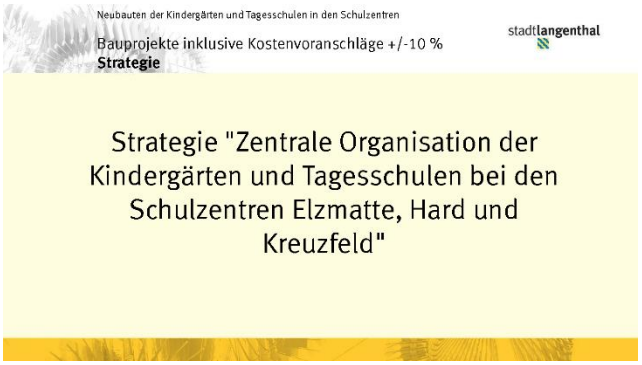
II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Zur Beratung übergebe ich das Wort an den Stadtpräsidenten Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Uns liegen drei Bauprojekte vor, die Sie heute genehmigen und die Finanzierung sichern dürfen. Wir beginnen mit Traktandum Nr. 5. Erlauben Sie mir aber dennoch zuerst ein paar einleitende Bemerkungen insgesamt zu allen Geschäften, was ich dann aber nicht bei jedem Traktandum wiederholen werde.



Wir sahen dazu folgende Grundlagen und Chronologien vor. Ursprünglich konnten wir die genehmigten Projektierungskredite für die Vor- und Bauprojekte am 26. Oktober 2020 hier im Rat abholen. Wir führten dann anschliessend drei Projektwettbewerbe in einem offenen Verfahren durch, wozu wir sehr viele interessante Eingaben erhielten und die Gewinnerinnen und Gewinner jurieren konnten. Nach den Vorprojekten gab es dann zur Kostenschätzung nochmals einen Gemeinderatsbeschluss mit dem Auftrag, innerhalb dieser Projekte Einsparungen vorzunehmen. Ich werde dazu dann nochmals einzeln darauf zurückkommen.



Auch wenn ich zwar der Bau- und Planungsvorsteher bin, gibt es Leute hier im Saal, die in der Volkschulkommission wie eben auch der Ressortvorsteher Bildung und Jugend bei der Verabschiedung dieser Strategie und Entwicklung dabei waren und dazu besser Auskunft geben könnten. Basierend auf dieser Strategie der zentralen Organisation der Kindergärten und Tagesschulen beim Schulzentrum «Elzmatte», Hard und «Kreuzfeld», die die Volksschulkommission beschloss und der Gemeinderat genehmigte, begann man mit der Ausarbeitung dieser Bauprojekte.

Als kleiner Reminder erinnere ich daran, warum man zum Schluss kam, dass es zukünftig eine zentralere Organisation des gesamten Systems braucht. Es geht dabei darum, dass man damit ein ganzheitliches Schulangebot anbieten kann, es dadurch zu ruhigen Schullaufbahnen kommt, die Chancengleichheit erhöht werden kann und es innerhalb dieser Zentren zu einer Stärkung der pädagogischen Zusammenarbeit führt. Wenn ich dazu ein kleines Beispiel erwähnen darf, zumal ich diesbezüglich ein Pragmatiker bin, so geht es ebenso darum, dass, falls Langenthal irgendwann einmal zum Schluss kommen sollte, dass man Basisstufen einführen möchte, das heisst, dass man Kindergarten und das erste und zweite Schuljahr zusammen an einem Ort unterrichtet, so ist es auch eine Bedingung, dass man einen Schulraum schafft, der eben vor Ort sein kann. Es geht hier auch um zusätzliche Angebote, sodass man hier sonderpädagogische Massnahmen auch innerhalb eines Schulzentrums anbieten kann und die Kinder dann für einen Spezialunterricht wie Logopädie oder Psychomotorik – wie es auch bei einem meiner Kinder der Fall war, nicht von einem Kindergarten an einen anderen Ort wechseln müssen. Es geht insgesamt darum, dass man hier die Zusammenarbeit innerhalb dieser Schulzentren stärken kann und eben auch die Chancengleichheit. Wenn man irgendeinmal in der Zukunft auch nur schrittweise in die Nähe eines gewissen Tagesschulangebots kommen möchte, sodass man am Morgen das Kind bringen, selber arbeiten gehen und es am Abend wieder abholen kann, so braucht es eine zentralere Strategie, inklusive Tagesschule auf einem Gelände. Sie wissen, dass bei sehr vielen Eltern heute beide Elternteile arbeiten und wir auch einen hohen Anteil an Leuten haben, die getrennt leben und deshalb alleinerziehend sind und auch arbeiten gehen, was auch die Hauptgründe für diese Strategie darstellen.

Die erste Umsetzungsetappe erkennen Sie hier auf diesem Plan. Sie finden diese Daten auch in den Unterlagen und Sie waren ja auch mehrheitlich, da heisst rund die Hälfte von Ihnen, am Informationsanlass dabei, als man dies entsprechend erklärte. Es geht hier nun in einem ersten Schritt um den Kindergarten «Winkel», der aufgelöst werden kann. Daneben geht es um den Kindergarten Oberfeld, den man zukünftig ebenso auflösen kann und wir haben auch diese Miete im Zwinglihaus, die man damit auflösen kann. Diese Kindergärten würden dann alle im Hard konzentriert und dort könnte man dann mit den neuen Bauten auch den Pavillon ersetzen.

Sie sehen es hier noch entsprechend ausformuliert. Wir haben heute neun Kindergartenstandorte und würden diese dann auf sechs Kindergartenstandorte reduzieren. Und wir verfügen aktuell über fünf Tagesschulstandorte und hätten dann noch deren vier.

Ganz bestimmt auch erwähnenswert ist die Problematik des Schulwegs und der entsprechenden Schulwegsicherheit. Es ist so, dass wir am Projekt «Mobilitätskonzept Schulzentren» am Arbeiten sind. Wir wollen darin Massnahmen festlegen, die zu einer Erhöhung der Schulwegsicherheit beitragen. Es ist aber auch so – und das sagte ich auch bereits am Informationsanlass, dass es nur geht, wenn man irgendwie miteinander, das heisst, die Stadt, die Schule, die Eltern und die Kinder diesbezüglich zusammenarbeiten und wenn man dabei auch wirklich versucht das Bewusstsein zu wecken, dass es eben nicht ausreicht, wenn man das Kind einfach vor die Schule fährt. Dabei muss man auch erwähnen, dass es auch viele Eltern heutzutage machen, indem sie ihre Kinder begleiten, solange diese eine Begleitung auch nötig haben. Und sie lassen sie danach auch laufen, meistens eben auch organisiert in kleineren Gruppen von Kindern, sodass mehrere Kinder miteinander das Erlebnis «Schulweg» gemeinsam erfahren können. Wir sind auch drauf und dran, dass wir sichere Schulwege haben, was in all den vorliegenden Konzepten baulich möglich und umsetzbar ist. Daraus sollten dann auch die entsprechenden Massnahmen, als sogenannte «Verkehrslösung Langenthal», in das Agglomerationsprogramm 3 einfliessen. Sie merkten sicherlich auch, dass der Kanton bei der Frage der Renovation der Ringstrasse ja die dortige Ampel in Frage stellte, wozu es 155 Mitwirkungseingaben gab, sodass diese Ampel bleiben wird. Das war nun vielleicht ein kleiner Primeur.

	Eigentum	Parz.fläche	Weiteres Vorgehen
Kindergarten im Mittelstufengebäude	Stadt		Umnutzung zu Tagesschule
Kindergarten Winkel	Stadt	1'592	Entwicklung Markthallenareal
Kindergarten K5 UG	Stadt		Nutzung als Schulraum
Kindergarten Oberfeld	Stadt	1'450	Verkauf
Kindergarten/Tagesschule Zwinglihaus	Reformierte Kirchgemeinde		Kündigung Mietverhältnis
Kindergarten- und Tagesschulpavillon	Stadt		Zwischennutzung Schule, Abbruch

Daneben haben wir bestehende Kindergartengebäude, die Sie hier aufgeführt sehen. Wir haben den Kindergarten «Winkel», bei dem wir eine Parzellenfläche 1'592m^2 haben. Da sagte der Gemeinderat einmal, dass man dies als Potenzial zur Entwicklung eines Markthallenareals aufnimmt, das noch aussteht und wir uns ja bereits jahrelang damit beschäftigen. Beim Kindergarten Oberfeld geht es um eine Fläche von 1'450m^2, wozu sich der Gemeinderat vorstellt, dass man dieses Gelände verkaufen könnte und damit in diesem Fall eine Deinvestition ins Auge fassen würde. Es ist ein Kindergarten, der sich heute wirklich mitten in einem Quartier befindet. Ob dies nun ein Verkauf im Baurecht oder allenfalls eben ein Verkauf ist, muss dann an und für sich noch festgelegt werden, insofern man dann auch den neuen Kindergarten effektiv bauen darf. Beim Kindergarten/Tagesschule Zwinglihaus könnte man zudem das Mietverhältnis kündigen. Bei den anderen Standorten käme eine weitere Nutzung oder Zwischennutzung als Schule in Frage, bis sie dann abgebrochen würden.

	Ausführungsplanung	Baubeginn	Bezug
Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergarten	Anfangs 2024	Juli 2024	Juni 2025
Hard: Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule	Anfangs 2024	Juli 2024	Juni 2025
Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergarten	Anfangs 2024	Juli 2024	Juni 2025

Hier sehen Sie, wann das Ganze stattfinden soll. Auch dies entspricht einer übergeordneten Situation, indem Sie nun heute diese Stadtratssitzung glücklicherweise zu Ende führen, wofür ich mich hier gerne nochmals bedanke. Es wäre so geplant, dass man dann Anfang 2024 mit der Ausführungsplanung starten könnte, wenn das Volk am 17. Dezember 2023 darüber abstimmte. Wir könnten im Juli 2024 mit dem Bau beginnen und könnten die Neubauten dann auf das Schuljahr 2025/2026 in Betrieb nehmen.

Der Gemeinderat beschloss zudem auch ein Kommunikationskonzept, vorbehältlich, dass Sie diesen Projekten heute zustimmen und die Finanzen dazu genehmigen. Dabei geht es um eine weitergehende, fortführende Kommunikation, die Sie hier abgebildet sehen. Ab morgen würde man seitens der Verwaltung für politische Parteien und Interessengruppen zur Verfügung stehen, aber eben auch der Gemeinderat, falls dies auch gefragt ist. Man könnte dabei auch die Ressortvorstehenden, das ABiKuS und das Stadtbauamt beiziehen, falls man in einer Parteiversammlung eine Information wünschen würde. Wir planen, dass wir die Bauprojekte ab morgen unter der Rubrik der aktuellen Projekte auf der Webseite aufschalten, damit man dies dort auch sehen und die Informationen dazu sichten kann, um was es bei dieser Volksabstimmung vom 17.12.2023 geht. Es geht dann auch weiter. Rund um den 16. Oktober 2023 würden wir eine Medienmitteilung mit einer Einladung zu öffentlichen Orientierungsabenden vornehmen, die allen offenstehen, worauf ich nachher nochmals zurückkomme. Es gibt dann auch als Beilage zum Anzeiger Oberaargau ein Flugblatt zu dieser Einladung.

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Fazit
Kommunikationskonzept (GR Beschluss 23.8.2023)
vorbehältlich der heutigen Genehmigung der Sachgeschäfte

ab 5. September 23	Informationen auf Anfrage	Politische Parteien & Interessengruppen	Ressortvorstehende, ABiKuS & Stadtbauamt
ab 5. September 23	Webseite Stadt Aufschaltung Rubrik "Aktuelle Projekte"	Alle	Fachbereich Kommunikation & Marketing
16. Oktober 23	Medienmitteilung mit Einladung zu den öffentlichen Orientierungsabenden	Medien	Ressortvorstehende, ABiKuS & Stadtbauamt; mit Stadtkanzlei
19. Oktober 23	Flugblatt mit Einladung zu den öffentlichen Orientierungsabenden als Beilage zum Anzeiger Oberaargau	Stimmberechtigte, Erziehungsberechtigte, Elternrat KG, Interessierte, Lehrpersonen	Ressortvorstehende, ABiKuS & Stadtbauamt; mit Stadtkanzlei

Sie sehen hier weiter, dass wir am 7. und 8. November 2023 zwei Abende planen, an denen die Stimmberechtigten, die Erziehungsberechtigten, der Elternrat und weitere Interessierte wie auch die Lehrpersonen noch einmal mit Informationen bedient werden könnten, was eigentlich geplant ist. Das Ganze findet deutlich vor dem Versand der Abstimmungsbotschaft statt. Auch dies ist nicht zufällig, werden doch die Stimmberechtigten in der Zeit von 20. bis 24. November 2023 mit den Unterlagen bedient werden, sodass dann am 17. Dezember 2023 die Abstimmung stattfinden könnte.

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Fazit
Kommunikationskonzept (GR Beschluss 23.8.2023)
vorbehältlich der heutigen Genehmigung der Sachgeschäfte

7. November 23, 19 Uhr	Orientierungsabend I Öffentliche Veranstaltung	Stimmberechtigte, Erziehungsberechtigte, Elternrat KG, Interessierte, Lehrpersonen	Ressortvorstehende, ABiKuS & Stadtbauamt
8. November 23, 19 Uhr	Orientierungsabend II Öffentliche Veranstaltung	Stimmberechtigte, Erziehungsberechtigte, Elternrat KG, Interessierte, Lehrpersonen	Ressortvorstehende, ABiKuS & Stadtbauamt
20. – 24. November 23	Versand Abstimmungsbotschaften (späteste Zustellung 27.11.)	Stimmberechtigte	Sekretariat Stadtrat
17. Dezember 23	Volksabstimmung	Stimmberechtigte	Wahl- und Abstimmungsauschuss

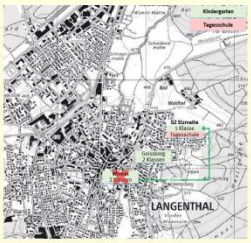
Dies ist zugegebenermassen ein bisschen ein neuer Weg, den der Gemeinderat hier beschreitet. Sie merken auch hier, dass uns dieses Projekt wichtig ist. Vielleicht sahen Sie es ja auch bei der Budgetabstimmung, dass man teilweise unsere und auch Ihre Kommunikation zu den Abstimmungen bemängelte. Deshalb beschloss der Gemeinderat hier nun das soeben skizzierte Vorgehen. Es gleicht dem Vorgehen, das man dannzumal bereits beim Stadttheater anwendete und selbstverständlich ist es so, dass, falls sich eine Gegnerschaft formieren sollte, auch sie Gelegenheit bekommt, sich an diesen Abenden in angemessenem Rahmen äussern zu können. Voilà.

Wenn Sie erlauben, würde ich nun konkret auf Traktandum Nr. 5 eingehen. Dabei geht es um das Schulzentrum «Elzmatte», das ich Ihnen etwas zackiger und weniger ausführlich vorstellen werde, als wie es Gabriela Krummen an den Orientierungsabenden machte. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die es im Detail interessierte, an dieser Orientierung dabei waren. Ich erinnere hier noch einmal an die Ausgangslage. Man kann mit diesem Schritt den provisorischen Kindergarten «Elzmatte» auflösen. Dort würde man dann bauliche Massnahmen vorsehen, um die Tagesschule vergrössern zu können. Und man könnte

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergartengebäude



1. Umsetzungsetappe

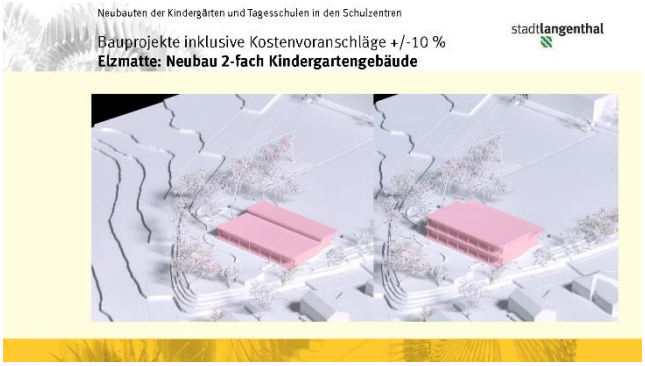
~~Prov. Kindergarten Elzmatte (1)~~
~~Kindergarten Winkel (1)~~

Bauliche Massnahmen:
Neubau 2-fach Kindergartengebäude

hier den Kindergarten «Winkel» auflösen, der massiv zu klein ist und dem bezüglich der kantonalen Vorgaben 30 Prozent der Fläche fehlen, aber aus Denkmalschutzgründen nicht erweiterbar ist. Wir würden dabei in der ersten Etappe einen Neubau eines 2-fach Kindergartengebäudes vornehmen.

Dieser kommt nördlich situiert an die ganze «Elzmatte» zu liegen, das heisst am Ort, wo dieser Kreis eingezeichnet ist und sich eigentlich bei der heutigen Kugelstossanlage befindet und da in diese Ecke gebaut werden könnte, was der Wettbewerb dort so ergab.

Somit könnte man hier in der ersten Etappe ein eingeschossiges Gebäude erstellen, wobei es sich um ein Gebäude mit einem sogenannten «Split Level» handelt, das heisst mit einem Halbgeschoss, bei dem man dann an der Hangkante entlang von Süden an das Gebäude herantritt und die Räumlichkeiten so betreten kann. In einer zweiten Etappe kann dieser Bau aufgestockt werden, da er so gebaut wird, dass man nachher ein Geschoss mit identischen Räumen in diesem vorderen Teil darauf platzieren kann.



Der Innenraum ist so angelegt, dass es zwei Schulräume gibt und sich die allgemeinen Räume im oberen Teil befinden. Es gibt hier die Eingangssituation, bei der es via Treppe zu den Garderoben runtergeht und man dann in den grossen Schulraum und in den kleineren Nebenraum gelangt. Hier auf dieser Seite finden Sie eine identische Situation vor, natürlich auch mit WC-Anlagen, die behindertengerecht und mit einem Lift erschlossen werden und man dann auch einen weiteren Stock darauf aufbauen könnte.

Von aussen würde es dann in schematischer Darstellung so aussehen. Wir sind dabei ja überall mit Holz als primärem Baustoff unterwegs.

Hier sehen Sie auch noch eine entsprechende Visualisierung, bei dem dann der Garten je nach Hauswart in Wirklichkeit vielleicht ein bisschen weniger wild ausfällt.

Das kostet in der ersten Etappe 3,55 Mio. Franken. Vielleicht gibt es zu dieser Etappierung noch zu ergänzen, dass wir bereits gewisse Vorinvestitionen eben auch für später tätigen; das heisst, dass das Aufstocken bei diesen Projekten danach weniger teuer ist als dieser Bau, der hier realisiert werden soll. Zu den allgemeinen Räumen, die hier bereits gebaut wären, kämen dann noch zwei weitere Schulzimmer oben drauf. Der dazugehörende Kostenvoranschlag enthält dabei eine Spanne von +/- 10 Prozent.

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergartengebäude
stadtlangenthal

Kostenvoranschlag +/-10 % inklusive 7.7 % MWST

BKP	Arbeitsgattung	Kosten inkl. MWST	
1	Vorbereitungsarbeiten	Fr.	30'000.00
2	Gebäude	Fr.	2'743'000.00
4	Umgebung	Fr.	412'000.00
5	Nebenkosten	Fr.	89'000.00
7	Reserve	Fr.	221'000.00
8	Ausstattung	Fr.	30'000.00
9	Kunst am Bau	Fr.	25'000.00
	Total Kosten	**Fr.**	**3'550'000.00**

Baukostenindex Hochbau Schweiz: Oktober 2022: 113.2 Punkte

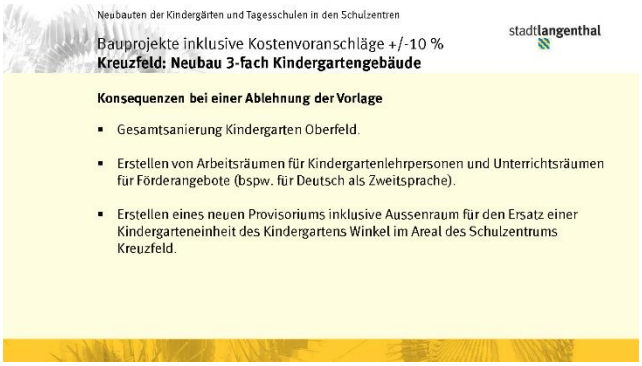
Ich erwähnte bereits, dass wir Einsparungen vornahmen. Die Grobkostenschätzung von April 2021 lag beim Projekt «Elzmatte» bei 3,44 Mio. Franken. Uns lag dann ein Jahr später eine Kostenschätzung bei +/- 15 Prozent über 3,9 Mio. Franken vor. Der Gemeinderat sagte dann, dass dies so nicht geht, wobei dazu auch der Baukostenindex zu beachten ist, den Sie hier in der obersten Zeile ablesen können. Dieser lag im Jahr 2021 bei 101,5 Prozent, stieg dann auf 109,7 Prozent an. Dazu wurde dieser Index zuletzt im Oktober 2022 gemessen und lag dannzumal bei 113,2 Prozent. Das heisst, dass, wenn man die Kosten indexieren wurde, wie sie ursprünglich definiert wurden, hätte man in etwa bei 3,836 Mio. Franken landen können, wenn man allein die Teuerung der Baukosten berücksichtigt hätte. Wir sparten aber und

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergartengebäude
stadtlangenthal

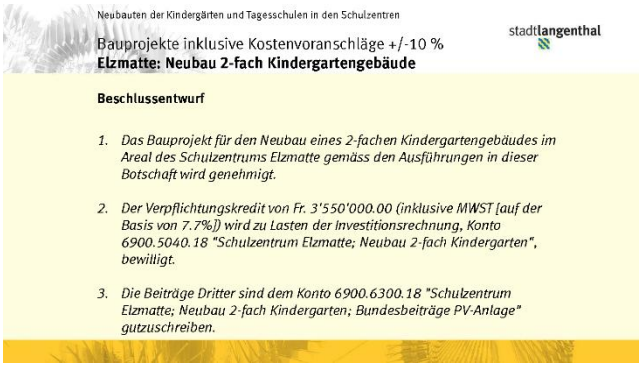
Kostenentwicklung

Baukostenindex Hochbau: April 2021: 101.5	Baukostenindex Hochbau: April 2022: 109.7	Baukostenindex Hochbau: Oktober 2022: 113.2
GROBKOSTENSCHÄTZUNG +/- 25%	Kostenschätzung +/- 15%	KOSTENVORANSCHLAG +/- 10%
Fr. 3'440'000.00	**Fr. 3'900'000.00**	**Fr. 3'550'000.00**
Indexiert Fr. 3'836'532.00		
		Fr. – 285'000.00

kommen heute mit +/- 3,55 Mio. Franken aus. Das führt damit zu einer Einsparung von rund Fr. 285'000.00. Das ist nun einfach eine Rechnung. Fakt ist, dass wir mit Kosten von +/- 3,55 Mio. Franken rechnen, was dem Betrag entspricht, den es heute zu genehmigen gilt.



Was ist die Konsequenz, wenn man diesen Neubau in der «Elzmatte» ablehnt? Dabei müsste man schauen, dass man in diesem Mittelstufengebäude einen räumlich abgegrenzten Aussenraum für die Kindergarteneinheit schaffen kann. Es bräuchte dort dann auch eine Küche, weil die Infrastruktur für den Zweck eines Kindergartens relativ provisorisch zur Verfügung steht. Es fehlen generell Arbeitsräume und der Schulraum ist knapp. Wir brauchen auch Unterrichtsraum für Förderangebote wie beispielsweise für «Deutsch als Zweisprache» und man muss dann auch schauen, wo man das einrichten kann. Es bräuchte zudem ein neues Provisorium für einen Ersatz des Kindergartens «Winkel», da der Kindergarten an diesem Ort nicht mehr weiter betrieben werden kann. Wenn man dieses Neubauprojekt nicht will, muss man dort Massnahmen ergreifen und man muss ein Provisorium hinstellen und sich darum bemühen, wie man die Tagesschule auf diesem Areal des Schulzentrums «Elzmatte» unterbringen kann. Dies bedingt dann eventuell auch das Erstellen eines Provisoriums, sonst geht es dort einfach nicht mehr.



Das führt uns zu folgendem Beschlussesentwurf, den ich Ihnen hier nicht vorlesen werde, da Sie diesen auch in allen Unterlagen vorfinden. Das wäre es zu Traktandum Nr. 5.

Besten Dank für die Beratung und hoffentlich für die Zustimmung.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci für diese Erklärungen. Eine Berichterstattung von der GPK gibt es keine, sodass wir direkt zu den Fraktionssprechern kommen. Welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Sie erlauben mir, dass ich sogleich zu allen drei Projekten rede. Wir danken für die umfangreichen Unterlagen und die Einarbeitung von gewissen Anträgen der vorberatenden Kommissionen. So konnten der Unterhalt und die Nutzung verbessert werden, weil zum Beispiel anstatt Holzfenster Holz-Metallfenster, oder anstatt Stoffrouleaus Lamellenstoren verbaut werden. Nach wie vor ist aber auf den Flachdächern in der «Elzmatte» und im «Kreuzfeld» eine Begrünung und eine PV-Anlage vorgesehen im Wissen, dass sich dies vom Unterhalt her eigentlich widerspricht und eine aufgeständerte PV-Konstruktion bedingt, die kaum dem ästhetischen Ausdruck des Wettbewerb-Siegerprojekts entspricht, wozu wir vorher eine Visualisierung sahen. Deshalb müsste die Begrünung unserer Meinung nach sicher noch einmal überdenkt werden, nicht aber die PV-Anlage, die unbestritten ist. Und nach wie vor sind im Hard die schönen, holzigen Laubengänge im Obergeschoss jederzeit, auch über das Wochenende, zugänglich und könnten dann Nachtbuben und Nachtmädchen animieren, sich dort gemütlich auszuleben. Wir werden dazu noch mehr hören. Warum dann aber bei einem Kreditantrag, der vors Volk geht, weder beim

Tartanbelag in der «Elzmatte», noch bei den beiden Pavillons im «Kreuzfeld» keine Schadstoffuntersuchung gemacht wurde, um Kostensicherheit zu erhalten, ist uns nicht ganz klar. Ich fasse somit zusammen: Wir unterstützen grossmehrheitlich alle drei Projekte, sind uns den Kosten von gesamthaft 13,9 Mio. Franken bewusst und auch, dass dieser Betrag mit knapp 1 Mio. Franken höher ausfällt als ursprünglich gedacht. Wir würden es deshalb dann auch schlecht goutieren, irgendwelche Nachkredite für Altlastsanierungen, Laubengang-Vergitterungen oder sonst etwas zu sprechen. Die Reserve muss auch hier genau gleich ausreichen, wie sie für die Mehrwertsteuer-Erhöhung ausreichen muss. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

SP/GL-Fraktion, Cornelia Gerber-Schärer (SP): Danke vielmals für die umfangreiche Berichterstattung aus verschiedenen Sichtweisen. Ich danke auch meinem Vorredner, der auf Details aufmerksam machte. Ich möchte das Bauprojekt gerne aus einer anderen Perspektive anschauen. Als Mutter von zwei Kindern bin ich sehr froh, dass sie so in ein minizentralisiertes Schulzentrum wie die «Elzmatte» in die Schule gehen können. Es ist nicht einfach nur ein Bauprojekt, sondern es geht um Wesentlicheres. Ich hätte nämlich gar nicht gewusst, wie ich es hätte machen sollen, wenn eines meiner Kinder in den Kindergarten Geissberg und das andere in den Kindergarten «Elzmatte» oder wo auch immer hätte gehen müssen. Es ist eine Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen und wie es Reto Müller eingangs schön sagte, geht es auch um die Nutzung eines ganzheitlichen Unterrichts, der heute einfach gesellschaftsbedingt gefordert und gefördert wird. Gleichzeitig geht es um die Förderung von ruhigeren Prozessen, was auf den Lerneffekt massgeblich positive Auswirkungen hat sowie um die Stärkung der pädagogischen Zusammenarbeit und die Unterstützung beim Kräftemangel, den wir bei den Lehrern und Lehrerinnen ja bereits jetzt schon haben. Man kann einander besser aushelfen und man kann einander besser unterstützen. Daneben gibt es kantonale Auflagen für Denkmalschutz und so weiter, und wer sich selber einmal ein Bild vor Ort im «Winkel» oder im «Bäregg» machte – im Geissberg ging ich noch selber vor fast 40 Jahren ins Provisorium, der aber noch ganz gut im Schuss ist, sieht, dass ein Neubau notwendig ist. Deshalb unterstützen wir die Projekte geschlossen und stimmen diesem Beschlussesentwurf bei allen drei Projekten zu. Danke.

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Sie hörten zuvor die pädagogischen Argumente für diese drei Projekte von jemandem, der sich mit Pädagogik etwas besser auskennt als ich. Deshalb verzichte ich jetzt auch darauf, diese zu wiederholen, aber unsere Fraktion schliesst sich dieser Argumentation natürlich an. Es ist wohl wenig überraschend für Sie, dass ich mich mehr mit der ökologischen Seite des Baus auseinandersetzte, da ich davon hoffentlich etwas verstehe. Wir waren eigentlich hoch zufrieden und wir besprachen das Projekt ja auch mehrfach in der UEK[1], da das Gebäude Minergie A-ECO zertifiziert ist und mit Solaranlagen bestückt wird, was von dem her ein grosser Schritt vorwärts bedeutet gegenüber anderen Schulhaussanierungen oder Teilsanierungen, die in letzter Zeit realisiert wurden. Es ist aber vielleicht auch etwas einfacher bei einem Neubau. Natürlich gäbe es weiteres Verbesserungspotenzial, könnte man doch über Solarfassaden auf der Südseite reden oder man hätte bei der «Elzmatte» von Anfang an eine Solaranlage installieren können, wozu wir ja auch die diesbezügliche Argumentation des Gemeinderates zur Kenntnis nehmen konnten. Auch wenn ich nicht voll und ganz zustimme, können wir es verstehen. Zusammengefasst könnte ich also sagen, dass die Pädagoginnen und Pädagogen in unserer Fraktion und auch die Umweltingenieure über das Projekt hoch erfreut sind und wir deshalb einstimmig zustimmen werden.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Wir wissen es, dass Langenthal schon ein bisschen unter einem Investitionsstau leidet. Den brachten wir mit dem ESP Bahnhof mit 100 Mio. Franken ein bisschen in Gang und wir rühren weiter an. Und das «Anrühren» möchte ich jetzt nicht negativ werten, weil bei Schulen und Kindergärten eigentlich am falschen Ort gespart ist. Wir sind auch der Auffassung, dass man diese Onyx-Millionen für solche Projekte einsetzt, was durchaus sinnvoller ist als für andere. Ich möchte hier aber zum Denken oder zum Handeln des Gemeinderates anregen, dass man vielleicht die Steuererhöhung, falls wir sie dann auch effektiv durchbringen, für die Amortisation dieser Investitionen brauchen und nicht für anderes, weil wir damit das Budget etwas besser abfedern könnten. Das ist unsere Auffassung. Wir diskutierten viel über diese drei Projekte. Und immer wieder wurde die Frage gestellt, warum man denn drei Projekte

[1] UEK = Umweltschutz- und Energiekommission.

machte, was bereits vorgängig in den Kommissionen und auch bei uns in der Fraktion zu reden gab? Ich weiss, dass wir dies im Stadtrat genehmigten und in Gang brachten. Aber vielleicht hätte man es unserer Meinung nach gescheiter bachab geschickt. Warum macht man nicht einfach ein Generalprojekt über alle drei Standorte? Wir brauchen diese Kindergärten im Modulbau und man hätte dies wie ein Lego-Steinchen überall mit vielleicht etwas Frisieren und mit leichten Veränderungen nutzen können. Man hätte es in einem machen können, was auch die Baukosten beeinflusst hätte, wovon ich ganz fest überzeugt bin. Und das prangern wir eigentlich ein bisschen an und finden es eigentlich auch schade, dass man dies nicht doch ein bisschen einfacher handhaben könnte, ohne dass dafür auch ein Wettbewerb ausgeschrieben werden muss. Ich weiss, dass es hier auch um SIA-Normen geht, aber vielleicht könnte man dennoch über etwas anderes nachdenken. Da bin ich nicht Fachmann, aber ich denke, dass es sicherlich auch andere Wege gibt. Weiter stellten wir fest, dass diese Baukosten pro Kubik recht hoch sind, und Robert Kummer sagte es schön, dass auch wir schwer hoffen, dass die Kosten, wie sie jetzt auf dem Papier stehen, auch inklusive aller Anpassungen, ausreichen, auch wenn wir sahen, dass der Bauindex bereits wieder anstieg. Auf alle Fälle möchten wir diesem Kredit so grundsätzlich zustimmen, auch wenn wir teilweise gemischter Meinung sind und nicht alle zustimmen, da die einen gegen eine Zentralisierung sind und diese ablehnen, wozu wir dann ja wohl noch das eine oder andere Votum hören werden. Ich hoffe dennoch, dass eine gute Sache rauskommt, was für die Kinder zielführend ist. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Nun sind alle Fraktionen durch und ich frage an, ob es noch Einzelsprecher gibt?

Pascal Dietrich (parteilos): Es tut mir furchtbar leid, dass ich Ihre Harmonie und die Einigkeit in diesem Saal, was grundsätzlich schön ist, stören muss und ein paar kritische Worte zu sagen habe. Aber diejenigen, die nicht erst seit ganz kurzem im Rat sind, erwarteten dies sicherlich auch, wissen das und kennen meine Haltung. Da wir diese Traktanden nun eine Woche später behandeln, ist es nun bereits drei Wochen her, seitdem die Kindergartenbuben und -mädchen ihren ersten Schultag hatten und dabei das erste Mal ihren Schulweg unter die Füsse nahmen. Und ich bitte Sie sich für einen Moment vorzustellen, wo diese Kinder jetzt überall hätten durchgehen müssen, wenn sie in die zentralisierten Kindergärten gegangen wären. Stellen Sie sich für einen Moment diese weiten Wege vor und vielleicht verstehen Sie mich dann auch ein bisschen besser, wenn Sie sich dies wirklich verdeutlichen. Wir haben hier drei Vorlagen, und Robert Kummer sagte es, dass er sich sogleich zu allen drei Vorlagen äussern werde, was ich ebenso vorhabe, von gewissen Ergänzungen vielleicht abgesehen.

Wenn man bei allen drei Vorlagen das Kreditvolumen zusammenzählt, so werden wir heute Abend über knapp 14 Mio. Franken entscheiden, notabene nur für die erste Etappe, für die erste Etappe dieser Zentralisierung. Das sind also sehr, sehr teure Vorlagen; aber, was ich auch ganz klar sage, dass es mir heute Abend nicht um das Geld geht, sondern um unsere Kinder.

Unsere dezentralen Kindergärten empfinde ich als unsere Stärke in Langenthal – und mit mir ganz viele Eltern. Es sind nämlich Quartierkindergärten, die eben genau sicherstellen, dass wir kurze Wege haben, die nicht allzu gefährlich sind und die Kinder eben auch alleine bewältigen können. Diese Kindergärten befinden sich nahe am Zuhause und sie sind in den Quartieren verwurzelt. Und ausgerechnet diese Stärke, dieser Standortvorteil will man nun hier in Langenthal aufgeben und alles zentralisieren. Natürlich gibt es auch Argumente dafür, was klar ist, und es gibt nie schwarz oder weiss. Ich sehe diese Argumente dafür schon. Was ich aber bereits seit fünf Jahren bemängle – und es passierte natürlich auch jetzt noch nichts, dass sich nämlich weder der Stadtrat, noch die Stimmbevölkerung je zu dieser Strategie der Zentralisierung äussern konnten. Das passierte nie. Man konnte es auch wieder in einem Memo an den Gemeinde- und Stadtrat vom 10. Januar 2023 nachlesen, worin der Sachverhalt nochmals rekapituliert wurde und eben gesagt wurde, dass die Volksschulkommission diesen strategischen Entscheid für die Neuorganisation gemäss dem Reglement über das Schulwesen fällte, was an sich auch unbestritten ist, da dies dort so geregelt ist, wonach Dinge, die die strategischen Ziele der Schulen, der Kindergärten und der Tageschulangeboten betreffen, gemäss Art. 20 Abs. 2 in der Volksschulkommission besprochen werden. Das ist grundsätzlich sicher auch nicht falsch. Aber wenn es dann in diesem Rahmen eine solch grosse Bedeutung hat, frage ich

mich dann eben schon, ob das gut ist. Und man fragte sich dies auch in der Stadtverwaltung und war bereits 2018 der Meinung, dass der Gemeinderat als oberste Vollzugs-, Planungs-, Verwaltungs- und Polizeibehörde gemäss Stadtverfassung Art. 66 dennoch zum Zug kommen muss und für den Beschluss zuständig ist, zumal eben die Umsetzung dieser Strategie auch sehr grosse Auswirkungen hinsichtlich Bautätigkeit und Desinvestitionen mit sich bringt. Auch diese Argumentation kann ich an und für sich verstehen und bin damit sogar einverstanden. Aber bei dieser Argumentationslinie hätte man dann auch logischerweise erkennen müssen, dass am Schluss das Volk über diese Bauprojekte zu entscheiden hat, da ja von Anfang an klar ist, um welches Volumen es sich dabei handelt und sie eben auch so teuer sind. So wäre es doch nichts als logisch und auch sinnvoll und in diesem Fall auch schlicht angemessen, wenn man von Anfang an einen Grundsatzentscheid über diese Strategie zur Zentralisierung bei der Stimmbevölkerung eingeholt hätte. Wenn dazu das Volk Ja gesagt hätte, was sicher möglich ist, so würde ich hier nämlich schweigen und gar nichts mehr dazu sagen. Aber das machte man nun einfach fünf Jahre lang nicht und weigerte sich hier hartnäckig, die Demokratie spielen zu lassen, was ich sehr bedaure.

Und nun haben wir eben diese Auseinandersetzung in der Volksabstimmung zu den Bauprojekten. Wir werden einen Abstimmungskampf führen, das ist klar. Uns geht es nicht konkret um diese Bauprojekte, die sicherlich viele gute Aspekte enthalten, wie dies auch gesagt wurde. Wir wollen damit auch gar nicht das Bauamt oder die durchgeführten Wettbewerbe irgendwie in Frage stellen. Uns geht es nicht um die konkreten Bauprojekte, sondern uns geht es darum, dass wir die Zentralisierung dieser Kindergärten nicht wollen. So möchte ich nur noch am Rande bemerken, dass ich ebenso kritisierte, dass man dies in drei Projekten aufteilte, sodass ich mich frage, was passiert, wenn nun am 17. Dezember 2023 das Projekt Hard durchkommt und die Projekte ««Elzmatte»» und ««Kreuzfeld»» nicht? Was macht man dann? Dann ist es vielleicht sogar noch etwas einfacher, aber was ist dann, wenn die ««Elzmatte»» durchkommt und ««Kreuzfeld»» nicht? Was macht man dann mit dem «Winkel», bei dem ja die beiden Kindergartenklassen aufteilen würden? Sie sehen, dass diese Vorlagen ja voneinander abhängen und eigentlich einer Einheit entsprechen. Entweder macht man diese Zentralisierung oder man macht sie nicht. Deshalb ist es von mir aus gesehen eigentlich völlig nicht sinnvoll, wenn man dies in drei Bauprojekte aufteilt und damit eben eigentlich auseinandernimmt.

Ich möchte gerne nochmals darauf zurückkommen, was die Zentralisierung bedeutet. Es führt zu deutlich längeren Wegen für diese Kindergartenkinder. Und Sie wissen ja, dass wir Älteren erst mit sechs Jahren den Kindergarten besuchten. Jetzt nach HarmoS[1] geht man kurz nach dem vierten Geburtstag und muss diesen Weg unter die Füsse nehmen. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung BfU sagt ganz klar, dass es Kindern im Alter von vier Jahren nicht zuzumuten ist, sich alleine im Strassenverkehr zu bewegen. Das ist einfach nicht möglich, da man sogar erst im Alter von zehn Jahren die Geschwindigkeit richtig einschätzen kann und die Kinder gemäss BfU überhaupt erst in diesem Alter auf die Strasse zu lassen sind, zumal es vorher um Quartierstrassen geht. Aber mit vier Jahren geht es nicht einmal in Quartierstrassen. Das ist das, was auch Fachleute sagen. Und was ist die Konsequenz daraus? Man wird Elterntaxis haben, was vom Stadtpräsidenten auch schon angesprochen wurde. Die Bemühungen, dass man diese reduzieren will, unternimmt man ja bereits seit Jahren und der Abbau gelingt nicht. Man wird mit dieser Zentralisierungsstrategie noch deutlich mehr Elterntaxis haben. Und das andere, was kommen wird – was ich hier im Saal sage und wir in zehn Jahren schauen können, wer Recht behielt, dass Schulbusse kommen werden. Man wird die Kindergartenkinder mit einem Schulbusssystem zu diesen zentralisierten Standorten bringen müssen. Das ist dann einerseits wieder teuer, was auch hier für mich nicht das Hauptargument ist, andererseits ich vielmehr sehr bedaure, dass die Kinder dann nicht mehr gemeinsam ihren Schulweg bestreiten können und dabei ihre Erlebnisse haben, sondern dann mit diesen Bussen zur Schule gekarrt werden. Das finde ich wirklich falsch. Aber es wird hier ja gesagt, dass dies modern ist und heute das ist, was man aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung machen muss.

---

[1] HarmoS = Kantonale Harmonisierung der wichtigen Ziele und Strukturen der obligatorischen Schulzeit.

Ich möchte dazu nur kurz das Stichwort Herzogenbuchsee erwähnen. Dort haben sie auch Kindergärten und auch dort wird geplant. Herzogenbuchsee liegt ja hinter dem Wald, aber in dieser Sache sind sie für mich jetzt etwa gar keine Hinterwäldler, im Gegenteil. Dazu möchte ich aus der Zeitung kurz die Vernehmlassung zur Planung der Kindergärten der SP Herzogenbuchsee zitieren: «Den Buchser Sozialdemokraten gefällt die dezentrale Planung von Kindergärten, um die Schulwege für die Kleinsten kurz zu halten. Die SP verlangt in ihrer Mitwirkungseingabe zur Schulraumplanung, dass mittelfristig auch westlich der Bahnlinie ein Kindergarten geplant werden soll, je nach Entwicklung des Fenaco-Areals». Ich kann dazu sagen, dass ich mit der SP voll und ganz einverstanden bin, in dem Fall jetzt leider mit der SP Herzogenbuchsee, aber die wissen, was von mir aus gesehen richtig ist. Die wollen weiterhin dezentrale Kindergärten für kurze Schulwege. Warum die SP Langenthal und auch die anderen Parteien hier zu komplett gegenteiligen Beschlüssen kommen, ist mir persönlich ein Rätsel. Aber es ist nun halt so und wir werden diesen Abstimmungskampf führen.

Ich mache noch ganz kurz eine Bemerkung zu den bisherigen Standorten, wozu vielleicht dann auch noch sonst etwas dazu gesagt wird. Mir ist völlig klar, dass die bisherigen Standorte zum Teil sanierungsbedürftig sind und dies dann auch etwas kostet. Es geht mir wie einleitend erwähnt nicht darum viel Geld einzusparen, da auch die Sanierung bestehender Kindergärten Geld kosten würde, was klar ist. Carole Howald, Patrick Freudiger und ich reichten übrigens im 2020 eine Motion ein, dass man parallel dazu auch die Sanierung der bestehenden Kindergärten projektiert, damit man nachher nicht vor dem Nichts steht, falls das Volk Nein sagen würde. Leider wurde diese Motion hier im Stadtrat abgelehnt, weshalb wir nun soweit sind, dass es einfach um alles oder nichts geht. Wie man dann anschliessend weiterfahren will, muss man dann schauen. Aber einfach noch ganz zum Schluss sage ich, dass unser Bub auf jeden Fall im «Winkel» in den Kindergarten ging und, ob nun hier die kantonalen Vorgaben nur mit 70 oder 75 Prozent an Platz eingehalten werden oder nicht, gefiel es ihm dort und er hatte genügend Platz. So schliesse ich nun vorläufig, merci für das Zuhören. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher?

Nathalie Scheibli (SP): Ich möchte zuerst etwas zum Bau sagen. Genau um das geht es nämlich, weil wir über ein Bauvorhaben abzustimmen haben. Ich wurde von Anfang an in diesem Prozess miteinbezogen. Der Betrieb hatte dabei ein sehr hohes Gewicht. Und das, worüber Sie jetzt abstimmen dürfen, hat meine volle Unterstützung. Es sind gute Projekte, die für die Kinder, die Lehrpersonen und für den Unterricht gedacht sind. Nun muss ich aber schon auch noch etwas zum Votum von Pascal Dietrich sagen. Ich bedaure es etwas, dass er nicht an den Infoanlass kommen konnte und all seine Bedenken und all seine Voten dort hätte ausbreiten können, ohne sie in der heutigen Debatte vortragen zu müssen.

Zu den Quartierkindergärten ist zu sagen, dass ich mich frage, wo beim «Winkel» das Quartier ist? Da gibt es im Umfeld das LaKuZ, die Suppenanstalt, die Markthalle, der Sagibach-Parkplatz, einen verwaisten ehemaligen Werkhof und das Feuerwehrmagazin. Ich frage mich, wo das Quartier an der Talstrasse im Keller unten ist? Oder im Zwinglihaus im Keller unten? Der Kindergarten «Hard» steht schon an diesem Standort. Der Kindergarten «Elzmatte» steht ebenso bereits an diesem Standort. Der einzige Kindergarten, der sich in einem Quartier befindet, ist der Kindergarten «Oberfeld». Dann dürfen Sie noch wissen, dass beim «Oberfeld» zahlreiche Kinder, das heisst mindestens eine halbe Klasse, am Kindergarten vorbeilaufen, weil dieser nämlich nicht allen im Quartier wohnenden Kindern genügend Platz bietet. Also bereits ganz viele Kinder gehen ins «Kreuzfeld» und hätten mit dem neuen Standort aber einen kürzeren Schulweg, weil sie dann nicht das ganze Areal durchqueren müssten.

Zum Schulweg ist zu sagen, dass es effektiv Kinder geben wird, die einen längeren Schulweg haben werden. Ich schaute in den letzten Jahren immer wieder, welche Auswirkungen die zentralere Organisation auf die Schulwege hat. In diesem Jahr profitieren 45 von 300 Kindern von einer Verbesserung des Schulweges und bei 15 Kindern führte es zu einer Verschlechterung des Schulweges. Was die Elterntaxis betrifft, so entstehen diese Elterntaxis nicht nur wegen den langen Wegen. Ich bin erstaunt, dass Kinder mit zum Teil langen Wegen zu Fuss kommen, sei es vom Schoren her bis in die Klus, was auch nicht gerade einem Katzensprung entspricht und dann eben von den Eltern begleitet werden müssen. Dies ist aber nicht nur bei einem langen

Schulweg so, sondern auch bei einem kurzen, sodass ein vier- bis sechsjähriges Kind eben für eine Zeit eine Begleitung braucht. Die Elterntaxis, die entstehen, sind diejenigen, die ein Kind in der ersten Klasse in der «Elzmatte» haben und das andere Kind im Kindergarten im Geissberg zur Schule geht. Diese Eltern fahren nämlich um 08.15 Uhr zum Geissberg um danach um 08.20 Uhr das Kind in der «Elzmatte» abzuliefern und dann wieder nach Hause an die Waldhofstrasse zu fahren. Es wäre ein so kurzer Weg, wenn beide Kinder in dieselbe Richtung laufen könnten. Cornelia Gerber wies darauf hin, wie sehr sie froh darüber war, dass sie es bei ihren Kindern so handhaben konnte.

Auf die Schulbusse angesprochen kann ich nicht sagen, was in ein paar Jahren ist. Ich weiss nur, dass wir aktuell Schulbusse und Taxis haben, die am Morgen von der Tagesbetreuung in die Kindergärten rausfräsen und die Kinder am Mittag von den Kindergärten wieder in die Tagesschulen zurückkarren. Am Nachmittag gilt es dann wieder von der Tagesschule in die Kindergärten zu fahren und dort die Kinder um 16.00 Uhr wieder abzuholen. Es gibt ganz viele Fahrten, die so entstehen, weil sie für die Mittagsbetreuung geleistet werden müssen und die Eltern dies nicht selber leisten können, wenn sie auswärts arbeiten. Diese Bus- und Taxitransporte werden wegfallen.

Nun erwähnte Pascal Dietrich noch Herzogenbuchsee. Ich hatte eben am Wochenende ein spannendes Gespräch mit einem Schulleiter, der die Oberstufe in Hünibach-Hilterfingen-Oberhofen leitet. Der Schulverband dort hebt alle Kindergartenstandorte auf und konzentriert die Kindergärten auf 3 Standorte, 3 Standorte mit Zyklus 1, einen Standort Zyklus 2 und einen Standort Zyklus 3. Dort wird nun von etwa neun Standorten auf fünf reduziert. Ja, es gibt beide Seiten der Betrachtung. Ich danke allen, die unterstützen helfen, damit wir diesen ersten Schritt und diese erste Etappe machen können. Es ist eine dringende Etappe und eine richtige Etappe. Eine für die Zukunft und ich bin allen dankbar, die mithelfen Leute zu finden, die so denken, dass dies eben der richtige Schritt in eine Richtung ist, wo sich die Bildung hin entwickelt und sich die Gesellschaft hin entwickelt und somit eben ein Schritt in die Zukunft bedeutet. Merci für die Aufmerksamkeit.

Gerhard Käser (SP): Ich möchte noch auf zwei Dinge aufmerksam machen, wovon Reto Müller auf das eine bereits hinwies. Und zwar nannte er das einleitend, aber danach fehlte es. Was passiert, wenn man diese Kindergärten nicht baut? Wir haben enorme Schwierigkeiten mit der Heterogenität in Zyklus 1. Früher hiess es noch: «Oh, Du bist Erstklasslehrerin, jöö, all diese herzigen Kinder!». Diese Zeiten sind effektiv vorbei. Mit dem Werte- und Normzerfall in der Gesellschaft, mit ganz verschiedenen Kulturen und auch mit ganz verschiedenen Erziehungsmethoden – oder gar keinen Erziehungsmethoden, wurde es so, dass man die meisten Probleme effektiv in den ersten Klassen vorfindet, und ich weiss, wovon ich rede, wenn ich an die letzten drei Wochen denke. Es ist unheimlich anspruchsvoll und da wird etwas passieren müssen. Wenn Sie sich ein bisschen in den Bildungsforen umhören, so merken Sie auch, dass man im Moment diskutiert, was man machen will. Ob dann die Basisstufe das richtige ist, bin ich selber auch noch nicht ganz überzeugt. Wir gehen jetzt einmal den Weg mit Schuleingangsstufen um zu sehen, was für Langenthal möglich wäre. Jetzt müssen wir nicht darüber diskutieren, aber es muss im Zyklus 1 Reformen geben. Es muss möglich sein, dass ein Kind, das vielleicht sprachliche Defizite aufweist, noch im Kindergarten bleibt und ein Kind vielleicht auch schon in Mathematik in die Schule gehen kann, weil es eben einfach unterfordert ist, damit die Kindergärtnerinnen es mal loswerden kann, weil dieses Kind einfach immer jemand braucht, um es zu beschäftigen. Umgekehrt gilt genau dasselbe, damit man diesen Zyklus 1 entweder in drei oder vier Jahren machen kann, oder vielleicht ein Kind ihn in fünf Jahren absolviert und erst dann in die dritte Klasse kommt. Das sind alles Optionen, wo wir heute noch nicht wissen, wo es hinführt. Was wir aber sicher wissen, ist, dass, falls wir jetzt dezentral sanieren – und Sie kennen die finanzielle Situation, und dabei viel Geld in die dezentralen Standorte hineinstecken, so verbauen wir uns all diese Möglichkeiten für die kommenden 40 Jahre. Das muss man sich wirklich bewusst sein. Wir sind blockiert.

Herzogenbuchsee ist auch noch ein gutes Stichwort. Ich bin dazu aber auch nur halb informiert, aber soviel ich weiss, haben sie dort Gebäude, in denen sie die ersten und zweiten Klassen eben auch behalten könnten. Deshalb sehen die Kosten eines einzelnen Baus in Herzogenbuchsee ganz anders aus als bei uns. Das heisst, die einzige Option und die einzige Alternative, die ich aus pädagogischer Sicht sehe, ist effektiv,

dass wir dezentral Standorte bauen, an den wir Kindergarten und die erste bis zur zweiten Klasse unterbringen können. Dann geht es. Dann können wir das machen und dann erhalten wir diese Durchlässigkeit, die wir dringend benötigen. Man merkt, dass die Leute im Zyklus 1 extrem angespannt sind und wir haben immer weniger Leute, die den Zyklus 1 machen möchten, was früher ganz anders war. Dem muss man Rechnung tragen und dafür müssen wir einfach eine Lösung finden, auch wenn wir sie heute noch nicht kennen.

Das andere ist immer das Thema mit den Elterntaxis. Ich beobachtete dies seit der Diskussion beim letzten Vorstoss. Das ist eben auch eine Zeiterscheinung. Aber dies sind eben vielfach keine Elterntaxis, da ich oft draussen stand um zu schauen, welche Autos die Kinder abholen kommen. Dabei sind es in den wenigsten Fällen die Eltern. Vielmehr sind es die Grosseltern, die in Lotzwil oder in Madiswil wohnen und einen Teil der Kinderbetreuung übernehmen. Anstatt dass die Kinder in die Tagesschule gehen, gehen sie zu den Grosseltern, was ein Teil viel besser findet, als wenn sie die Tagesschule besuchen würden. Und die haben keine andere Möglichkeit als die Kinder mit dem Auto holen zu kommen. Die Elterntaxis, bei denen jemand zu Hause die Finken anzieht und mit dem Auto in die Schule und wieder heimfährt, ist die absolute Ausnahme. Auf diese Zeiterscheinung werden wir uns ganz einfach auch einstellen müssen und dafür Lösungen mit attraktiven Plätzen anbieten, an denen man diese Kinder ein- und ausladen kann. Dies soll eben nicht einfach mitten auf der Strasse passieren, auf denen vielleicht die Erstklässler ohne Trottoir durchgehen müssen. Dafür müssen wir Lösungen finden. Aber es ist zu einfach gesagt, dass wir Elterntaxis so oder so nicht wollen. Und das andere betrifft das, was Nathalie Scheibli sagte. Es sind jetzt Taxis, die einzelne Kinder für die Tagesschule abholen kommen. Das kostet auch, aber irgendeinmal werden wir sicherlich soweit kommen, dass wir eventuell für gewisse Quartiere Lösungen finden müssen, wenn ein Schulweg länger als zwei Kilometer ist. Patrick Dietrich berief sich auf die BfU, nicht aber auf die Vorschriften des Kantons, die für ein vierjähriges Kind einen maximalen Schulweg von 1,4 Kilometer vorgeben. Dort wird es auf alle Fälle Quartiere geben, die damit ein Problem haben. Und diese Probleme müssen wir lösen. Aber wenn ich sehe, was da für Taxiunternehmen herumfahren, so bin ich überzeugt, dass wir für einzelne Kinder Lösungen finden, die nicht mehr kosten.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es nun noch weitere Einzelvoten?

Patrick Freudiger (SVP): Eingangs wurde relativ viel über Finanzen geredet, sodass ich vorab festhalten möchte, dass die Finanzen hier für mich keine prioritäre Bedeutung haben. Ich glaube, dass es von Anfang klar war, dass es sehr teuer kommt, unabhängig der Art der Zukunftsgestaltung von Kindergärten, wie immer man diese auch wählt. Offen gestanden bin ich auch überzeugt, dass eine Investition in Kindergärten nachhaltiger ist als in alternative Verkehrsromantik, Stichwort Aggloprogramm. Also von dem her steht hier für mich das Geld nicht im Vordergrund. Ich weiss auch, wenn ich hin und wieder Rückmeldungen von Lehrerinnen und Lehrern bekomme, dass sie sich dabei häufig beklagen, dass jede und jeder das Gefühl hat, dass weil man einst selber in die Schule ging, man automatisch auch Bildungsexperte ist. So einfach ist es selbstverständlich nicht. Es gibt dazu Fachleute, auf die man hören muss. Man muss dabei nicht sogleich alles abnicken, was von dort kommt, aber man muss darauf hören. Und es ist nicht so, nur, weil man selber irgendwo die Schulzeit durchmachte oder dannzumal in den Kindergarten ging, dass man dann auch automatisch sogleich drauskommt und vor allem, dass die Lösung, die vor 20 oder 30 Jahren stimmte, heute ebenso noch die richtige sein muss.

Hier habe ich allerdings das Gefühl, dass man ein bisschen in das andere Extrem fiel. Dabei blieb der Einbezug der politischen Basis, der Dialog zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung etwas auf der Strecke. Und dann bringt es auch nicht mehr so viel, wenn ein paar Tage vor der Stadtratssitzung noch eine Infoveranstaltung stattfindet, obwohl irgendwo bereits alles eingefädelt war. Dann geht es nur darum, das zu erklären, was bereits gemacht wurde. Was ich mir gewünscht hätte, wäre, dass man die Diskussion mit der Bevölkerung oder auch vielleicht mit den Stadträtinnen und Stadträten geführt hätte, als das Ergebnis noch nicht feststand. Pascal Dietrich machte zuvor dazu bereits entsprechende Ausführungen.

Die gesamte Ursache dieser Bauvorhaben, über die wir hier diskutieren, basiert auf einem Gemeinderatsentscheid. Und da wusste man von Beginn an, was das für Millionenkosten mit sich bringt. Man legte in der

Vergangenheit auch seitens der Stadtverwaltung einige Kreativität an den Tag, wenn es darum ging in die Finanzkompetenz des höheren Organs einzugreifen oder noch nicht ganz einzugreifen. Dazu erwähne ich das Beispiel des Rahmenkredits, den man so auswählte, wie man ihn bewusst oder eben nicht bewusst einbeziehen wollte. Man hätte hier mit sachlichen Gründen sagen können, dass man diese drei Projektierungskredite als Rahmenkredite bringt, weil irgendwo eine gemeinsame Strategie dahintersteckt. Und dann hätte man von Anfang ein Verdikt bekommen können, das dann vielleicht nicht nur hier auf den Stadtrat beschränkt gewesen wäre. Ich bedauerte dies. Sie können mir glauben, dass mich mehr Leute darauf ansprachen, was jetzt mit diesen Kindergärten passiert, als was zum Beispiel mit dem Budget passiert. Das war für mich doch auch noch erstaunlich. Wir diskutierten so lange über das Budget und hielten eine epische Sitzung ab, was auch medial gross gewürdigt wurde, aber es waren mehr Leute, die mich auf die Kindergärten ansprachen. Das zeigt ein bisschen, dass es ein Thema für die Leute ist. Und die Art und Weise, wie man dieses Geschäft bearbeitete, erachte ich hier als suboptimal. Und leider handelt es sich dabei auch nicht um einen Einzelfall.

Wenn ich schaue, wie bildungspolitische Grundsatzentscheide in Langenthal gefällt wurden, Stichwort Oberstufenzentrum, da wurde eine breite Vernehmlassung durchgeführt und alle Fraktionen konnten sich einbringen. Ich war damals noch Fraktionschef und nahm etliche Rücksprachen vor, damit wir eine fundierte Vernehmlassung einreichen konnten. Die Mehrheit sagte dann eigentlich, dass wir das nicht wollen und plötzlich hatte man es dennoch. Ich glaube, dass es ein Beschluss der Schulkommission war, wonach man dies dann einführte. Auch beim Schulmodell Durchlässigkeit 3a und 3b, das vielen hier noch als Beispiel in Erinnerung ist, war die Übungsanlage auch so, dass der Gemeinderat dies alleine entscheidet, was man dann im Stadtrat korrigieren musste. Und heute hörten wir auch, dass hier bereits gewisse Präjudizien geschaffen werden sollen, damit man dann noch eine Basisstufe einführt, was dann auch wieder ein bildungspolitischer Grundsatzentscheid ist. Frauen und Männer, ich vermisse hier einfach, dass Bildungspolitik dort, wo es um das Grundsätzliche geht, nicht mehr dort diskutiert wird, wo grundsätzliche Entscheidungen normalerweise zu fällen wären, nämlich im Stadtrat oder durch die Bevölkerung. Der Stadtrat kommt, wenn er Glück hat, dann noch zum Zug, wenn es darum geht, den Projektierungskredit zu besprechen, aber schon dann – und ich war damals bereits im Stadtrat und die meisten hier auch, waren Strategien präjudiziert, und dann durfte man sich noch darüber äussern, welche Art von SIA-Wettbewerb man bevorzugt oder ob jetzt das oder jenes Bauteil zu teuer ist. Ich glaube, dass dies der falsche Weg ist.

Ich hörte heute nun viele gute Argumente für diese Zentralisierung der Kindergärten. Aber ich denke, dass es auch gute Argumente für eine skeptische Sicht gibt, wozu die Schulwege erwähnt wurden. Natürlich wird es für einige Schülerinnen und Schüler mit einer Zentralisierung kürzere Schulwege geben, was klar ist. Ich glaube aber auch, dass es eine Binsenwahrheit ist, dass, wenn man die Kindergärten auf drei Standorte reduziert, mehr Kinderngärtlerinnen und Kindergärtler einen längeren Schulweg haben werden als umgekehrt. Es war ja nun die Rede von flankierenden Massnahmen, die man bei gewissen Strassen einplant, aber auch dort sind doch einfach die Möglichkeiten beschränkt. Sie können nicht jede Strasse in Langenthal zu einer Begegnungszone oder 30er-Zone machen. Irgendwo muss auch noch der Verkehr durchgehen. Und ich wäre eigentlich der Meinung gewesen, dass die Fragen, die wir jetzt heute Abend diskutieren und eigentlich schon alles ein bisschen eingefädelt ist, zwei Stufen früher hätten besprochen werden sollen. Das machte man nicht und ich bedaure das. Wie es bereits Pascal Dietrich erwähnte, versuchte man ja sogar seitens der skeptischen Stimmen gegenüber einer Zentralisierung mit einem Postulat eine Art Parallelplanung zu machen, damit man dann nicht durch die normative Kraft des Faktischen vor Sachzwängen steht, was man leider ebenso ablehnte. Von dem her verlief aus meiner Sicht die Art und Weise der Vorbereitung ungünstig. Ich vermisse auch, dass man immer nur über die eine oder andere «Extremlösung» redet. Auf der einen Seite haben wir die Zentralisierung auf final 3D, wenn die zweite Stufe abgeschlossen ist, und auf der anderen Seite den Status Quo. Und dann heisst es auch, dass der «Winkel» nicht weitergeführt werden kann. Natürlich kann man den «Winkel» so nicht fortbestehen lassen, das sehe ich auch. Vielleicht würde ja die Lösung auch darin bestehen, dass man einen, drei oder zwei Kindergärten weniger hat, vielleicht dort, wo die meisten Hin- und Herfahrten mit der Tagesschule vermieden werden könnten, wenn man es zusam-

menlegt. Ein Mittelweg könnte hier auch die Lösung sein. Es müssen ja nicht sogleich sämtliche Kindergärten bestehen bleiben versus eine Reduktion auf drei Standorte. Diesem Mittelweg gab man meinem Dafürhalten eigentlich keine Chance.

Als Fazit halte ich fest, dass man eigentlich mit der Möglichkeit eines Postulats eine ergebnisoffene Diskussion zu erreichen versuchte, was nicht gemacht wurde. Und so bleibt dann irgendwo die Skepsis zurück. Ich bin der Überzeugung, dass grundsätzlich bildungspolitische Entscheide nach einer grundsätzlichen Diskussion mit der Bevölkerung stattfinden müssten. Das passierte nicht und findet erst jetzt statt, wo es wie üblich bereits wieder fünf vor zwölf ist. Das ist der falsche Weg. Danke, dass Sie mir zuhörten.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es noch weitere Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich möchte nur noch ganz kurz auf die Voten von Nathalie Scheibli und Gerry Käser antworten. Eure Beiträge sind sicherlich wertvoll, wobei mir nicht ganz klar ist, welchen Hut Ihr dabei heute Abend anhabt. Das ist vielleicht noch ein bisschen die Frage, aber item. Nathalie Scheibli stellte die rhetorische Frage, wo denn im «Winkel» das Quartier ist? Für mich ist die Antwort klar, dass dies die Farbgasse und der Rumiweg sind. Dieser Kindergarten ist dort sehr verankert und die Eltern hielten dort immer wieder gut zusammen. Da wurden die Kinder ganz am Anfang auch zusammen begleitet, was alles tiptop funktionierte. Quartierkindergärten haben wir ansonsten so manchen, was Du ganz gut weisst, Nathalie, angefangen beim «Oberfeld», aber auch über einen «Geissberg» bis zu einem «Klus». Wie gesagt ist das einfach eine Stärke von unserem Kindergartenwesen in Langenthal, was man jetzt zu meinem grossen Bedauern opfern will. Gerry sprach die Konsequenzen bei einem Nein an und sagte richtig, dass sie in Herzogenbuchsee von dem her ein bisschen die besseren Voraussetzungen haben, da offenbar zumindest an gewissen Orten die räumlichen Gegebenheiten das Durchführen der Basisstufe möglich machen würde. Ich bin wie Du nicht überzeugt von dieser Basisstufe, aber wenn diese tatsächlich einmal eingeführt werden sollte und es nichts mehr anderes geben würde, so wäre ich dabei darüber zu diskutieren, ob man da nicht einzelne der bestehenden Standorte – und sicherlich nicht alle, sogar so ausbauen könnte, dass dort die Basisstufe durchgeführt werden könnte. Dieser Diskussion würde ich mich nicht verschliessen, was klar ist. Dies wollte ich einfach noch als Antwort geben.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Für mich sind die Vorteile bei dieser zentralen Lösung ganz klar am Überwiegen, wozu Nathalie Scheibli sehr gute Beispiele vorbrachte. Für mich als vierfache Mutter, die auch Probleme damit hatte, dass zum Beispiel ein Kind den Schulanfang in der «Elzmatte» hatte, ein anderes den Kindsgi-Anfang im «Geissberg» absolvierte und beide vielleicht noch nicht so stabil für das gemeinsame Bestreiten des Schulwegs waren, wäre ich sehr froh gewesen, wenn ich beide zusammen Hand in Hand in Richtung «Elzmatte» hätte gehen lassen können. Dies ist aber nur so eine persönliche Wahrnehmung. Weiter verhandelte ich aber als Schulkommissionsmitglied ziemlich lange über die Strategie einer zentralen Lösung und setzte mich damit entsprechend auseinander, wofür wir ja auch in der Schulkommission da sind. Für uns war es wirklich allen klar, dass die Variante mit diesen drei Kindergärten in den Schulzentren ganz klar nur Vorteile bringt. Was ich auch noch weiss, und erwähne ich einfach noch kurz als Ergänzung, dass auch im Elternrat zu diesem Thema ein Austausch stattfand und dabei der Vorschlag von den Eltern ganz klar sehr positiv aufgenommen wurde. Merci.

Nathalie Scheibli (SP): Ich kann etwas nicht ganz so im Raum stehen lassen. Pascal, mir ist klar, dass der «Bäregg», der «Klus» oder der «Geissberg» auch Quartierkindergärten sind. Aber wir reden hier von der ersten Etappe. Diese Kindergärten spielen in einer ersten Etappe noch absolut keine Rolle. Wir stimmen nicht über den Ersatz dieser Kindergärten ab, was dann erst eine zweite Etappe betrifft. Aber soweit sind wir noch nicht. Es geht erst um die erste Etappe und dabei ist ein Quartierkindergarten betroffen, der wirklich in einem Quartier liegt. Dann möchte ich einfach noch erwähnen, dass es gerade beim «Winkel» einfach auch vierjährige Kinder gibt, die begleitet werden müssen, weil sie nicht mit Geschwistern in Richtung der «Elzmatte» oder «Kreuzfeld» laufen können. Diese Kinder aus dem «Allmen» haben dann nämlich in den Kindergarten «Geissberg» künftig sozusagen gleich weit, wie wenn sie in den Kindergarten «Winkel» gehen. Aber sie werden dabei von den Kindern aus dem Quartier, oder allenfalls von Geschwistern begleitet, die

mit ihnen diesen Weg gehen. Und die Stadt hat dadurch auch weniger Schulwege, die sie sicherstellen muss.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schliesse ich die Beratung und übergebe nochmals das Wort an den Stadtpräsidenten.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es wurde nun sehr viel gesagt. Lassen sie mich etwas in grösserem Rahmen zurückschauen. Unsere Vorgängerinnen und Vorgänger machten das «Kreuzfeld» zum Schulzentrum. Eines. Später kamen die «Elzmatte» und das «Hard» dazu. Und die sind gar nicht so schlecht, was man auch einmal sagen muss. Sie wurden als Standorte ausgewählt, für dass man eines Tages eben den gesamten Bereich zu beschulen beginnen kann. Ich bin es gewohnt, zumal ich schon länger dabei bin, dass es auch zu Emotionalitäten kommt, was man vorher auch spürte. Beim Zuhören schrieb ich mit das OZL[1] auf – noch bevor es hier erwähnt wurde. Dazu gab es, wie gesagt, Vernehmlassungen. Und dort wurde teilweise, wie heute auch, der Teufel oder die Teufelin an die Wand gemalt, wozu ich nicht weiss, weshalb dieser Kerl immer nur männlich ist. Da wurde gesagt, dass, wenn man die Realklassen aus der «Elzmatte» und aus dem «Hard» rausnimmt und diese in diesem OZL im «Kreuzfeld» zentralisiert werden, es dann zu Problemen kommt. Dann gibt es dann Ärger und dann braucht es neuen Schulraum und so weiter. Man nahm dort diese Zentralisierung der Oberstufe vor und man konnte dadurch Angebote schaffen, beispielsweise das BOL[2] als berufsorientiertes Schuljahr. Das ist doch eine gute Sache und es geht dort auch darum, dass man solche Angebote machen kann und die Schülerinnen und Schüler diese dann auch nutzen können; und zwar gleichberechtigt nutzen können, egal in welchem Quartier sie jetzt eben gerade hineingeboren wurden.

Diese gewissen Emotionalitäten, und dass man dann hier auch «Ja, aber» sagt und dass alles bereits vorgespurt ist, darf man sagen. Es ist aber so, dass Sie dem Gemeinderat den Auftrag gaben, dass er drei Kindergartenprojekte ausarbeiten soll. Es war der Stadtrat, der diesen Auftrag mit deutlichem Mehr erteilte. Drei Kindergartenprojekte. Man kann dann auch sagen, dass der Stadtrat leider nicht über diese Strategie abstimmen konnte. Der Gemeinderat unternahm letzthin einen Versuch, was Sie vielleicht nicht merkten, weil die GPK dies von der Traktandenliste absetzte. Dabei wollten wir das Temporegime und die Verkehrslösung für die Innerstadt hier im Stadtrat genehmigen lassen. Da hiess es, dass der Stadtrat nicht zuständig ist. Und selbstverständlich hatte die GPK dort und auch in diesem Fall, was jetzt hier verlangt wurde, recht. Es gibt einen Art. 20 Abs. 2 im Schulreglement, der besagt, dass die Zuständigkeit eben bei der VSK[3] liegt, was ebenso bereits erwähnt wurde. Und man bemühte dann mit Art. 66 noch einen Artikel aus der Stadtverfassung, wonach der Gemeinderat dies auch absegnete. Aber als wir das Temporegime als Konzept vorlegen wollten, hiess es, dass der Stadtrat nicht zuständig ist. Demzufolge sind wir auch hier für das Konzept zuständig.

Man kann sich aber durchaus auch fragen, ob man mit dem Postulat aus dem Jahr 2020 nicht indirekt gleichwohl etwas zur Zentralisierung sagte. In diesem Postulat hiess es: «Der Gemeinderat wird eingeladen, die Projektierung der Sanierung bestehender Kindergärten an den dezentralen Standorten soweit nötig weiter voranzutreiben, dies parallel zur vom Stadtrat bewilligten Projektierung neuer Mehrfachkindergärten an zentralen Standorten.» Zur Begründung lese ich Ihnen gerne den ersten Abschnitt der Postulanten vor: «Mit der Projektierung neuer Mehrfachkindergärten in den Schulzentren «Kreuzfeld», «Elzmatte» und «Hard» verfolgt der Gemeinderat das Ziel, schrittweise schliesslich sämtliche Kindergärten in Langenthal zu zentralisieren. Das bewährte und sehr kinderfreundliche Modell der dezentralen Kindergartenstandorte soll aufgegeben werden. Die Postulanten lehnen diese neue Strategie ab. Sie empfinden sie als verfehlt und nicht kindsgerecht, namentlich wegen der deutlich längeren, teils für die Kleinsten schlicht unzumutbaren Schulwege.» Das Ergebnis im Stadtrat zu diesem Postulat mit dieser Begründung ergab 35 Nein, 2 Ja und 1 Enthaltung. Das einmal zu den Fakten.

---

[1] OZL = Oberstufenzentrum Langenthal.

[2] BOL = Berufsorientierung Langenthal.

[3] VSK = Volksschulkommission.

Weiter möchte ich noch sagen, dass man hier auch kommen und sagen kann, dass ein Modulbau sicherlich günstiger ausfällt. Ja, rechneten Sie das denn auch aus? Auf einem Fresszettel verglichen wir kurz die Projekte in Herzogenbuchsee mit unseren und kommen, auf den Schulraum gerechnet, in Langenthal auf Kosten von rund 1,1 bis 1,2 Mio. Franken und in Herzogenbuchsee auf Kosten von 1,2 bis 1,3 Mio. Franken. Und wir planen Minergie P-Eco und wir führten einen Wettbewerb durch. Das ist nicht bis auf den letzten Quadratmeter wissenschaftlich durchexerziert und durcheruiert, aber man kann schon hinstehen kann und sagen, dass es sicher günstiger geht. Ich nervte mich auch bei der BZ, Entschuldigung, als von «der teuerste...» die Rede war, wir aber im «Hard» zusammen mit der Tagesschule sechs grosse Schulräume bauen. Es ist klar, dass dieser bei doppelter Grösse im Vergleich zu einem anderen eben teurer ist. Dazu würde ich bitten, dass man auch nebst allem, was man wirklich sagen hört, auch uns anfragt, sodass man dann eine genauere Rechnung hätte anstellen können, wenn dies hier als Thema sichtbar gemacht worden wäre.

Noch bezüglich «Einheit der Materie» ist zu sagen, dass der Gemeinderat nicht einfach frei ist selber zu bestimmen, ob nun diese «Einheit der Materie» vorliegt oder ob man dies hätte zusammennehmen müssen. Wir untersuchten dies, weshalb wir auch die Konsequenzen bei der Ablehnung von einzelnen Vorlagen deutlich aufführten; sowohl in der Botschaft, wie auch in den einzelnen Projekten, wie ich es bereits zuvor sagte. Man kann zur einen Vorlage Ja sagen und zu einer anderen dann Nein. Natürlich ist es nicht das, was der Gemeinderat will und wahrscheinlich auch nicht eine Mehrheit hier im Saal. Aber es würde gehen und bedingt halt eben, dass man dann je nachdem andere Provisorien oder andere Massnahmen vorsieht. Letztlich, und da sind wir uns sicher einig, geht es um Kinder. Ich möchte Sie bitten, dass man diesbezüglich auch die hier enthaltenen positiven Aspekte entsprechend gewichtet und das auch akzeptiert, dass der Stadtrat auch in diesem Geschäft eine längere Debatte führte, dazu mehrere Vorstösse eingingen und auch noch andere Vorstösse hätten eingegeben werden können, wenn man dies so gewollt hätte, sodass man nicht einfach nur auf einer einfachen, für mich zu einfachen Klaviatur zu sagen probiert, dass es vielleicht noch x-andere Möglichkeiten und Lösungen gegeben hätte. Ja, das ist so, aber das ist das, was Sie bestellten und da bitte ich Sie auch mit einer gewissen Konsequenz jetzt Ja zu sagen, dass wir das so machen. Es ist ein Schritt in eine Veränderung, die wir aber miteinander zum Wohle der Kinder angehen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke für die Erläuterungen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über diese Vorlage, sodass wir nun über den ersten Punkt mit Ziffer 1 bis Ziffer 4 gemäss grau markiertem Teil abstimmen. Wer dem Gemeinderat folgen und diese Vorlage annehmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

  1. **Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem**

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 4. September 2023, beschliesst:

1. Das Bauprojekt für den Neubau eines 2-fachen Kindergartens auf dem Areal des Schulzentrums «Elzmatte» gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 3'550'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6900.5040.18 "Schulzentrum «Elzmatte»; Neubau 2-fach Kindergarten", bewilligt.
3. Die Beiträge Dritter sind dem Konto 6900.6300.18 "Schulzentrum «Elzmatte»; Neubau 2-fach Kindergarten; Bundesbeiträge PV-Anlage" gutzuschreiben.

4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

E Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 17. Dezember 2023 (Beschlussentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen nun zur Beratung der Abstimmungsbotschaft. Dazu schlage ich das übliche Vorgehen wir, wonach wir die Botschaft seitenweise durchgehen und die Anträge sogleich dann behandeln, wenn sie gestellt werden. Wird das bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Seite 3 bis Seite 4

Hier liegt ein Antrag vor.

Nathalie Scheibli (SP): Dieser Antrag stammt von mir, von Franziska Zaugg und von Andreas Meier. Er bezieht sich auf Seite 3 im unteren Drittel nach dem dunkel unterlegten Balken. Da steht: «Die Strategie "Zentrale Organisation der Kindergärten und der Tagesschulen bei den Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld" sieht vor, dass alle Kindergarten- und Tagesschulstandorte an den bestehenden Schulzentren angegliedert sind.» Darauf folgt derjenige Text, der rot dargestellt ist: «Analysiert wurden…», was Sie in der Fortsetzung selber lesen können. Uns ist es eigentlich wichtig, dass, wenn man immer von dieser Strategie redet, den Leuten auch sagt, was man in dieser Strategie genau anschaute. Man schaute eben, wie die externen Wege aussehen, man schaute die internen Wege an und man beschäftigte sich mit der Umsetzbarkeit des Unterrichts gemäss Lehrplan. All diese Dinge befinden sich in diesem Positionspapier, das zu dieser Strategie führte und wurden minutiös unter die Lupe genommen. Uns dünkt es wichtig, dass man dies dort mit diesen zugegebenermassen etwas langen Sätzen mit vielen Kommas entsprechend ergänzt. Es folgt dann später auch nochmals auf Seite 7, wozu Sie oben den Hinweis sehen. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag sogleich beraten und abschliessen. Gibt es dazu Redebedarf seitens Fraktionen? Einzelsprechende? Dem scheint nicht so zu sein. Der Stadtpräsident wünscht dazu noch das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat beriet die Anträge zur Botschaft nicht; das heisst, dass wir immer davon ausgehen, dass wir Ihnen eine super Botschaft abliefern, die man nicht gross zu verändern braucht. In diesem Zusammenhang, wie es hier nun vorgeschlagen wird, müsste man bei einer allfälligen Annahme der Ergänzung darauf hinweisen, dass die Analyse umfassender war als das, was hier nun abgebildet ist. In der Analyse betrachtete man gemäss Positionspapier auch den Stadtraum, das heisst, dass die externen und internen Schulwege darin enthalten waren, ebenso die Schüler- und Klassenzahlen wie auch Unterricht und Schulraum. Aber man betrachtete auch die Organisation und die Finanzen. Hier ist es aber fast absolut formuliert. Aus Sicht des Gemeinderates muss man den hier unterbreiteten Vorschlag von Nathalie Scheibli, Franziska Zaugg und Andreas Meier ablehnen, oder, falls er genehm ist, müsste das Büro dann redaktionell eingreifen, sodass die Formulierung als Beispiel korrekterweise mit «Analysiert wurden … unter anderem…» zu ergänzen wäre. Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag somit ab.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Für uns ist das absolut kein Problem, wenn man dies redaktionell so ergänzt. Merci vielmals.

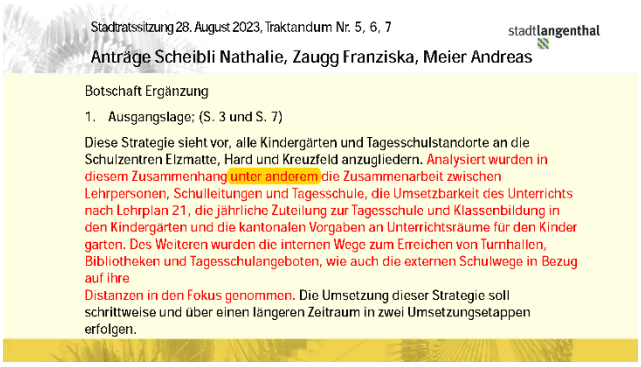
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schreiten wir zur Abstimmung. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über diesen Antrag mit dieser redaktionellen Ergänzung «unter anderem» abstimmen, was dann noch vom Büro entsprechend redigiert würde? Ist das für alle nachvollziehbar? Gut. Wer diesen Antrag annehmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von N. Scheibli, F. Zaugg und A. Meier (inkl. Ergänzung) zu Seite 3 und Seite 7

27 Ja angenommen

3 Nein

3 Enthaltungen


Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 5, 6, 7

stadtlangenthal

Anträge Scheibli Nathalie, Zaugg Franziska, Meier Andreas

Botschaft Ergänzung

1. Ausgangslage; (S. 3 und S. 7)

Diese Strategie sieht vor, alle Kindergärten und Tagesschulstandorte an die Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld anzugliedern. Analysiert wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen und Tagesschule, die Umsetzbarkeit des Unterrichts nach Lehrplan 21, die jährliche Zuteilung zur Tagesschule und Klassenbildung in den Kindergärten und die kantonalen Vorgaben an Unterrichtsräume für den Kinder garten. Des Weiteren wurden die internen Wege zum Erreichen von Turnhallen, Bibliotheken und Tagesschulangeboten, wie auch die externen Schulwege in Bezug auf ihre
Distanzen in den Fokus genommen. Die Umsetzung dieser Strategie soll schrittweise und über einen längeren Zeitraum in zwei Umsetzungsetappen erfolgen.

Nun wünscht noch Pascal Dietrich das Wort für einen Antrag.

Pascal Dietrich (parteilos): Sie sehen diesen Antrag hier eingeblendet. Mir geht es darum, dass man die Langenthalerinnen und Langenthaler korrekt und vollständig informiert. Deshalb möchte ich bereits am Anfang bei der Ausgangslage den Satz anfügen, dass die Stimmbürgerinnen und die Stimmbürger zu dieser Strategie der Zentralisierung nie Stellung beziehen konnten. Das ist eine Tatsache, die ich hier gern festgehalten hätte. Merci für das Zustimmen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Gibt es Einzelsprecher?

André Rentsch (jll): Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob dies der richtige Antrag ist, ist dieser hier doch mit «Antrag 3» überschrieben. Ich möchte es gerne geklärt haben, damit der richtige Antrag eingeblendet wird.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Der Antrag wird zweimal gestellt, weil es auch zwei Passagen betrifft. Ist es für den Antragsteller in Ordnung, wenn dieser Antrag gerade für beide betroffenen Passagen vorgelegt wird?

Pascal Dietrich (parteilos): Das kann man so machen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, besten Dank. Jetzt möchte der Stadtpräsident nochmals etwas sagen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Auch hier ist die Schlussfolgerung relativ einfach. Der Gemeinderat lehnt das ab. Wie gesagt berieten wir dies nicht, weshalb es eine Ergänzung zu dem ist, was wir Ihnen zur Genehmigung vorlegen. Ich möchte aber doch noch sagen, dass, wenn vorher auf die fehlende Vollständigkeit verwiesen wurde, man hier jetzt vielleicht dennoch schreiben müsste – sollte man diesen Satz effektiv so aufnehmen wollen, dass die Zuständigkeit nach Art. 20 Abs. 2 des geltenden Schulreglements eben bei der Volksschulkommission liegt. Entschuldigung, aber dieses Reglement beschloss der Stadtrat. Oder man könnte allenfalls auch sagen, dass eben der Gemeinderat nach Art. 66 Abs. 1 der Stadtverfassung zuständig ist, was das Volk entsprechend bestimmte. Einfach den Satz so stehen zu lassen, ist kein Beitrag zur Vollständigkeit. Merci.

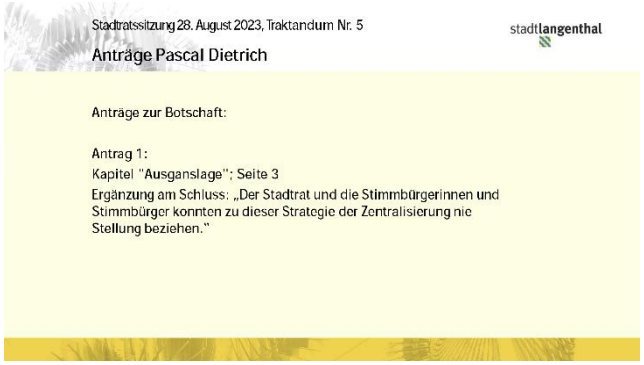
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Weitere Wortmeldungen? Nein, so stimmen wir ab. Wer diesen Antrag gerade für beide Kapitel auf Seite 3 und Seite 7 annehmen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Wer lehnt diesen Antrag ab? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 3 und Seite 7

5 Ja

24 Nein abgelehnt

4 Enthaltungen



Gibt es jetzt noch Wortmeldungen zu Seite 3 und 4? Nein, so fahren wir mit den Seiten 5 und 6.

Seite 5 bis Seite 6

Zu Seite 6 gibt es einen weiteren Antrag von Pascal Dietrich.

Pascal Dietrich (parteilos): Auf Seite 6 befindet sich eigentlich der Schluss der Zusammenfassung im Sinne von «Das Wichtigste in Kürze». Hier haben wir den Titel: «Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage». Dieser Text ist dabei relativ stark politisch gefärbt und ist aus meiner Sicht sachlich so nicht richtig. Die Konsequenzen bei der Ablehnung der Vorlage sind nicht diejenigen, die hier aufgeführt sind, sondern die Konsequenzen sind so, wie ich es im Antrag formulierte und sind eben im Prinzip so, dass man die Strategie der Zentralisierung des Langenthaler Kindergartenwesens nicht wie geplant umsetzen kann, dass man natürlich für den Kindergarten «Winkel» Lösungen suchen muss, da wir dort das Problem dieser befristeten Bewilligung des Kantons haben und dass man natürlich ein Platzproblem im Schulzentrum «Elzmatte» zu beheben hat. Da bin ich absolut einverstanden, dass man dies muss, man es aber beispielsweise auch im Zuge der vorgesehenen Renovation der Gebäulichkeiten «Elzmatte» dort mitaufnehmen könnte. Das ist auch im Investitionsplan der Stadt Langenthal vorgesehen und für die Jahre 2026 bis 2029 eingestellt. Somit wäre dies auf alle Fälle ein Thema, dass man dies auch dort mit aufnehmen könnte. So, wie es hier steht, ist es nicht zwingend und entspricht ja einfach dem politischen Willen der Exekutive. Von dem her ist es aus meiner Sicht keine korrekte Information an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Deshalb bitte ich Sie diesem Antrag zuzustimmen, damit man hier nicht eine solch gefärbte Botschaft verschickt. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es zu diesem Antrag von den Fraktionen Wortbegehren? Einzelsprecher? Nein. Dazu wünscht nun aber Stadtpräsident Reto Müller nochmals das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): In diesem Punkt muss ich selbstkritisch anmerken, ist es vielleicht ein kleines Versäumnis, dass wir dies an dieser Stelle nicht besser erklärten. Aber selbstverständlich überprüften wir bei der Planung dieser Neubauten zuerst in den Schulzentren, ob man die neuen Kindergärten in die bestehenden Schulgebäude integrieren könnte. Nein, kann man nicht. Der Platz fehlt. Ich erwähnte es bereits schon einmal, dass wir im Kindergarten «Winkel» ein Flächendefizit von über 30 Prozent haben, wobei der Kindergarten auch als schützenswert eingestuft wird. Wir führten Gespräche mit der Denkmalpflege über eine Aufstockung, respektive über eine Erweiterung und diese wurden kategorisch als zu kritisch beurteilt und abgelehnt. Ebenso versuchte man noch in einem gewissen Perimeter Land zu erwerben, was auch nicht funktionierte. Man begann dann noch einen Wettbewerb zur Arealplanung im Gesamten zu lancieren, was

2014 aus diversen Gründen gestoppt wurde und es dort dann aufgab. In der «Elzmatte» prüfte man als Option in den bestehenden Schulgebäuden, im Unterstufengebäude, wie auch im Mittelstufengebäude, ebenso eine Aufstockung und kam dabei zum Resultat, dass man gemäss unserem Baureglement vom 30. November 2003 im Schulzentrum «Elzmatte» eine ZöN[1], Schulanlage B2 mit einer maximalen Geschosshöhe von zehn Metern hat. Und diese beiden Gebäude, Unterstufen- und Mittelstufengebäude, haben bereits eine Geschosshöhe von 9,60 Metern. Und man muss auch sagen, dass das Ensemble in der «Elzmatte» mittlerweile denkmalpflegerisch zumindest erhaltenswert ist. Insofern prüfte man es und man stellte es hier nicht so ausführlich dar, aber auch hier gilt es diesen Antrag aus Sicht des Gemeinderates abzulehnen.

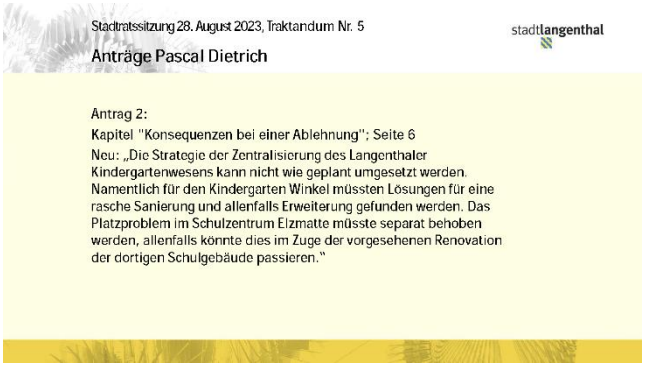
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein, so stimmen wir ab. Wer diesen Antrag 2 zur Konsequenz bei einer Ablehnung der Vorlage auf Seite 6 gutheissen möchte, zeigt es nun mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 6

4 Ja

25 Nein abgelehnt

5 Enthaltungen



Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu Seite 5 bis Seite 6? Nein, so fahren wir fort.

Seite 7 bis Seite 8

Nathalie Scheibli (SP): Auf Seite 7 wäre wieder derselbe Antrag wie zuvor. Dort im untersten Teil nach: «Diese Strategie sieht vor, alle Kindergärten und Tagesschulstandorte an die Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld anzugliedern.» beantragen wir diese Ergänzung, die wir vorher vorschlugen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir gingen davon aus, dass dies sogleich für beide Passagen gilt, als wir vorher darüber abstimmten. Sind da alle einverstanden? Gut, dann würde dies ebenso entsprechend eingebaut. Merci. Gibt zu diesen beiden Seiten weitere Anträge oder Bemerkungen? Das scheint nicht zuzutreffen.

Seite 9 bis Seite 10

Ohne Wortmeldung.

Seite 11 bis Seite 12

Ohne Wortmeldung.

Seite 13 bis Seite 14

Pascal Dietrich (parteilos): Hier geht es eigentlich um dasselbe wie auf Seite 6 mit Antrag 2, die Konsequenzen der Ablehnung betreffend. Vorher waren wir beim Kapitel «Das Wichtigste in Kürze» und hier geht es jetzt um den ausführlicheren Text. Deshalb erweiterte ich meinen Vorschlag auch noch ein bisschen. Vorher war es relativ knapp gehalten und hier wurde es ein wenig ergänzt. Mündlich erklärte ich es vorher bereits und vielleicht drückte ich mich zu wenig klar aus. Von mir aus war es nicht die Meinung, dass man das

[1] ZöN = Zone für öffentliche Nutzung.

Platzproblem im bestehenden Raum in der «Elzmatte» lösen kann. Es ist mir auch klar, dass dies sehr schwierig oder eben unmöglich ist. Was ich meinte, war, dass man in den Jahren 2026 bis 2029 so oder so baut und saniert, was zumindest so im Investitionsplan eingestellt ist. Und dass man dann in diesem Zusammenhang die Bauunternehmungen vor Ort hätte, die Installationen etc. schon dort wären, und dass man dann dabei Möglichkeiten zur Lösung des Platzproblems prüfen könnte, sei es mit einem Annexbau oder was auch immer. Das war die Meinung, und nicht, dass man es ins bestehende Volumen reinmosten müsste. Somit stelle ich hier den vergleichbaren Antrag. Reto Müller machte noch Ausführungen zum «Winkel», und dass man die Arealplanung im 2014 aus verschiedenen Gründen stoppte. Ich behaupte hier nun einmal, dass der Hauptgrund für das Stoppen dieser Arealplanung eben der Entscheid war, dass man diese Zentralisierung durchstieren will. Das war natürlich der Hauptgrund, warum man dort damit nicht fortfuhr, was ich eben bedaure, da dort sehr wohl noch interessante Sachen hätten herauskommen können, wenn man diese Arealplanung fortgeführt hätte. Item. Von dem her werden wir jetzt über diesen Antrag abstimmen und ich möchte Ihnen einfach zum Schluss noch zu bedenken geben, dass es bei solchen Abstimmungsbotschaften gewisse Voraussetzungen gibt, die zu erfüllen sind, wozu es auch eine Gerichtspraxis gibt. Das, was hier bei «Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage» steht, ist aus meiner Sicht politisch gefärbt und entspricht einfach dem Willen der Exekutive und ist keine neutrale, sachliche Darstellung der Konsequenzen bei der Ablehnung. Es ist dann ansonsten auch noch möglich, dass man Beschwerde gegen die Botschaft erheben könnte. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Wir behandeln nun diesen Antrag. Wer meldet sich zu Wort?

Nathalie Scheibli (SP): Ich wurde bei dieser Prüfung der Sanierung des Kindergartens «Winkel» selbstverständlich auch beigezogen. Mir liegt dieser Kindergarten natürlich sehr am Herzen. Ich musste dort einfach feststellen, dass es keine Möglichkeit gibt, nebst der Denkmalpflege auf diesem Grundstück die nötigen Räumlichkeiten zu schaffen, weil ein Annexbau bedeuten würde, dass man sozusagen keinen Garten mehr hat. Wenn man die Flächen anschaut, so ist die Gartenfläche für zwei Kindergärten an der unteren Grenze. Wenn nun dort noch ein Annexbau hineingestellt würde, so wäre ein Garten schlicht nicht mehr gegeben und es würde keine Ausweichmöglichkeiten mehr geben. Wenn man so etwas wie vorgeschlagen reinschreibt, so suggeriert man, dass man an diesem Standort festhält. Und wenn man dann sieht, dass es eben nicht möglich ist, fühlt sich dann der Stimmbürger, der einer Sanierung und einem Weiterbetrieb zustimmte, vollends an der Nase herumgeführt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecher? Nein. So hat nun der Stadtpräsident Reto Müller nochmals das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Im Prinzip ist dieser Antrag ja deckungsgleich mit dem Antrag 2 und fiel hier einfach ein bisschen ausführlicher aus. Dies macht ihn diesbezüglich aus meiner Sicht auch etwas problematischer, denn es ist richtig Pascal, dass der Inhalt einer Botschaft wahr sein muss. Und wenn man sich jeweils nicht mehr genau zu helfen weiss, dann bedient man sich noch dem Konjunktiv mit «müsste» und «könnte». Hier steht, dass «man halt den Kindergarten «Winkel» sanieren müsste» und Lösungen zur Sanierung und Erweiterung suchen müsste. Und ich muss Ihnen sagen, dass wir das machten. Es geht nicht im «Winkel», wie es hier beschrieben steht. Und es ist nun einfach zu sagen, dass man dies dann allenfalls mit der Renovation kombinieren könnte. Sie können schon probieren dem Volk noch irgendwie etwas zu verkaufen, dass dann vielleicht… Aber klar ist, dass die Mittel, die für die Renovation im Investitionsplan vorgesehen sind, für eine Renovation ausreichen. Darin sind aber keine Kosten für Erweiterungen und zusätzliche Schulräume enthalten und vorgesehen. Als Befürworter dieser Kindergärten empfehle ich Ihnen dies doch so reinzuschreiben. Es kann dann aber auch sein, dass die andere Seite Beschwerde einlegt.

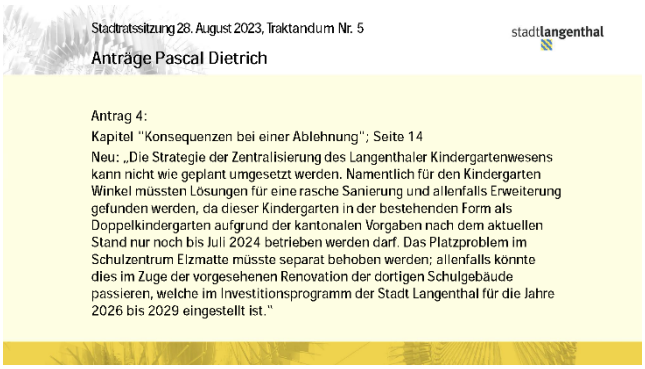
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Ich glaube, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, sodass wir zur Abstimmung kommen. Wer diesen Antrag zu Seite 14 zu den Konsequenzen bei einer Ablehnung annehmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 14

4 Ja

26 Nein abgelehnt

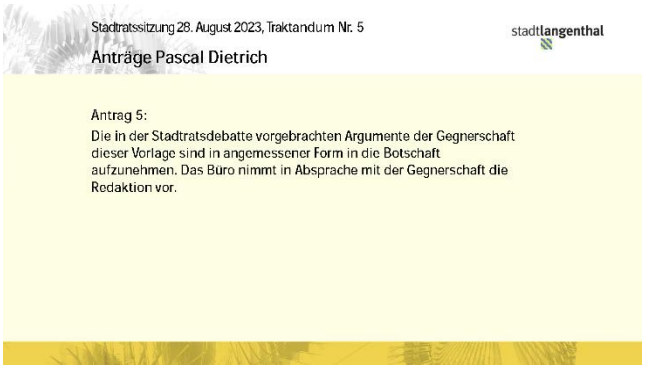
4 Enthaltungen



Gibt es noch weitere Voten zu Seite 13 und 14? Nein.

Seite 15 bis Seite 16

Dazu liegt ein weiterer Antrag vor.



Pascal Dietrich (parteilos): Antrag 5 sehen Sie hier eingeblendet. Hier geht es darum, dass eine solche Botschaft, wie bereits vorher erwähnt, ausgewogen sein sollte. Es ist klar, dass der Gemeinderat diese Zentralisierung will und dieses Bauprojekt auch entsprechend umsetzen will. Das ist von dem her noch verständlich, dass es für ihn etwas schwierig ist, entsprechende Gegenargumente aufzuzeigen. Ich würde mich deshalb auch anerbieten dies zu übernehmen und hier bei der Botschaft entsprechend sicherzustellen, dass sie ausgewogen ausfällt. Ich kann es hier sogleich offen sagen, was keine Drohung ist, sondern als Orientierung zu verstehen ist, dass, wenn dieser Antrag angenommen wird, ich aufgrund der Ablehnung der anderen Anträge darauf verzichten werde, Beschwerde einzulegen. Wenn nicht, müssen wir dann schauen. Also bitte ich Sie diesem Antrag zuzustimmen, damit wir hier eine ausgewogene Botschaft fabrizieren können.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Jetzt wissen wir, was wir zu tun haben. Dies ist eine harte Ansage. Gibt es dazu Wortmeldungen? Fraktionen? Einzelsprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Stadtpräsident Reto Müller sagt noch etwas dazu.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es wurde jetzt gesagt, dass dies die Botschaft des Gemeinderates ist. Aber Sie müssen sehen, dass dies nach der heutigen Abstimmung die Botschaft des Stadtrates ist, die dem Volk vorgelegt wird. Es ist der Stadtrat, der dem Volk Antrag stellt und insofern stehen wir natürlich hinter unserem Entwurf. Aber es wird zu Ihrer Botschaft. Schauen Sie, im Grossrat des Kantons Bern gibt es eine Redaktionskommission. Die macht, etwas einfach formuliert, beinahe nichts Anderes als Botschaften zu verfassen. Die streiten teilweise Sitzungen lang darüber, wie jetzt etwas formuliert sein muss. Dann ist es natürlich noch in Deutsch und in Französisch zu verfassen, damit es dann auch dasselbe bedeuten muss. Und am Schluss muss einfach alles richtig sein und stimmen und auch so dem Volk vorgelegt werden. Dort werden die Argumentationen teilweise auch gewichtet. Es wird beispielsweise das Protokoll aus dem Grossrat genommen und dann wird aufgelistet, was die Gegner einer Vorlage sagten und was die Befürworterinnen und Befürworter einer Vorlage sagten. Und dann wird auch noch ein wenig geschaut, wie das Stimmenver-

hältnis war. Sie stimmten heute mit 31 Ja zu 2 Nein der Verlage zu. Und dieses Verhältnis muss «in angemessener Form» in dieser Botschaft auch irgendwo zum Ausdruck kommen. Es muss ja abbilden, was für eine Meinung der Stadtrat zu dem Ganzen hier vertritt. In Langenthal beschritt man stets einen pragmatischen Weg und man übertrug die Aufgabe der Schlussredaktion an den Stadtschreiber, was heute sein Stellvertreter wäre. Es entsprach dem bisherigen Weg, in die Pflicht genommen zu sein, dazu einen guten Entwurf zu erstellen und dies zusammen mit dem Stadtratsbüro zu machen. Am Schluss ist es so, dass es den übergeordneten Gesetzgebungen entsprechen muss. Das heisst, dass es dann auch wirklich nicht sein kann, dass man plötzlich noch eine zweiseitige Gegner-Argumentation hinzufügt, bei einem Ergebnis von 31 Ja zu 2 Nein.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke auch dafür. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag?

Pascal Dietrich (parteilos): Das ist völlig unbestritten, dass natürlich das Stadtratsbüro die Redaktion innehat. Ich wollte damit nicht sagen, dass ich es selber schreiben will, was ein Fehlschluss wäre. Vielmehr wollte ich sagen, dass ich hier die Argumente auch bereits mündlich ausführte und auch zur Mithilfe bereit wäre, diese zu verschriftlichen. Aber selbstverständlich übernimmt das Stadtratsbüro und namentlich die Sekretärin des Stadtrats die Schlussredaktion. Patrick Freudiger sagte mir soeben, dass sie dies ja so oder so machen müssen. Ja, das müssen sie so oder so machen, doch weil bis jetzt noch nichts Entsprechendes enthalten ist, stellte ich vorsorglich diesen Antrag. Es ist klar, dass hier auch die entsprechenden Argumente der Gegnerschaft hineingehören, ansonsten diese Botschaft nicht ausgewogen ist. Dass die Schlussredaktion beim Stadtratsbüro liegt, ist unbestritten.

Nathalie Scheibli (SP): Wir stimmen hier ja über ein Bauvorhaben ab. So dürfte dann ja in den Argumenten der Gegnerschaft absolut nichts zur zentralen Organisation stehen, weil wir darüber nicht abstimmen. Wenn dann eine Minderheit eine Plattform für die Argumente der Gegner erhält, muss man sich dann wirklich auch fragen, ob dann nicht auch die Argumente der Befürworter eine Plattform bekommen. Vor allem dann, wenn es je nach dem um Argumente geht, denen man eben auch Gegenargumente entgegenhalten muss. Ich würde Ihnen empfehlen diesen Antrag abzulehnen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut, ich gebe noch kurz Simone Burkhard Schneider das Wort.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Aufgrund der Verfassungsbestimmung Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung, wonach der Stadtrat Botschaften erlässt, sind ja auch die Mehrheitsstandpunkte und die Minderheitsstandpunkte im Stadtrat in der Botschaft gesondert darzustellen. Diese Aufgabe oblag meines Wissens bis anhin dem Büro des Stadtrats, indem der Stadtrat, gemäss Geschäftsordnung Art. 15 Abs. 1 lit. g, das Büro dazu ermächtigt, beziehungsweise mit dieser Aufgabe betraut. Im Rahmen der Schlussredaktion würde das Büro unter anderem, nebst den Anträgen, die heute angenommen wurden und den entsprechend redaktionellen Anpassungen, auch den Teil «Beratung im Stadtrat» entsprechend der heutigen Debatte im Rahmen der Schlussredaktion bereinigen. Es ist so, dass gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung generell kein Recht auf Selbstdarstellung einer Minderheit besteht. Aber entsprechend der Stadtverfassung müssen die Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte in einer Botschaft abgebildet werden. Das liegt im Ermessen des Büros und muss dann auch im konkreten Einzelfall beurteilt werden, wie dies zuvor auch ausgeführt wurde. Aber ich würde eigentlich beliebt machen, Pascal, Dein Einverständnis vorausgesetzt, dass man das Büro ermächtigt, sich dieser Aufgabe anzunehmen und in dem Sinn darüber zu befinden. Aber Du bist natürlich frei und wir können auch über Deinen Antrag abstimmen.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich danke für diese Ausführungen. Ich ziehe meinen Antrag unter der Bedingung zurück, dass ich zeitnah Kenntnis über das Resultat erhalte, da ich ja dann wissen muss, was ich machen soll. Ich möchte nicht erst beim Erhalten des Abstimmungscouverts am 24. November 2023 eine Beschwerde machen. Das bringt keiner Seite etwas.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Es ist so, dass die Beschwerdefrist bei einer Abstimmungsbotschaft, als sogenannte Vorbereitungshandlung im Rahmen von Abstimmungen, ab Zustellung der Botschaft beginnt und auf zehn Tage verkürzt ist. Wenn Du gegen diese Botschaft Beschwerde einreichen

möchtest, hast Du erst dann die Möglichkeit dagegen Beschwerde einzureichen, wenn Dir diese im Briefkasten zugestellt wurde; soweit meine persönliche Meinung.

Pascal Dietrich (parteilos): Dazu habe ich eine andere Meinung. Ich bin hier heute Abend Teil des Gremiums, das diese Botschaft beschliesst. Und wenn ich weiss, was beschlossen wurde, muss ich ab heute innert zehn Tagen Beschwerde einlegen.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Das sind einfach Bestimmungen, wie die verkürzte Beschwerdefrist vom VRPG[1] vorgeschrieben wird. Auch wenn man bereits vorher Kenntnis vom Botschaftstext hat, läuft die Beschwerdefrist erst ab Zustellung der Botschaft. Es ist auch einfach so, wie ich bereits vorher ausführte, dass man keinen Anspruch daraus ableiten kann, wonach man hier seinen eigenen Standpunkt als Minderheit so abbilden lassen darf, sondern das Büro orientiert sich an der stadträtlichen Debatte und ist entsprechend der Bestimmung der Stadtverfassung gehalten, die Mehrheitsstandpunkte und die Minderheitsstandpunkte, die im Stadtrat vorgebracht wurden, gesondert darzustellen.

Pascal Dietrich (parteilos): Das ist mir klar. Also bekomme ich das Resultat nicht?

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Ich denke, dass es am Schluss das Büro ist, das dies beurteilen muss, nicht ich. Ich denke auch nicht, dass wir dies am heutigen Abend definitiv beantworten können, sondern dies in der Kompetenz des Büros liegt.

Pascal Dietrich (parteilos): Also ich ziehe den Antrag einmal zurück und hoffe, dass wir dann anschliessend noch das Gespräch finden.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): So verstand ich es richtig, dass der Antrag zurückgezogen wurde und die Ermächtigung zuhanden des Büros noch beschlossen werden muss. Gut. Wer nun also das Büro damit bemächtigen möchte, diese Schlussredaktion durchzuführen, soll dies mit der Stimmkarte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über die Ermächtigung des Stadtratsbüro für die Schlussredaktion der Abstimmungsbotschaft

34 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Nun folgt noch die Schlussabstimmung. Wer wie unter Ziff. I den vorliegenden Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal mit den heute beschlossenen Änderungen, die durch das Ratsbüro redigiert werden, genehmigen möchte und das Sekretariat Stadtrat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun mit der orangen Stimmkarte bezeugen. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

- **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**

  1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 9. August 2023 wird, mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen, genehmigt.**
  2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

[1] VRPG = Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

6. Schulzentrum «Kreuzfeld»: Neubau 3-fach Kindergarten: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 17. Dezember 2023

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 6. Ich gehe davon aus, dass auch hierzu das Eintreten nicht bestritten wird.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): So starten wir die allgemeine Beratung, wozu ich dem Stadtpräsidenten Reto Müller das Wort erteile.

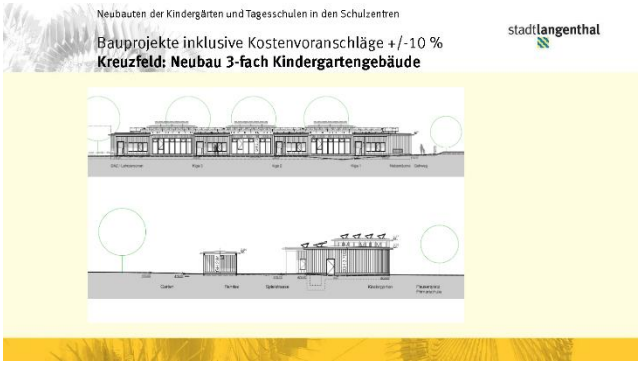
Stadtpräsident Reto Müller (SP): Nun geht es um das Schulzentrum «Kreuzfeld». Dort gestaltet sich die erste Umsetzungsetappe so, dass wir den provisorischen Kindergarten im K5 im Untergeschoss auflösen und Dan Weber, der heute im Publikum sitzt, dann dort als Kindergartenlehrperson aus dem Keller rauskommen würde. Dann geht es um den Kindergarten «Oberfeld» als Einfach-Kindergarten, der wirklich auch nicht mehr zeitgemäss ist, falls etwas passieren würde. Und das Problem des Kindergartens «Winkel» wurde bereits angesprochen. Wir planen dort einen Neubau eines 3-fach Kindergartengebäudes.

Diese Gebäude sollen im Süden des eigentlichen Schulhausplatzes hinter dem K1, das heisst hinter dem Zeitschulhaus und dort, wo diese beiden Pavillongebäude stehen oder standen, zu liegen kommen.

Es ist so, dass man in der ersten Etappe hier links erdgeschossmässig baut und plant und die Erweiterung dann ebenfalls horizontal passieren würde, indem man dann noch ein Gebäude anschliessen könnte, das dann hier zu liegen kommen würde. Hier überzeugte dieses Projekt im Wettbewerb massgeblich deshalb, weil es diesen grossen Freiraum gegen Süden eben offenlässt, wofür die Kinder einerseits einen Hauptzugang bekommen, aber andererseits dann auch wirklich Spiel- und Verweilmöglichkeiten vorfinden.

Sie sehen hier die entsprechende Raumaufteilung.
Wichtig zu betonen ist, dass wir hier im vorderen Kopfteil allgemeine Räumen haben und es hier identische Kindergartenräume mit jeweils Garderoben und Nebenräumlichkeiten gibt. Und hier haben wir einen Aussenraum sowie einen grossen Lagerraum für das Material, dass dann nachher gesondert platziert werden kann. Ebenfalls eine Qualität dieses Projekts ist hier einerseits die Erschliessung sowohl von Norden, wie auch von Süden, aber andererseits auch dadurch, dass sich eine sogenannte Spielstrasse auftut. Und von diesem super Aussenraum erzählte ich Ihnen bereits.

So sieht das Ganze schematisch aus. Auch hier fällt die aufgeständerte Dachanlage auf. Es ist dabei beinahe eine philosophische Frage, wie stark man dies dann noch begrünen kann oder auch nicht. Natürlich ist es punkto Ästhetik so, dass man die Solaranlage sieht, aber man darf diese auch sehen, gibt es doch nichts ohne Kompromisse. Auch hier sehen wir einen Holzbau in einfachster Weise vor.



Sie sehen hier die Visualisierung, wie das dereinst in dieser Spielstrasse auch aussehen könnte. Dazu gibt es auch diese Vordächer, mit denen die Kinder einen geschützten Eingangsbereich erhalten.

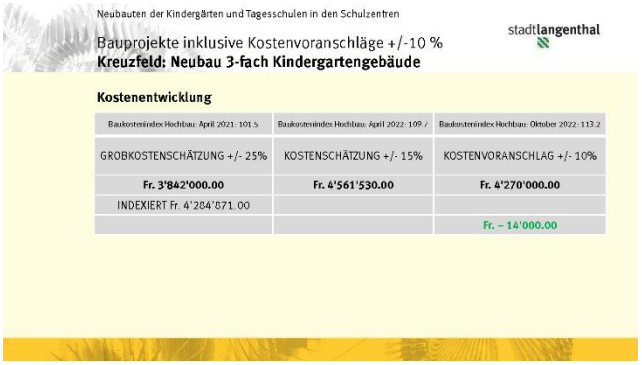
Hier reden wir von einem 3-fach Kindergarten, bei der «Elzmatte» ging es um einen 2-fach Kindergarten. Dabei liegen die Kosten +/- 10 Prozent bei 4,27 Mio. Franken.

Kostenvoranschlag +/- 10 % inklusive 7.7% MWST

BKP	Arbeitsgattung	Kosten inkl. MWST	
1	Vorbereitungsarbeiten	Fr.	226'800.00
2	Gebäude	Fr.	2'938'700.00
4	Umgebung	Fr.	405'000.00
5	Nebenkosten	Fr.	87'700.00
8	Reserve	Fr.	236'300.00
9	Ausstattung	Fr.	69'700.00
	Mehrwertsteuer 7.7%	Fr.	304'643.00
	Rundung	Fr.	1'657.00
	Total Kosten	**Fr.**	**4'270'000.00**

Baukostenindex Hochbau Schweiz: Oktober 2022: 113.2 Punkte

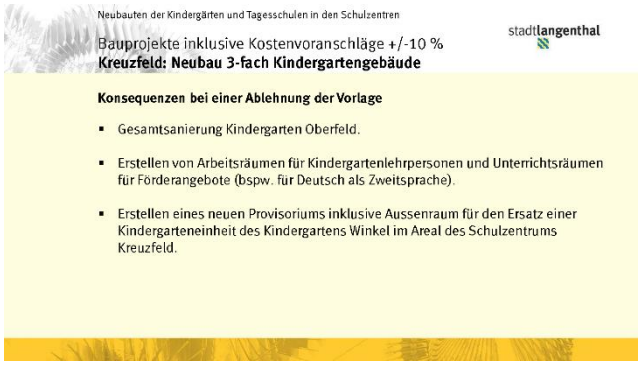
Auch hier machten wir die Rechnung und konnten aber nicht so viel an Einsparpotenzial erreichen wie beispielsweise in der «Elzmatte». Es ist eben je nach dem etwas unterschiedlich, was für ein Ergebnis dabei erzielt werden kann. Deshalb kamen wir letztlich auf diese 4,27 Mio. Franken, trotz Baukostenindex. Der Holzpreis ist am Sinken und vielleicht profitieren wir dann in der Umsetzung davon.


Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergartengebäude
stadtlangenthal

Kostenentwicklung

Baukostenindex Hochbau: April 2021: 101.5	Baukostenindex Hochbau: April 2022: 109.7	Baukostenindex Hochbau: Oktober 2022: 113.2
GROBKOSTENSCHÄTZUNG +/- 25%	KOSTENSCHÄTZUNG +/- 15%	KOSTENVORANSCHLAG +/- 10%
Fr. 3'842'000.00	**Fr. 4'561'530.00**	**Fr. 4'270'000.00**
INDEXIERT Fr. 4'284'871.00		
		Fr. – 14'000.00

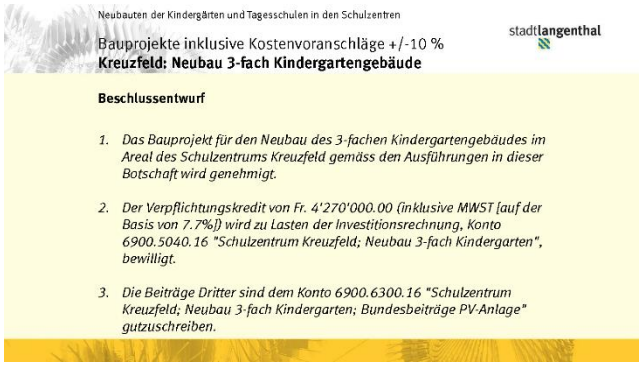
Die Konsequenzen bei einer Ablehnung dieser Vorlage sind hier aufgeführt. Sie sehen, dass es eine Gesamtsanierung des Kindergartens «Oberfeld» braucht. Man müsste daneben zusätzliche Arbeits- wie auch Unterrichtsräume erstellen und es braucht irgendwo ein Provisorium im Aussenraum des Schulzentrums «Kreuzfeld» für einen Ersatz des Kindergartens «Winkel».


Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergartengebäude
stadtlangenthal

Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage

- Gesamtsanierung Kindergarten Oberfeld.
- Erstellen von Arbeitsräumen für Kindergartenlehrpersonen und Unterrichtsräumen für Förderangebote (bspw. für Deutsch als Zweitsprache).
- Erstellen eines neuen Provisoriums inklusive Aussenraum für den Ersatz einer Kindergarteneinheit des Kindergartens Winkel im Areal des Schulzentrums Kreuzfeld.

Dies führt uns zu diesem Beschlussesentwurf. Merci vielmals fürs Zuhören.


Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergartengebäude
stadtlangenthal

Beschlussentwurf

1. *Das Bauprojekt für den Neubau des 3-fachen Kindergartengebäudes im Areal des Schulzentrums Kreuzfeld gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.*
2. *Der Verpflichtungskredit von Fr. 4'270'000.00 (inklusive MWST [auf der Basis von 7.7%]) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6900.5040.16 "Schulzentrum Kreuzfeld; Neubau 3-fach Kindergarten", bewilligt.*
3. *Die Beiträge Dritter sind dem Konto 6900.6300.16 "Schulzentrum Kreuzfeld; Neubau 3-fach Kindergarten; Bundesbeiträge PV-Anlage" gutzuschreiben.*

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Eine Berichterstattung durch die GPK liegt keine vor. Dann darf ich die Fraktionssprecher um ihre Stellungnahmen bitten. Dazu scheint kein Bedarf vorzuliegen. Gibt es Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich werde natürlich nicht alles wiederholen, was ich bereits sagte, sondern verweise zuhanden des Protokolls auf meine Ausführungen zu Traktandum Nr. 5. Diese richten sich ja gegen die Zentralisierung dieser Kindergärten und diese gelten auch genau gleich für dieses Projekt von Traktandum Nr. 6. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortbegehren?

Nathalie Scheibli (SP): Wenn auf die Worte von Pascal Dietrich aus dem vorangegangenen Traktandum zuhanden des Protokolls verwiesen wird, bitte ich dies auch bezüglich meiner Ausführungen hier entsprechend festzuhalten.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Weitere Einzelsprecher? Das scheint nicht der Fall zu

sein. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen? Nein, dem ist nicht so. Somit schliesse ich die Beratung und frage Reto Müller an, ob er nochmals das Wort wünscht? Nein, das wird nicht gewünscht. So kommen wir bereits zur Schlussabstimmung. Wer diese Vorlage gemäss Ziff. I annehmen möchte, soll dies jetzt mit der Stimmkarte anzeigen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

  1. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 4. September 2023, beschliesst:

1. Das Bauprojekt für den Neubau eines 3-fachen Kindergartens auf dem Areal des Schulzentrums «Kreuzfeld» gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 4'270'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6900.5040.16 "Schulzentrum «Kreuzfeld»; Neubau 3-fach Kindergarten", bewilligt.
3. Die Beiträge Dritter sind dem Konto 6900.6300.16 "Schulzentrum «Kreuzfeld»; Neubau 2-fach Kindergarten; Bundesbeiträge PV-Anlage" gutzuschreiben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): So gehen wir zur Beratung der Abstimmungsbotschaft über. Auch hier gehen wir seitenweise durch und nehmen dabei jeweils zwei Seiten zusammen. Auch hier liegen verschiedene Anträge vor, wozu ich die Antragssteller bitte, sich jeweils entsprechend zu melden. Dazu liegen uns entsprechende Anträge vor.

Seite 3 bis Seite 4

Nathalie Scheibli (SP): Im Grossen und Ganzen ändert nichts am Materiellen dieses Textes mit Ausnahme der Ergänzung «unter anderem», die wir an gleicher Stelle auch bei Abstimmungsbotschaft unter Traktandum Nr. 5 vornahmen. Ich würde vorschlagen, dass dabei für Seite 3 und Seite 7 gleichzeitig abgestimmt wird. Ansonsten gibt es keine Änderung.

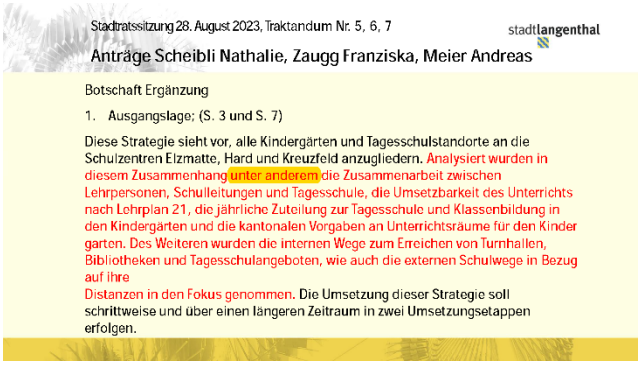
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Somit behandeln wir diesen Antrag auch sogleich. Gibt es dazu Wortmeldungen? Fraktionen? Einzelsprecher? Gemeinderat? Da dies alles nicht gewünscht wird, stimmen wir darüber ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, zeigt es jetzt an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von N. Scheibli, F. Zaugg und A. Meier (inkl. Ergänzung) zu Seite 3 und Seite 7

30 Ja angenommen

3 Nein

1 Enthaltungen


Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 5, 6, 7

stadtlangenthal

Anträge Scheibli Nathalie, Zaugg Franziska, Meier Andreas

Botschaft Ergänzung

1. Ausgangslage; (S. 3 und S. 7)

Diese Strategie sieht vor, alle Kindergärten und Tagesschulstandorte an die Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld anzugliedern. Analysiert wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen und Tagesschule, die Umsetzbarkeit des Unterrichts nach Lehrplan 21, die jährliche Zuteilung zur Tagesschule und Klassenbildung in den Kindergärten und die kantonalen Vorgaben an Unterrichtsräume für den Kinder garten. Des Weiteren wurden die internen Wege zum Erreichen von Turnhallen, Bibliotheken und Tagesschulangeboten, wie auch die externen Schulwege in Bezug auf ihre
Distanzen in den Fokus genommen. Die Umsetzung dieser Strategie soll schrittweise und über einen längeren Zeitraum in zwei Umsetzungsetappen erfolgen.

Gibt es zu diesen beiden Seiten 3 und 4 weitere Anträge?

Pascal Dietrich (parteilos): Auch meinerseits geht es hier um den identischen Antrag wie bei Traktandum Nr. 5. Von mir aus kann auch sogleich zu Seite 3 und Seite 7 gemeinsam abstimmen lassen. Ich möchte einfach noch dazu sagen, dass Stadtpräsident Reto Müller noch erwähnte, dass man dann auch schreiben müsste, dass die Zuständigkeit nach Reglement über die Organisation des Schulwesens bei der Volksschulkommission wäre. Das kann man von mir aus schon ergänzen. Man könnte einfach auch noch schreiben, dass, wenn der Gemeinderat der Meinung war, dass er aufgrund der grossen Auswirkungen den Beschluss selber zu treffen hat, man mit derselben Argumentation sagen kann, dass die Auswirkungen so gross sind, dass es am Schluss bezüglich des Volumens und von den Baukrediten her gesehen ja auch einen Volksentscheid braucht. Deshalb lässt sich hier sehr wohl die Auffassung vertreten, dass man zur Zentralisierung einen Grundsatzbeschluss des Stimmvolkes treffen lässt. Das wäre absolut möglich gewesen und wäre dann wahrscheinlich auch von der demokratischen Legitimation her das einzig Richtige gewesen.

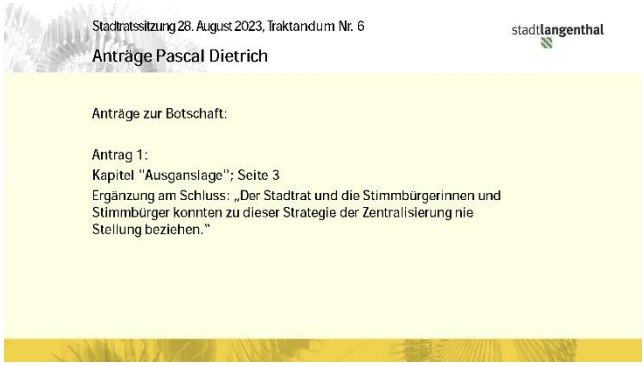
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Ist es somit richtig, dass dieser Antrag Seite 3 und Seite 7 betrifft und er auch so bestehen bleibt, wie der Wortlaut hier steht. Gut. Gibt es dazu Wortmeldungen? Fraktionen oder Einzelsprecher? Nein. So stimmen wir darüber ab. Wer diesen Antrag, der Seite 3 und Seite 7 betrifft, gutheissen will, soll dies mit der Stimmkarte zeigen. Wer lehnt ihn ab? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 3 und Seite 7

6 Ja

23 Nein abgelehnt

5 Enthaltungen

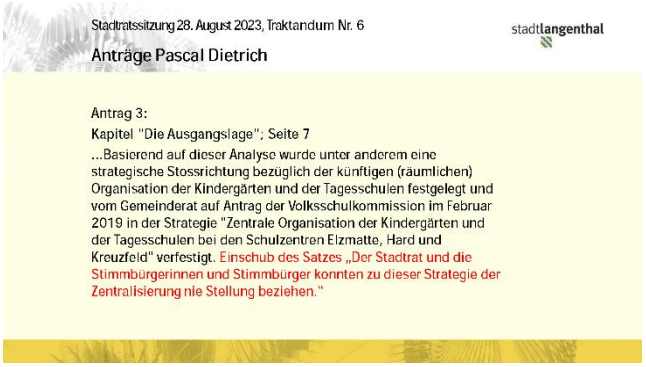

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 6

stadtlangenthal

Anträge Pascal Dietrich

Anträge zur Botschaft:

Antrag 1:
Kapitel "Ausganslage"; Seite 3
Ergänzung am Schluss: „Der Stadtrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnten zu dieser Strategie der Zentralisierung nie Stellung beziehen."



Liegen zu den Seiten 3 und 4 weitere Anträge vor? Nein.

Seite 5 bis Seite 6

Ohne Wortmeldung.

Seite 7 bis Seite 8

Derjenige, der Seite 7 betraf, wurde ja soeben bereits behandelt.

Seite 9 bis Seite 10

Ohne Wortmeldung.

Seite 11 bis Seite 12

Ohne Wortmeldung.

Seite 13 bis Seite 14

Pascal Dietrich (parteilos): Man soll ja bei allem das Positive sehen. Obschon Sie meine Anträge alle ablehnen, muss ich mit den Wegen, die ich hier zurücklege, auf jeden Fall nicht mehr rennen gehen heute Abend. Das ist das Positive. Hingegen interessiert es mich gleichwohl noch, wie die vorangegangene Abstimmung ausging. Da lautete das Resultat doch 6 Ja, 5 Enthaltungen gegen 24 Nein. Ist das richtig so? Dies bezog sich auf 34 Anwesende, was von mir aus gesehen eben nicht 34 Stimmen sind.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es waren 6 Ja, 23 Nein mit 5 Enthaltungen bei 34 Anwesenden.

Pascal Dietrich (parteilos): 23 Nein?

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ja, es waren 23 Nein.

Pascal Dietrich (parteilos): So komme ich nun noch zum Antrag bezüglich des Kapitels «Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage». Auch hier sage ich nicht viel dazu, ist es ja inhaltlich natürlich auf die jeweilige Vorlage angepasst. Im Grossen und Ganzen geht es aber um dasselbe, wie ich bereits zuvor ausführte. Es geht darum, dass man die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgewogen und sachlich richtig informiert. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ich stelle diesen Antrag somit zur Diskussion. Wird das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Stadtpräsident Reto Müller meldet sich aber noch zu Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Zum Thema «Winkel» sage ich nichts mehr, wurde dazu doch bereits sehr viel gesagt. Aber jetzt steht hier im letzten Satz, dass der Kindergarten Oberfeld saniert werden müsste, was man machen kann. Und weiter wird hier darauf hingewiesen, dass «allenfalls Massnahmen für die Verbesserung der Sicherheit einer isolierten Kindergarteneinheit getroffen werden müssen». Ich frage mich, liebe Gegner der Zentralisierung der Kindergärten, wovon es hier wie ich glaube nur Männer gibt, ob dies denn überhaupt sinnvoll ist? Seid Ihr dort beispielsweise auch bereit ein Teamteaching zu finanzieren, über die

Vorgaben des Kantons hinaus? Oder was sind denn das für «allfällige Massnahmen», wenn man wirklich sagt, dass man eben nicht will, dass es dort Sicherheitsdefizite gibt, weil dies eben eine isolierte Kindergarteneinheit ist? Es wäre vielleicht auch richtig, wollte man so etwas reinschreiben, dies noch auszuführen, was es dann effektiv an Konsequenzen bedeuten würde.

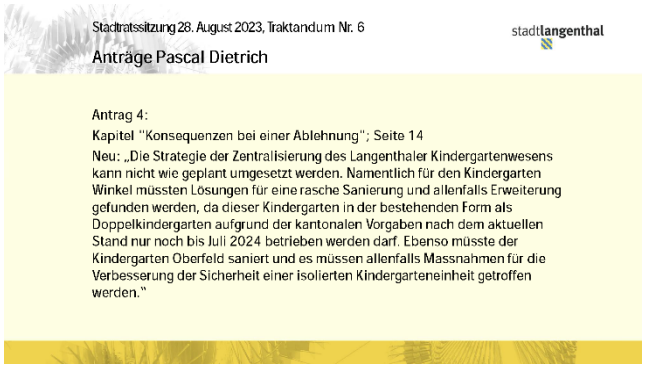
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn dem nicht so ist, stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer diesen Antrag zu Seite 14, so wie es hier steht, annehmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 14

4 Ja

26 Nein abgelehnt

4 Enthaltungen



Gibt es nun ansonsten noch Wortmeldungen zu den Seiten 13 und 14? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Seite 15 bis Seite 16

Ohne Wortmeldung.

So kommen wir an dieser Stelle erneut zur redaktionellen Abfassung der Botschaft und zur Frage, das Büro damit zu ermächtigen. Ist das für Dich Pascal wieder in Ordnung, wenn man das so macht wie beim vorangegangenen Traktandum? Und das gilt auch noch für die nächste Botschaft unter Traktandum Nr. 7? Gut, danke. Wer uns diese Genehmigung erteilen möchte, bestätigt dies mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über die Ermächtigung des Stadtratsbüro für die Schlussredaktion der Abstimmungsbotschaft

34 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung dieses Traktandums zur Abstimmungsbotschaft. Wer dieser so zustimmen kann, zeigt es mit der Stimmkarte. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

E Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 17. Dezember 2023 (Beschlussentwurf Ziffer II.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**
  1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 9. August 2023 wird, mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen, genehmigt.**
  2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

7. Schulzentrum Hard: Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung; Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 17. Dezember 2023

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt nun das letzte Traktandum Nr. 7 zum Schulzentrum «Hard». Wir das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): So kommen wir erneut zur Berichterstattung des Gemeinderates durch Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Wir haben beim Schulzentrum «Hard» folgende Ziele. In der ersten Umsetzungsetappe würden wir das Mietverhältnis der Tagesschule im Zwinglihaus auflösen und auch den Kindergarten im Untergeschoss wie bereits schon einmal erwähnt schliessen. Man könnte den Kindergarten-Pavillon «Hard» auflösen und auch die Tagesschule, die aktuell auch in einem Pavillon untergebracht ist, ebenso dort in den Neubau integrieren. Sie sehen, dass wir dort sogar eine geteilte Tagesschule haben, wobei sich die eine auf der «Hard» befindet und die andere im Zwinglihaus.

Dies passiert mit dem grössten Bau, den es heute Abend zu beraten gilt; nämlich den Neubau eines 3-fach Kindergarten-Gebäude mit ähnlichen grossen Räumen im ersten Obergeschoss mit der Tagesschule. Es ist so, dass wir hier im Wettbewerb auch eine Arealstudie machen liessen, wie wir diesen künftigen Flächenbedarf, respektive Raumbedarf im Schulzentrum «Hard» abdecken können. Es ist so, dass wir bereits jetzt das weitaus grösste Wachstum an Kindern im Alter von null bis vier in diesem Stadtteil verzeichnen, «jenseits der Geleise», wie vorhin jemand bemerkte, wobei es mit dem neuen Bahnhof dann hoffentlich nicht mehr so «jenseits der Geleise» liegt. Aber wir haben dort jetzt schon das grösste Wachstum und wir prognostizieren auch in Zukunft das grösste Wachstum an Kindern im Ortsteil «Hard» oder auch Quartier, wenn man es als kleinere Einheit anschaut.

Der Kindergärten würde dann so zu liegen kommen.

Sie sehen hier links die erste Etappe, wie es zu liegen käme. Wenn man jetzt nur die Kindergarten-Etappen anschaut, geht es dann bei der zweiten Etappe des Kindergartens hier um eine Erweiterung um drei Kindergärten in diesem Gebäude, das dann diesen Pavillon ersetzen würde. Die anderen Etappen, die Sie hier sehen, das heisst die Sanierung des Haupt- oder Mutterhauses auf diesem Areal mit ergänzenden Unterrichtsräumen, Aula und Lehrpersonenräumen, für dass man hier in den bestehenden Anlagen wieder Unterrichtsräume einrichten kann, wäre dann eben hier. Und da dies vielleicht noch ein wenig Zukunftsmusik ist, sagte man, falls man dort die 1-fach Turnhalle durch eine 3-fach Turnhalle ersetzen würde, wobei wir seitens der Stadt zurzeit nur einen Bedarf für eine 2-fach Turnhalle haben, aber auch der Kanton noch Bedarf anmeldete, so würde die Turnhalle hier zu liegen kommen. Aber das ist Zukunftsmusik. Heute Abend geht es um die Umsetzung der ersten Etappe mit diesem Gebäude hier, geografisch unpräzis mit «unten links» bezeichnet.

Sie sehen, dass auch hier eine in sich geschlossene Situation vorgesehen ist. Das heisst, dass sich das Gebäude eher von den bestehenden Gebäuden abwendet und hier mit dem Schwingfestweglein den Aussenraum bildet. Demgegenüber liegt ein Pfadiheim. Und da sehen Sie, dass in einer ersten Etappe dieser Pavillon als Schulraum noch stehen bleibt und dann hier in der zweiten Etappe mit einer gleichen Einheit von drei Kindergärten im Erdgeschoss ersetzt würde.

Wir haben hier die Ansicht der Räume als Kindergarteneinheiten. Wie bereits erwähnt wurde, haben wir Eingänge und Lauben. Und es ist so, dass wir hier diese Schulraumsituationen mit den Allgemeinräumen haben. Ebenfalls bereits zur Sprache kamen diese freien Aufgänge auf diese Arkaden. Und dort beginnt dann der Jargon der Architekten mit diesem hierarchisierten Aufbau. Das bedeutet für einen einfachen Stadtpräsidenten, dass der Bau links etwas tiefer liegt als rechts. Und oben ist dann die Tagesschule vorgesehen.

Hier sehen Sie noch ein Bild, wie das dann aussehen könnte. Auch hier ist ein reiner Holzbau vorgesehen, denn man dann daraufstellen würde. Das wäre eine visualisierte Ansicht. Inwiefern man diese Durchgänge schliessen muss, wäre wohl auch innerhalb des Kredits machbar, wozu ich aber nicht zu viel versprechen möchte. Sie wissen, dass wir schon Nachkredite hatten, da irgendwelche Mammuts im Boden entdeckt wurden, was sich aber im Jahr 1971 ereignete. Es ist nicht zu hoffen, dass man Nachkredite braucht, um dies zu realisieren. Und von dem her wäre dies hier der Plan.

Man rechnet hier für diese sechs Raumeinheiten mit 3-fach Kindergarten und Tagesschule mit Kosten von +/- 10 Prozent 6,1 Mio. Franken.

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Hard: Neubau 3-fach Kindergartengebäude mit Tagesschule
stadtlangenthal

Kostenvoranschlag +/- 10 % inklusive 7.7% MWST

BKP	Arbeitsgattung	Kosten inkl. MWST	
1	Vorbereitungsarbeiten	Fr.	32'000.00
2	Gebäude	Fr.	4'671'200.00
4	Umgebung	Fr.	423'000.00
5	Nebenkosten	Fr.	116'300.00
8	Reserve	Fr.	356'600.00
9	Ausstattung	Fr.	65'000.00
	Mehrwertsteuer 7.7%	Fr.	436'100.00
	Total Kosten	**Fr.**	**6'100'000.00**

Baukostenindex Hochbau Schweiz: Oktober 2022: 113.2 Punkte

Auch hier rechneten wir nach und auch hier erteilte der Gemeinderat einen Sparauftrag. Dabei machten wir uns bei den Architekten keine Freundinnen und Freude. Das sind hier Siegrist Theubert, Architektinnen aus Biel, die es hier planten.

Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Hard: Neubau 3-fach Kindergartengebäude mit Tagesschule
stadtlangenthal

Kostenentwicklung

Baukostenindex Hochbau: April 2021: 101.5	Baukostenindex Hochbau: April 2022: 109.7	Baukostenindex Hochbau: Oktober 2022: 113.2
GROBKOSTENSCHÄTZUNG +/- 25%	KOSTENSCHÄTZUNG +/- 15%	KOSTENVORANSCHLAG +/- 10%
Fr. 5'700'000.00	**Fr. 6'070'394.00**	**Fr. 6'100'000.00**
INDEXIERT Fr. 6'357'044.00		
		Fr. – 255'000.00

Auch hier kommt es zu Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage. Wir haben den Tagesschul- und Kindergarten-Pavillon, der im Bereich der Tagesschule zu ertüchtigen wäre. Ich weiss nicht, wann diese Pavillons erstellt wurden, da ich dies nicht recherchierte. Aber das waren ebenso Provisorien, die beinahe zu Providurien wurden. In einem Gebäude gibt es Geruchsemissionen, bei denen wir es nicht schaffen sie entsprechend zu beseitigen. Man baute auch noch eine Lüftung ein, aber man bringt es nicht mehr

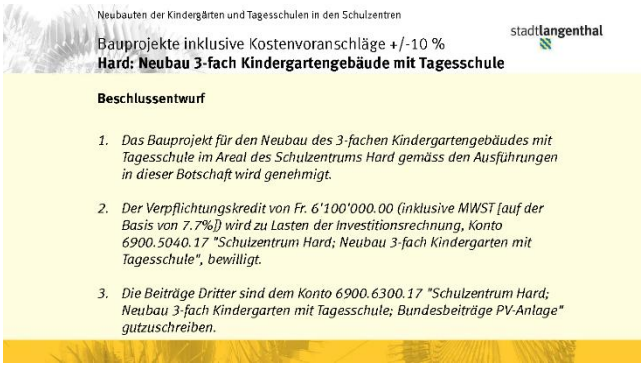
Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren
Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Hard: Neubau 3-fach Kindergartengebäude mit Tagesschule
stadtlangenthal

Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage

- Im Tagesschul- und Kindergartenpavillon im Bereich Tagesschule müssen akustische Massnahmen getroffen und die Geruchsemmissionen beseitigt werden.
- Mittelfristig sind die Fenster und teilweise die Bodenbeläge zu ersetzen.
- Erstellen von Arbeitsräumen für Kindergartenlehrpersonen und Unterrichtsräumen für Förderangebote (bspw. für Deutsch als Zweitsprache).
- Erstellen eines neuen Provisoriums inklusive Aussenraum für eine neu zu eröffnende Kindergarteneinheit im Areal des Schulzentrums Hard.

raus und es ist teilweise wirklich unzumutbar. Man muss daneben die Fenster sowie die Bodenbeläge ersetzen. Auch müsste man schauen, dass man jetzt im Ist-Zustand wie auch in Zukunft über genügend Arbeits- und Unterrichtsräume verfügt. Und es braucht ein Provisorium inklusive Aussenraum, weil wir dort einen Kindergarten zusätzlich zur Verfügung stellen müssen. Wie ich zuvor bereits erwähnte, haben wir dort im «Hard» enorm viele Kinder, sodass es dort einen Kindergarten mehr braucht. Und diesen Schulraum haben wir im Moment einfach nicht.

Dies alles führt uns zu diesem Beschlussesentwurf. Merci für die Beratung und die Abstimmung.


Neubauten der Kindergärten und Tagesschulen in den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauprojekte inklusive Kostenvoranschläge +/-10 %
Hard: Neubau 3-fach Kindergartengebäude mit Tagesschule

Beschlussentwurf

1. *Das Bauprojekt für den Neubau des 3-fachen Kindergartengebäudes mit Tagesschule im Areal des Schulzentrums Hard gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.*
2. *Der Verpflichtungskredit von Fr. 6'100'000.00 (inklusive MWST [auf der Basis von 7.7%]) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6900.5040.17 "Schulzentrum Hard; Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule", bewilligt.*
3. *Die Beiträge Dritter sind dem Konto 6900.6300.17 "Schulzentrum Hard; Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule; Bundesbeiträge PV-Anlage" gutzuschreiben.*

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Eine Berichterstattung durch die GPK ist keine vorgesehen und so kommen wir direkt zu den Fraktionssprechern. Gibt es Fraktionssprecher, die sich zu diesem Projekt äussern wollen? Gibt es Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich verweise auch zu diesem Traktandum auf meine Ausführungen zu Traktandum Nr. 5. Die dort angeführten Argumente gelten auch hier. Unbestritten ist, dass man im «Hard» mehr Platz benötigt, aber man kann das anders machen als mit dieser Zentralisierungsstrategie. Wir kommen dann bei der Botschaft noch, da ich bei meinem Antrag darauf eingehe.

Nathalie Scheibli (SP): Ich möchte einfach noch einen kurzen Einblick in die Kindergartenwege geben. Aktuell haben wir diverse Kinder, die im Bereich Schmidenmattweg – Weissensteinstrasse – Lagerweg wohnen, die über die Bützbergstrasse in den Kindergarten «Klus» eingeteilt werden müssen, da wir eben im Einzugsgebiet «Hard» zu wenig Platz haben. Das bedeutet, dass diese Kinder einfach in der entgegengesetzten Richtung der Schulkinder zu laufen haben. Wir alle kennen die Bützbergstrasse und es hat dort weder eine Ampel, noch eine Unter- oder Überführung. Für diese Kinder würde es zukünftig sicherlich zu einer Verbesserung des Schulwegs führen, merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecher? Wünscht sonst noch jemand das Wort? Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Beschlussesentwurf gemäss Ziff. I annehmen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

  1. **Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem**

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 4. September 2023, beschliesst:

1. Das Bauprojekt für den Neubau eines 3-fachen Kindergartens auf dem Areal des Schulzentrums Hard gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 6'100'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6900.5040.17 "Schulzentrum Hard; Neubau 3-fach Kindergarten", bewilligt.
3. Die Beiträge Dritter sind dem Konto 6900.6300.17 "Schulzentrum Hard; Neubau 3-fach Kindergarten; Bundesbeiträge PV-Anlage" gutzuschreiben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Nun kommen wir noch zur Beratung und Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft. Ich gehe hier wieder vor wie vorher. Wird das bestritten? Nein, dann machen wir das so und gehen die Botschaft seitenweise durch.

Seite 3 bis Seite 4

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Wir bringen auch hier unseren Textänderungsantrag wie in den beiden vorangegangenen Traktanden mit den redaktionellen Ergänzungen ein, die zuvor bereits genannt wurden. Merci.

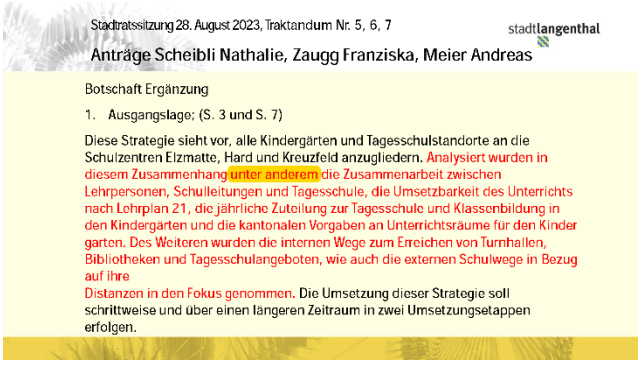
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn nicht, stimmen wir darüber ab. Wer diesem Antrag mit der bereits zuvor beschlossenen redaktionellen Anpassung zustimmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von N. Scheibli, F. Zaugg und A. Meier (inkl. Ergänzung) zu Seite 3 und Seite 7

29 Ja angenommen

3 Nein

1 Enthaltungen


Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 5, 6, 7

stadtlangenthal

Anträge Scheibli Nathalie, Zaugg Franziska, Meier Andreas

Botschaft Ergänzung

1. Ausgangslage; (S. 3 und S. 7)

Diese Strategie sieht vor, alle Kindergärten und Tagesschulstandorte an die Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld anzugliedern. Analysiert wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen, Schulleitungen und Tagesschule, die Umsetzbarkeit des Unterrichts nach Lehrplan 21, die jährliche Zuteilung zur Tagesschule und Klassenbildung in den Kindergärten und die kantonalen Vorgaben an Unterrichtsräume für den Kinder garten. Des Weiteren wurden die internen Wege zum Erreichen von Turnhallen, Bibliotheken und Tagesschulangeboten, wie auch die externen Schulwege in Bezug auf ihre
Distanzen in den Fokus genommen. Die Umsetzung dieser Strategie soll schrittweise und über einen längeren Zeitraum in zwei Umsetzungsetappen erfolgen.

Liegen zu diesen beiden Seiten weitere Anträge vor?

Pascal Dietrich (parteilos): Diese Anträge sind identisch mit denjenigen aus den beiden vorangegangenen Traktanden. Von mir aus kann sogleich auch wieder zusammen über den Antrag zu Seite 7 abstimmen.

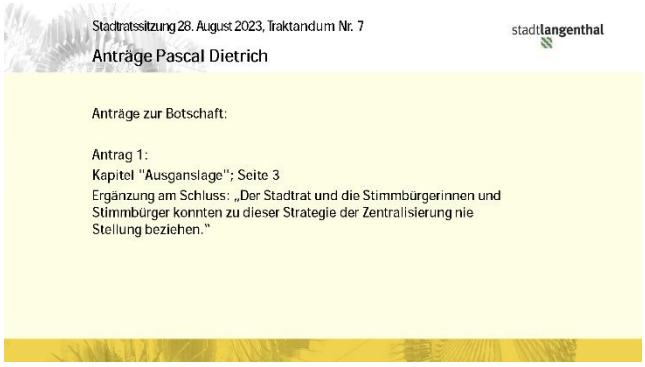
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Wenn dem nicht so ist, stimmen wir darüber ab. Wer diesen Antrag annehmen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 3 und Seite 7

6 Ja

22 Nein abgelehnt

5 Enthaltungen

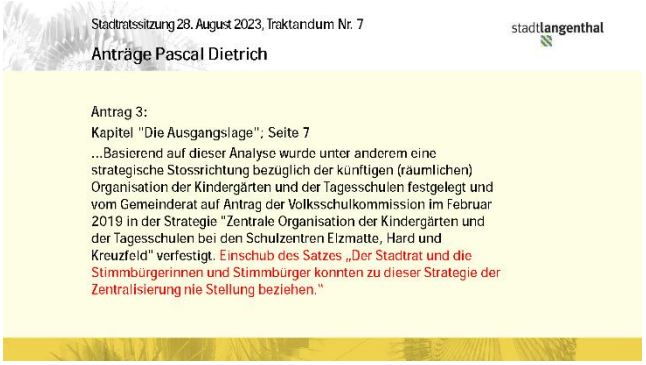

Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 7

stadtlangenthal

Anträge Pascal Dietrich

Anträge zur Botschaft:

Antrag 1:
Kapitel "Ausganslage"; Seite 3
Ergänzung am Schluss: „Der Stadtrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnten zu dieser Strategie der Zentralisierung nie Stellung beziehen."


Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 7

stadtlangenthal

Anträge Pascal Dietrich

Antrag 3:
Kapitel "Die Ausgangslage"; Seite 7
...Basierend auf dieser Analyse wurde unter anderem eine strategische Stossrichtung bezüglich der künftigen (räumlichen) Organisation der Kindergärten und der Tagesschulen festgelegt und vom Gemeinderat auf Antrag der Volksschulkommission im Februar 2019 in der Strategie "Zentrale Organisation der Kindergärten und der Tagesschulen bei den Schulzentren Elzmatte, Hard und Kreuzfeld" verfestigt. Einschub des Satzes „Der Stadtrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnten zu dieser Strategie der Zentralisierung nie Stellung beziehen."

Sind noch weitere Anmerkungen zu Seite 3 und 4? Nein.

Seite 5 bis Seite 6

Pascal Dietrich (parteilos): Da geht es erneut um das Kapitel «Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage». Wie gesagt wird das hier politisch gefärbt dargestellt. Es ist wie erwähnt unbestritten, dass der Platz im «Hard» nicht ausreicht und ich absolut einverstanden bin, dass man Lösungen finden muss. Auch da nehme ich auch bezüglich Seite 14 bereits vorneweg, dass im Investitionsplan der Stadt Langenthal Sanierungen, Renovationen und sogar Neubauten für den Zeitraum ab 2026 eingestellt sind. Dort wird somit so oder so eine gröbere Baustelle im «Hard» entstehen, was von mir aus gesehen auch nötig ist. Aber in diesem Rahmen könnte man auf jeden Fall auch mehr Platz schaffen für die Kindergärten. Merci.

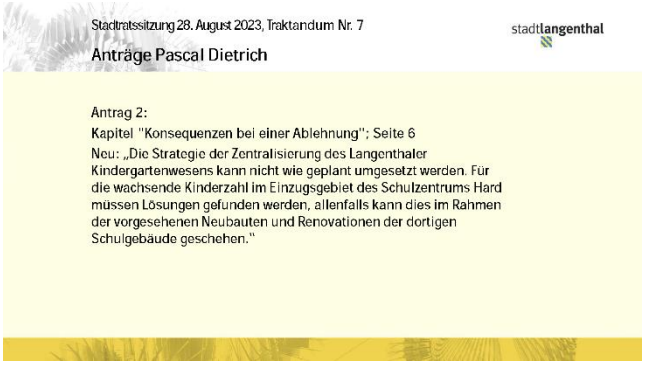
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Fraktionen? Einzelsprecher? Sonstige Wortmeldungen? Nein, dem ist nicht so. Wir stimmen darüber ab. Wer diesem Antrag 2 zustimmt, zeigt es nun an. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 6

4 Ja

24 Nein abgelehnt

5 Enthaltungen


Stadtratssitzung 28. August 2023, Traktandum Nr. 7

stadtlangenthal

Anträge Pascal Dietrich

Antrag 2:
Kapitel "Konsequenzen bei einer Ablehnung"; Seite 6
Neu: „Die Strategie der Zentralisierung des Langenthaler Kindergartenwesens kann nicht wie geplant umgesetzt werden. Für die wachsende Kinderzahl im Einzugsgebiet des Schulzentrums Hard müssen Lösungen gefunden werden, allenfalls kann dies im Rahmen der vorgesehenen Neubauten und Renovationen der dortigen Schulgebäude geschehen."

Seite 7 bis Seite 8

Ohne Wortmeldung.

Seite 9 bis Seite 10

Ohne Wortmeldung.

Seite 11 bis Seite 12

Ohne Wortmeldung.

Seite 13 bis Seite 14

Pascal Dietrich (parteilos): Dazu sagte ich ja bereits zuvor etwas.

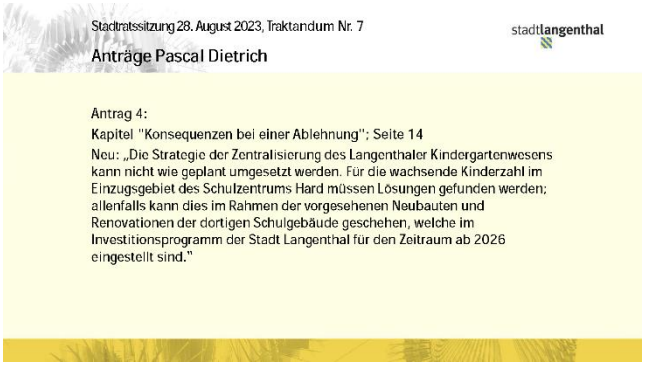
Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gut. Gibt es dazu Wortmeldungen? Auch nicht. Wir stimmen darüber ab. Wer diesen Antrag 4 zu Seite 14 gutheissen will, zeigt es jetzt an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Änderungsantrag von P. Dietrich zu Seite 14

4 Ja

24 Nein abgelehnt

5 Enthaltungen



Seite 15

Ohne Wortmeldung.

Gibt es ansonsten noch Anregungen oder Argumente zur Botschaft? Pascal, ist das gut, wenn Du wieder uns die redaktionelle Anpassung überlässt. Dann stimmen wir darüber ab, ob sie dem Büro diesen Auftrag erteilen, dass das Büro den Botschaftstext redaktionell anpasst. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Abstimmung über die Ermächtigung des Stadtratsbüro für die Schlussredaktion der Abstimmungsbotschaft

33 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Sind noch allgemein Wortmeldungen zur Abstimmungsbotschaft? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Beratung. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein. So kommen wir sogleich zur Schlussabstimmung über die Abstimmungsbotschaft. Wer dieser Abstimmungsbotschaft mit den heute beschlossenen Änderungen so zustimmen möchte, hält die Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

E Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 17. Dezember 2023 (Beschlussentwurf Ziffer II.)

- **Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:**

  1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 9. August 2023 wird, mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen, genehmigt.**
  2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Stadtrat

Protokoll des zweiten Teils der 5. Sitzung vom 28.08.23, Montag, 4. September 2023; Fortsetzung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Somit hätten wir die Stadtratssitzung, die wir am 28. August 2023 anfingen, beendet. Es gibt zwei Dinge, die mich heute Abend sehr freuten. Erstens finde ich es schön, dass wir dies so durchziehen konnten, auch wenn es nun doch auch etwas länger dauerte als gedacht. Doch nun konnten wir es sauber beraten und abschliessen. Was mich ebenso sehr freute, betrifft das neue Kommunikationskonzept des Gemeinderates. Ich hoffe, dass er dies auch auf andere Projekte anwendet. Ich finde es schön, wenn die Bevölkerung Zeit bekommt, sich eine Meinung zu bilden; ganz nach dem Motto, dass man die Meinungen etwas wachsen lassen muss, man es studieren können muss, um es auch einmal auf die Seite legen können. Daraus entsteht dann vielleicht ein guter Entscheid, der auch breit abgestützt ist und man sich genügend Gedanken dazu machen konnte. Dies freute mich sehr. Ich hoffe, dass wir dies auch bei anderen Projekten erleben.

Die nächste Sitzung findet am 23. Oktober 2023 auch wieder hier in der Alten Mühle statt. Wann die Sitzung beginnen wird, ist noch in der Schwebe und wird Ihnen noch mitgeteilt. Nun wünsche ich allen einen schönen Abend, eine gute Zeit und ich bedanke mich für das Ausharren, auf Wiedersehen.